

Preussische Allgemeine

Nr. 47 · 25. November 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Republikanische Wende

Nach den Halbzeitwahlen zu Senat und Repräsentantenhaus sortieren sich die Verhältnisse bei den US-amerikanischen Konservativen neu **Seite 3**



Historie Vor 1000 Jahren starb Bischof Bernward von Hildesheim **Seite 10**



Energiewende Widerstand gegen riesige Windparks auf Neufundland **Seite 12**

FOTOS: MAURITIUS, RABANUS FLAVIUS, ACTION PRESS

AUFGEFALLEN

Die Heuchler von der Insel

Seit Ausbruch des russisch-ukrainischen Krieges am 24. Februar gefällt sich Großbritannien in der Rolle des besonders unnachgiebigen Hardliners gegenüber Moskau. Neben Waffenlieferungen an die Ukraine zählen strikte Handelssanktionen gegen Russland zum Kern der harten Antwort auf die Politik des Kreml.

Was die Londoner „Times“ jetzt aufgedeckt hat, lässt indes an der Ehrlichkeit der britischen Haltung zweifeln. Obwohl London den Import von russischem Öl strikt verboten hatte, wird der Rohstoff demnach heimlich über Zwischenhändler auf die Insel verbracht. Da diese keine Russen sind, wird das Öl als Import aus dem jeweiligen Drittstaat verbucht. Dadurch gelangte laut „Times“ seit dem Beginn des offiziellen Boykotts russisches Erdöl im Wert von fast einer Viertelmilliarde Euro auf die Insel.

Auch pikant: Das ebenfalls besonders russlandkritisch auftretende Polen ist nach Belgien der zweitgrößte Zwischenlieferant russischen Öls für Großbritannien, gefolgt von den Niederlanden und Lettland. Erst weit dahinter mit vergleichsweise nichtigen Mengen tauchen Händler aus Deutschland, Frankreich und Estland auf.

Das Öl wird dabei einfach auf See von einem russischen Tankschiff in eines aus dem Drittstaat gepumpt, der es von dort in einen britischen Hafen weitertransportiert. Vom britischen Statistikamt werden solche Anlandungen dann als Importe aus jenem Drittstaat verbucht – so blieb die „Sanktionsweste“ Großbritanniens vordergründig sauber. **H.H.**

WAHLEN 2021

Eine Blamage von historischem Ausmaß

Die Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses soll wiederholt werden. Was das Debakel vom Herbst 2021 über unsere politische Landschaft aussagt

VON WERNER J. PATZELT

Das waren noch Zeiten, als es zum von den Tatsachen gedeckten Selbstbild der Deutschen gehörte, dass in ihrem Land alles Wesentliche klappt! Dafür braucht es freilich ein Alltagsleben, das geprägt war durch Genauigkeit und Sorgfalt, Umsicht und praktizierte Pflichtenethik. Seit aber die sich an der Spitze menschlicher Aufgeklärtheit dünkenden Sozialdemokraten und Grünen entdeckten, dass man mit derlei „Sekundärtugenden“ auch „ein Konzentrationslager betreiben könne“, gerieten jene Werte in Misskredit. Der ultimative Billigsieg über Rassismus und Faschismus wird dann sozusagen dadurch möglich, dass man das Land durch Schlamperei um sein Funktionieren bringt. Doch natürlich stellt man im öffentlichen Raum durch Graffiti oder Schmierereien auch seine „Primärtugenden“ zur Schau. Derzeit bestehen sie oft in Rechthaberei, hochfahrender Aggressivität und Belästigung anderer im Dienst einer imaginierten Welterlösung.

Eben diese Züge verfallener bürgerschaftlicher Gesinnung und Praxis sind an der Tragikomödie der Berliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus und Bundestag unübersehbar. Was da alles schief lief an falsch oder gar nicht zugestellten Wahlzetteln, am Ende auch an willkürlichen Öffnungszeiten der Wahllokale, passt ja

auch bestens zu einer Stadt, die einst als „Spree-Athen“ glänzte, jetzt aber entlang ihrer vor Jahren gelobten Selbstbeschreibung als „arm, aber sexy“ allzu oft nur Nuttencharme entfaltet. Und wenn eine Stadt weder ihr Drogenproblem in den Griff zu bekommen noch in konkurrenzfähiger Frist einen Flughafen zu bauen vermag, wenn sie auch keine klaren Verwaltungszuständigkeiten zu entwickeln versteht und ihre Bürger monatelang auf einen Termin für die Beantragung eines Führerscheins warten lässt: dann muss man sich auch darüber nicht wundern, dass Berlin trotz – theoretisch – jahrzehntelangen Erfahrungen mit der Durchführung von Wahlen ebenfalls darin versagte.

Viele Symptome, die gleiche Krise

Noch empörender ist freilich die Nonchalance, mit der die Missstände zunächst weggelächelt werden sollten. Gottlob gibt es immer noch Richter in Berlin, nötigenfalls auch in Karlsruhe. Doch obendrein verstören die versuchten Spielchen um jene Wahlbezirke, in denen auch die Bundestagswahl erneut durchzuführen wäre – zumindest solche Beobachter, die von demokratischen Grundsätzen nicht lassen wollen. Und wie verträgt sich eigentlich jene moralische Arroganz, mit der Deutschlands Linke seit Jahren den Ungarn kommt, mit der opportunistischen Handhabung des eigenen Wahlrechts und dessen fraktionsvergrößernder Wirkung

im Fall von drei errungenen Direktmandaten? Natürlich gar nicht! Nur ficht das unsere Gutmenschen nicht an. Sie merken auch nicht, dass ihre Generation, die außerhalb des politischen Betriebes selten Handfestes gelernt hat, mit ihrer Neuerungs- und Belehrungslust weit oberhalb der Verhältnisse ihrer politischen Bildung und ihrer Fähigkeiten lebt, reale Zusammenhänge zu durchschauen und dann verlässlich umzugestalten.

Das Scheitern bei der Organisation der Berliner Wahl und der Zusammenbruch energiepolitischer oder pazifistischer Positionen sind diesbezüglich nur unterschiedliche Ausprägungsformen des gleichen Grundproblems. Es besteht darin, dass uns verzogene, ideologieverliebte Politiker durch die wahrhaft vielen Krisen unseres Landes hindurchsteuern sollen. Die reichen von Russlands Krieg in der Ukraine über das anhaltende Migrationsgeschehen und die von der Regierungskoalition sogar noch gesteigerte Magnetkraft unseres Sozialstaates bis hin zur Unfähigkeit, mit politisch sehr anders Denkenden vernünftig über notwendige Entscheidungen zu diskutieren.

Es mag ja sein, dass die Bewältigung des Berliner Wahldesasters nur eine vergleichsweise kleine Herausforderung ist. Doch wie soll man einer Politikerschaft vertrauen, die schon so schlichte Probleme nicht abzuwenden vermag?

Siehe hierzu auch den Bericht auf Seite 4.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Berliner Parteien rüsten sich für die Neuwahl des Abgeordnetenhauses **Seite 5**

Kultur

Die Hauptstadt erlebt eine seltene „Sternstunde der Kulturpolitik“ **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Das Schicksal der Naturheilanstalt Goldap ist ungewiss **Seite 13**

Reise

Vorweihnachtlicher Zauber in Österreich und in der Oberlausitz **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 303404 47
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

FTX und Ukraine In diesem für Kryptogeld katastrophalen Jahr musste auch die von Samuel Bankman-Fried geführte Handelsplattform Insolvenz anmelden. Dadurch ist ein Spendenfluss in die Ukraine gestoppt

Auch die Ukraine hat auf Sand gebaut

Seit diesem Monat befindet sich die einst drittgrößte Kryptobörse in einem Insolvenzverfahren

VON WOLFGANG KAUFMANN

Kryptowährungen sind digitale Scheinwährungen, hinter denen kein Staat als Herausgeber steht. Mittlerweile existieren bereits um die 20.000 Kryptowährungen. Der Gesamtwert der im Umlauf befindlichen Vermögenswerte in Bitcoins und dergleichen liegt inzwischen bei knapp einer Billion US-Dollar. Das nur virtuell vorhandene Geld wird an speziellen Kryptowährungsbörsen gehandelt, deren mangelhafte Kontrolle durch die Aufsichtsbehörden immer wieder auf Kritik stößt. So kann der auf spekulative Gewinne erpichte Anleger jederzeit seinen gesamten Einsatz verlieren, weil es keine Sicherheitsvorkehrungen dagegen gibt. Das kommentierte der Chef-Analyst des Online-Brokers Markets.com, Neil Wilson, mit den Worten: „Börsen sollten keine derartigen Risiken bergen. Aber da draußen ist der Wilde Westen und die Imperien dort sind auf Sand gebaut.“

Die drittgrößte Kryptobörse der Welt war bis vor wenigen Tagen die auf den Bahamas ansässige Plattform FTX (Futures eXchange), die im Mai 2019 gegründet wurde. Sie handelte vor allem mit FTT, einem digitalen Finanzprodukt auf der Basis mehrerer Kryptowährungen. Die Abwicklung der Käufe erfolgte über das angeschlossene Unternehmen Alameda Research. Das Volumen der Geschäfte lag bislang bei rund einer Milliarde Dollar pro Tag. Deshalb investierten viele Kapitalgesellschaften in das scheinbar gewinnträchtige Unternehmen FTX, darunter auch Branchenschwergewichte wie BlackRock, Soft Bank, Tiger Global und Sequoia Capital.

„Help Ukraine with crypto“

Mitbegründer und Vorstandsvorsitzender von FTX war der US-Amerikaner Samuel Bankman-Fried, meist nur SBF genannt, dessen Vermögen sich zeitweise auf 26 Milliarden Dollar belief. Dieses angebliche finanztechnische Wunderkind, das der Demokratischen Partei nahesteht, organisierte diesen März gemeinsam mit dem 31-jährigen Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für digitale Transformation der Ukraine, Mychajlo Fedorow, eine Spendenaktion unter dem Motto „Help Ukraine with crypto“. Kryp-

towährungsbesitzer in aller Welt sollten Einzahlungen bei FTX vornehmen, die SBF dann in Dollar umtauschen und an Kiew überweisen wollte. Dabei kam bis zum Oktober Digitalgeld im Wert von rund 60 Millionen Dollar zusammen. Diese sind aber offenbar nie in der Ukraine angekommen und darüber hinaus nun wohl auch verloren, nachdem Bankman-Fried am 11. November Konkurs anmeldete und als Vorstandsvorsitzender von FTX/Alameda zurücktreten musste.

Die Unternehmenspleite, durch die SBF innerhalb eines Tages 94 Prozent seines Vermögens verlor, resultierte aus einer Kette von Ereignissen. Zuerst berichtete die auf digitale Währungen spezialisierte Nachrichtenseite CoinDesk, dass Bankman-Fried bis zu zehn Milliarden Dollar an FTX-Kundengeldern unterschlagen habe, um eine drohende Zahlungsunfähigkeit von Alameda abzuwenden. Daraufhin gab der größte Mitbewerber von FTX, die Kryptobörse Binance, bekannt, sie wolle ihr 530-Millionen-Dol-

lar-Guthaben in FTT auflösen. Aufgrund der hierdurch geschürten Zweifel an der Solidität und Liquidität von FTX/Alameda setzte eine Massenflucht aus dem FTT ein. Binnen 72 Stunden nahmen die Anleger Abhebungen in Höhe von sechs Milliarden Dollar vor. Deshalb bot Bankman-Fried am Ende sogar an, Binance könne FTX übernehmen, wenn es die Handelsplattform rette. Das allerdings lehnte der bisherige Konkurrent ab. Anschließend meldete SBF dann noch einen Hackerangriff auf sein Unternehmen. Bei den „nicht autorisierten Transaktionen“ sollen weitere Kryptovermögenswerte in Höhe von einer Milliarde Dollar abgezogen worden sein. Der Gesamtschaden aus der FTX/Alameda-Pleite beläuft sich möglicherweise auf bis zu 220 Milliarden Dollar.

Nur die Spitze eines Eisberges?

In diesem Kontext erscheint der finanzielle Verlust für die Ukraine relativ gering. Allerdings kursieren momentan Gerüch-

te, dass die verlorenen 60 Millionen nur die Spitze eines sehr viel größeren Eisbergs seien. Angeblich soll Kiew mehrere Milliarden Dollar Hilfgelder aus dem Westen heimlich bei FTX angelegt beziehungsweise durch Spekulation mit Kryptowährungen zu vermehren versucht haben. Belastbare Beweise hierfür gibt es jedoch momentan nicht.

Allerdings haben die Untersuchungen zum FTX/Alameda-Konkurs durch die US-Börsenaufsichtsbehörde für die Kontrolle des Wertpapierhandels in den Vereinigten Staaten SEC und diverse weitere Behörden innerhalb und außerhalb der USA gerade erst begonnen und könnten durchaus noch einige Überraschungen bescheren. Auf jeden Fall gilt nun auch für die Ukraine, was der Bankrate.com-Analyst James Royal nach der FTX-Pleite gegenüber dem „Business Insider“ sagte, das System basiere voll und ganz auf „dem Glauben an die Zukunft der Kryptowährung ... Wenn dieser Glaube verschwindet, hat man nichts mehr.“



Samuel Bankman-Frieds prominenteste Unterstützerin: Model Gisele Bündchen warb noch im April für seine Kryptobörse FTX

PARTEIFINANZIERUNG

Lobbying eines „effektiven Altruisten“

Wie und warum der Begründer und bisherige Vorstandsvorsitzende von FTX die US-Demokraten finanziell unterstützt hat

Der Begründer und bisherige Vorstandsvorsitzende der Kryptowährungsbörse FTX samt angeschlossener Handelsplattform Alameda, Samuel Bankman-Fried, der nun einen finanziellen Scherbenhaufen und Hunderttausende geprellter Anleger hinterlassen hat, bezeichnet sich selbst als „effektiven Altruisten“, der „verdienen wolle, um zu geben“. Multimilliardär wurde der hochbegabte Sohn zweier kalifornischer Jura-Professoren und studierte Physiker innerhalb von nur vier Jahren, nachdem er Ende 2017 mit Alameda debütiert hatte. Zunächst ließ der allgemein nur SBF genannte Exzentriker mit einem demonstrativ einfachen Lebensstil vor allem Tierschutzgruppen

und Wohltätigkeitsorganisationen Geld zukommen, bis er dann 2020 das Polit-sponsoring für sich entdeckte und zu einem Großspender der Demokratischen Partei der Vereinigten Staaten avancierte.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen vom November 2020 überwies SBF 5,2 Millionen Dollar an zwei politische Aktionskomitees, die den demokratischen Kandidaten Joe Biden unterstützten. Damit war er der zweitgrößte Einzelgeldgeber Bidens nach dem Unternehmer Michael Bloomberg, der dem Democratic National Committee 18 Millionen Dollar spendete.

Im Wahlzyklus 2021/22 rangierte Bankman-Fried erneut auf Platz 2 in der

Liga der freigiebigsten Unterstützer der Demokraten. Diesmal belief sich die Gesamtsumme seiner Zuwendungen bereits auf 39,8 Millionen Dollar. Diesmal lief ihm der Milliardär George Soros mit 128,5 Millionen Dollar den Rang ab.

Und wenn SBF nicht inzwischen einen Großteil seines Vermögens verloren hätte, würde er vielleicht seine Ankündigung wahr machen, eine Milliarde Dollar einzusetzen, um zu verhindern, dass Donald Trump 2024 erneut ins Weiße Haus einzieht.

Da Bankman-Fried aber eben ein „effektiver“ und kein reiner Altruist ist, erfolgten seine Spenden nicht ganz uneigennützig, sondern dienten auch dem

Zumindest ein Ziel des 30-Jährigen war es, dass der Staat sich bei der Regulierung des Kryptomarktes zurückhält

Zweck, die Person beziehungsweise Partei zu unterstützen, von der er sich mehr Zurückhaltung bei der staatlichen Regulierung des Kryptomarktes versprach. Wie sehr ihm Letztere verhasst ist, zeigt seine intensive Lobby-Arbeit im Kongress. Diese zielte darauf ab, dass jene Finanzbehörden größere Kompetenzen erhalten, die für ihre eher liberale, großzügige Herangehensweise bekannt sind wie die seit 1975 bestehende Commodity Futures Trading Commission (CFTC), welche die Future- und Optionsmärkte in den USA reguliert. Nun freilich wird SBF sein Restvermögen wohl voll und ganz für gute Anwälte benötigen, um einem längeren Gefängnisaufenthalt zu entgehen. W.K.

KRISENJAHR

Ein Annus horribilis für Kryptogeld

2022 war kein gutes Jahr für das Geschäft mit dem digitalen Geld. So kam es Mitte Mai zum Absturz der Kryptowährung Terra, durch den sich Anlagekapital in Höhe von 50 Milliarden US-Dollar in Luft auflöste. Danach meldete im Juni die vielgefragte Kryptoplattform Celsius Network Insolvenz an. Und nun löste der Kollaps der Kryptowährungsbörse FTX noch ein drittes Beben aus. Letzteres fiel derart stark aus, dass es das ganze Krypto-Universum bis in seine Grundfesten erschütterte. Seit der FTX-Pleite verloren sämtliche Kryptowährungen im Durchschnitt um die zwanzig Prozent ihres Wertes und der zweitgrößte Kryptokreditgeber BlockFi taumelt auf den Bankrott zu.

Der Grund hierfür ist der Verlust an Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Branche, nachdem diese ohnehin schon an Attraktivität verloren hat, seit die Zinsen für konventionelle Anlagen wieder steigen und die Regierungen offenbar an Kryptowährungsverboten tüfteln, weil das digitale Geld angeblich zu viel Energie verschlingt. Deshalb ist mit einem weiteren Abzug von Kapital zu rechnen.

Manche Analysten befürchten daher, dass der Weltwirtschaft ein ähnlicher Schockmoment bevorsteht wie nach dem Konkurs der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im September 2008. Doch das wird wohl eher nicht der Fall sein, wie die Finanzmarktexpertin Hilary Allen von der American University in Washington erläutert: „Die primäre Verwendung von Krypto ist Spekulation. Daher ist es unwahrscheinlich, dass ein Scheitern breitere Auswirkungen haben wird, solange das traditionelle Finanzsystem nicht in erheblichem Maße Krypto ausgesetzt ist.“ Und davon sind wir momentan noch immens weit entfernt.

Die Implosion von FTX dürfte zu verstärkten Bemühungen bei der staatlichen Regulierung des Kryptomarktes führen, gegen die sich der Chef des FTX-Imperiums Samuel Bankman-Fried stets so vehement gestemmt hat. W.K.

Es wird eng für Donald Trump

Die Midterm-Wahlen verliefen enttäuschend für die Republikaner. Als neuer Star der Partei wird Ron DeSantis, der in Florida einen triumphalen Sieg einfuhr, zum entscheidenden Rivalen des Ex-Präsidenten

VON CLAUDIA HANSEN

Als Donald Trump vergangene Woche seine schon lange erwartete Ankündigung machte, dass er 2024 noch einmal für das Amt des US-Präsidenten kandidieren wolle, geschah etwas Unerwartetes: Fox News beendete mittendrin die Live-Übertragung aus Mar-a-Lago, Trumps Anwesen in Florida. Es war ein klares Signal des rechtskonservativen Murdoch-Senders, dass es ihm zu viel wurde. Und für den Ex-Präsidenten ein beunruhigendes Zeichen. Einer der mächtigsten Medienkonzerne des Landes, der lange Jahre zu Trump gestanden hatte, wendet sich von ihm ab.

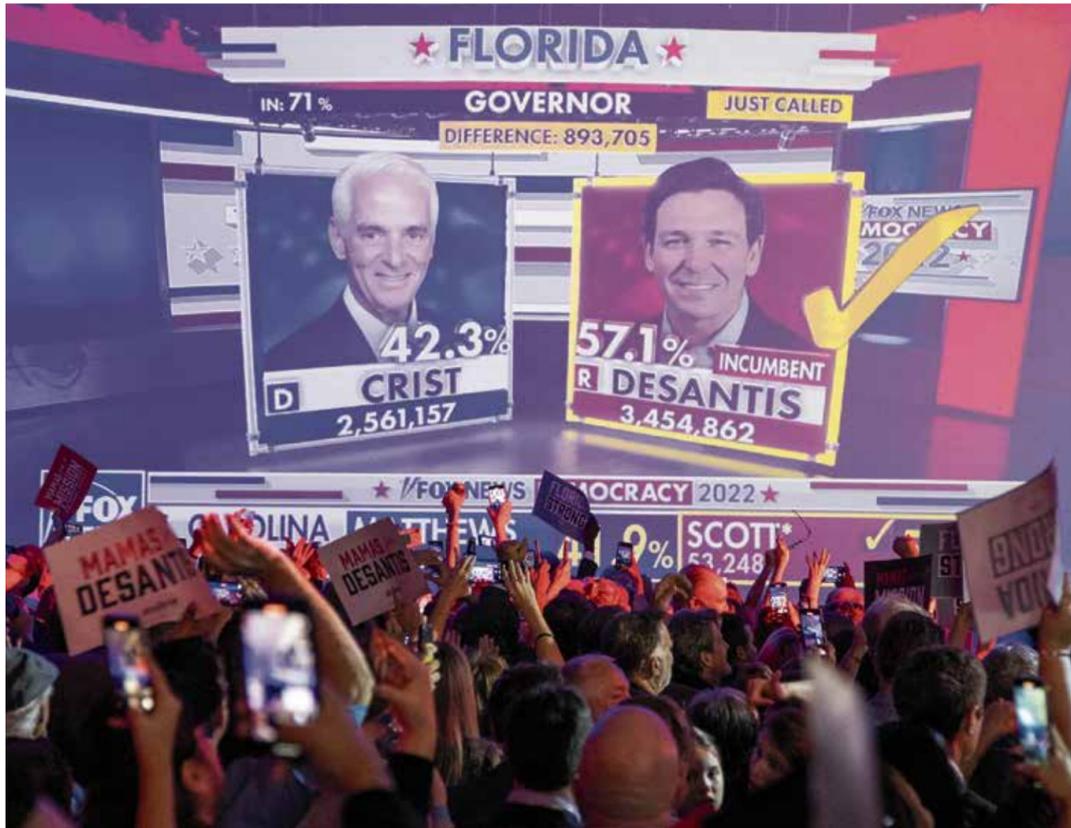
Vom Heilsbringer zum „Loser“

Große Teile der konservativen Presse zeigen inzwischen offene Abneigung. Die „New York Post“, das auflagenstarke Blatt aus dem Hause des Medienzaren Rupert Murdoch, der früher Trump zugeneigt war, spötelte über seinen Auftritt in Mar-a-Lago. „Mann aus Florida macht Ankündigung“, schrieb das Boulevardblatt unten auf seiner Titelseite. Weit hinten, auf Seite 26, witzelte das Blatt dann über den „Rentner aus Florida“ und „eifrigen Golfer“ mit der vergoldeten Lobby, der wieder Präsident werden wolle. „Seine Cholesterinwerte sind unbekannt, aber seine Lieblingspeise ist verkohltes Steak mit Ketchup.“ Im Jahr 2024 werde er 78 Jahre alt sein. Dass diesem Mann tatsächlich nochmal ein „Comeback für Amerika“ gelinge, glauben immer weniger. Auf Fox News heißt es derweil knallhart, der ehemalige Apostel des „Make America Great Again“ (MAGA) sei ein „Loser“.

Nun laufen Wetten, ob Trump überhaupt noch die Nominierung für die republikanische Präsidentschaftskandidatur 2024 gewinnt. Zuvor galt er als klarer Favorit. Aber jetzt ist er angeschlagen. Larry Hogan, der Gouverneur von Maryland, beschreibt die Stimmung gegenüber Trump mit den Worten, es sei wohl „ein bisschen Blut im Wasser und die Haie kreisen herum“. Größter Konkurrent für den Ex-Präsidenten ist Floridas Gouverneur Ron DeSantis. Ihn sehen viele in der Partei und in den konservativen Medien als neuen Hoffnungsträger mit besseren Chancen, die Wahl 2024 zu gewinnen. Trump wirkt deshalb zunehmend gereizt und dünnhäutig.

Keine Frage: Seit den für die Republikaner enttäuschend verlaufenen Midterm-Wahlen hat sich die Stimmung gegen den Ex-Präsidenten gewendet. Trump hatte eine große Zahl von Kandidaten unterstützt und durchgesetzt, die bei der Wahl scheiterten; das fällt nun auf ihn zurück. In Pennsylvania verlor sein Kandidat, der schillernde TV-Arzt Mehmet Oz, das Rennen um den Senatssitz gegen den Demokraten John Fettermann, obwohl dieser wegen eines kürzlichen Schlaganfalls kaum drei Sätze unfallfrei sagen konnte. Trumps Senatskandidat in Arizona, Blake Masters, schafft es ebenfalls nicht. Auch die von Trump unterstützte Ex-Fernsehjournalistin Kari Lake, die in Arizona Gouverneurin werden wollte, unterlag ihrem demokratischen Kontrahenten. Ob der schwarze Ex-Footballstar Herschel Walker in Georgia bei der Stichwahl am 6. Dezember den Senatssitz noch holt, ist auch fraglich. Gegen den angeblich überzeugten Abtreibungsgegner hatten mehrere ehemalige Geliebte ausgesagt, dass er sie zu Abtreibungen gedrängt und dafür bezahlt habe. Wieder einmal stand ein Trump-Kandidat im Zwielicht.

Auch Trumps unbewiesene Behauptung, er habe 2020 gegen Joe Biden nur wegen Wahlfälschung verloren, spielte den Demokraten in die Hände, die ihn als Gefahr für die Demokratie darstellen konnten. „Wahllügner“ lautet das Etikett, das alle angeheftet bekommen, die Trumps Behauptung teilen.



Neuer Hoffnungsträger: Als am Abend der Midterm-Wahlen die ersten Prognosen über die Bildschirme laufen, wird schnell klar, dass die Republikaner mit Ron DeSantis eine neue Integrationsfigur gefunden haben, die trotz klarer konservativer Programmatik auch Wähler in der Mitte gewinnen kann. Am Ende holte der Gouverneur in Florida 59,4 Prozent der Stimmen

Gleich ein halbes Dutzend MAGA-Kandidaten für Innenministerposten (Secretary of State) in Bundesstaaten, die von Wahlbetrug sprachen, fielen bei den Wählern klar durch. Unterm Strich zeigte sich eine überwiegende Absage an Trumps Linie.

Die Demokraten mobilisierten ihre Anhänger bei den Midterms zudem mit dem Abtreibungsthema, nachdem der Oberste Gerichtshof im Sommer das historische Urteil Roe vs. Wade zum Recht auf Abtreibung zurückgezogen hatte.

Der einzige Lichtblick

Am Ende gelang es den Republikanern nur knapp, mit 218 Sitzen, eine Mehrheit im Repräsentantenhaus, nicht aber im Senat zu erringen, obwohl es eigentlich fast als Naturgesetz der amerikanischen Politik gilt, dass bei Zwischenwahlen die Opposition zulegt und den ganzen Kongress gewinnt. Die Popularitätswerte für den nun 80-jährigen demokratischen Präsidenten Joe Biden, dem man eine gewisse Alterssenilität anmerkt, sind schlecht. Nur 40 Prozent der Amerikaner finden ihn gut. Das Thema, das den Republikanern am meisten Rückenwind geben sollte, ist die hohe Inflation. Viele US-Bürger können sich kaum noch eine Tankladung leisten. Hinzu kommt die gestiegene Gewaltkriminalität in vielen demokratisch regierten Städten. Die seit den „Black Lives Matter“-Protesten systematisch als rassistisch denunzierten und geschwächten Polizeikräfte kommen dagegen kaum noch an. In Umfragen äußern fast zwei Drittel der Amerikaner Unzufriedenheit und Sorge darüber, wie sich ihr Land entwickle.

Und dennoch blieb die von den Republikanern erhoffte „rote Welle“ Anfang November aus. Es wurde allenfalls ein „rotes Tröpfchen“. Die Farbe Rot (die Parteifarbe der Republikaner) dominiert zwar in den eher dünn besiedelten Gegenden im Inneren des Landes; die dichtbesiedelten Küstenregionen wählten aber überwiegend Blau (Demokraten). Zwar können die Republikaner mit ihrer hauchdünnen Mehrheit im Abgeordnetenhaus Biden nun weitgehend blockieren und ihn zur „lahmen Ente“ machen. Doch dass die Demokraten die Kontrolle über den Senat behalten, war doch eine schwere kalte Dusche für die Rechte.

Einen einzigen großen Lichtblick gab es am Wahlabend für die „Grand Old Party“: Floridas Gouverneur Ron DeSantis gelang eine triumphale Wiederwahl. Mit zwanzig Prozentpunkten Vorsprung siegte der 44-jährige im Sonnenscheinstaat und verteidigte den Gouverneursitz in Tallahassee. DeSantis gilt nun zunehmend als neuer Star der Partei. „Ron DeFUTURE“ trompete die „New York Post“. Donald Trump ätzte hingegen, sein ehemaliger Protegé sei nur ein „durchschnittlicher Gouverneur“. Er nannte ihn „DeSanctimonous“ (scheinheilig).

Dass Trump eigene Leute attackiert, kommt bei vielen Republikanern nicht gut an. Über den erfolgreichen Gouverneur von Virginia, Glenn Youngkin, mokierte er sich, dessen Name klinge irgendwie chinesisch. Besonders aber zielt er auf DeSantis. Noch vor den Midterms scheute sich Trump nicht, dem Wahlkämpfer in die Parade zu fahren. Er wisse viele „nicht besonders schmeichelhafte Dinge“ über den Gouverneur, deutete er düster an. „Ich weiß mehr über ihn als jeder andere – mit Ausnahme vielleicht seiner Frau.“ Wenn DeSantis bei den republikanischen Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur antrete, „könnte das für ihn sehr schmerzhaft ausgehen“.

Anhänger orientieren sich neu

Der Zweikampf „Don gegen Ron“ verspricht in der Tat spannend zu werden. Schon haben sich wichtige Spender von Trump abgewandt, etwa der Milliardär Stephen Schwarzman von der Finanzgesellschaft Blackstone. Viele wollen künftig lieber DeSantis Geld geben. Auch an der Basis kommt er gut an. Eine neue Umfrage des Meinungsumfrageinstituts YouGov Mitte November erregte Aufsehen, denn sie zeigte erstmals einen Vorsprung von sieben Punkten von DeSantis vor Trump bei den republikanischen Wählern. Bei einer Vorwahl würden nun 46 Prozent DeSantis unterstützen, nur noch 39 Prozent den Ex-Präsidenten. Trump ist seit den Midterms regelrecht eingebrochen.

DeSantis besitzt vieles, was Konservativen gefällt: Der Jurist mit Examen von der Eliteuniversität Yale, der dort auch in der Baseballmannschaft reüssierte, hat einige Jahre in der Armee als Rechtsberater gedient, bevor er in

Anders als der narzisstische, sprunghafte und von Launen getriebene Immobilienmogul und einstige Reality-TV-Darsteller Trump ist der Jurist DeSantis aus Florida viel zielstrebig, konzentrierter und geht strategischer vor

die Politik ging. Mit nur 40 Jahren eroberte er erstmals das Gouverneursamt in Florida und hat den Swing-State nun solide republikanisch gefärbt. Schon im Sommer riet der bekannte TV-Moderator Piers Morgan in seiner Kolumne in der „New York Post“, die Republikaner sollten Trump abservieren und DeSantis als neues Zuggpferd annehmen. „Er ist einfach jünger, frischer und spannender als der alternde, tobende Gorilla, der zu einem jammernenden, demokratierechenden Langweiler geworden ist“, schrieb der einflussreiche Murdoch-Kolumnist. Der Nachwuchspolitiker sei die bessere Option, wenn die Republikaner 2024 die Wahl gewinnen wollten.

DeSantis scheut dabei nicht den Kulturkampf mit der Linken, der linksliberalen Elite und ihren Meinungsmachern in den Medien. So hat der zweifache Familienvater ein Gesetz gegen Frühsexualisierung und LGBT-Themen in Grundschulen durchgesetzt und macht gegen die linke „Critical Race Theory“ im Unterricht Front, die Weißen strukturellen Rassismus und quasi eine ewige Erbschuld anlastet. DeSantis hat sich auch mit dem mächtigen Disney-Konzern angelegt, als der sich für LGBT-Inhalte in Schulen aussprach. Und während der Corona-Zeit erlaubte der Gouverneur in Florida früher als anderswo, dass die Lockdowns aufgehoben werden. Freiheit und Eigenverantwortung lautete sein Motto. Jüngst erregte er Aufsehen, als er eine Gruppe illegaler Immigranten per Bus nach Martha's Vineyard, die Ferieninsel der reichen Demokraten, verfrachtete. Er steht für eine harte Linie gegen illegale Immigration, gleichzeitig hat er viele Unterstützer bei den konservativen Latinos gewonnen.

Die „Zukunft des Konservatismus“

Die politische Linke hat DeSantis schon früh als gefährlichen Gegner erkannt. Er sei genauso rechts wie der Ex-Präsident. Als „Trump with a Brain“ (Trump mit Hirn) wird er bezeichnet. Und vermutlich stimmt genau dies. Aber anders als der narzisstische, sprunghafte und von Launen getriebene Immobilienmogul und einstige Reality-TV-Darsteller ist der Jurist aus Florida viel zielstrebig, konzentrierter und geht strategischer vor.

„Ron DeSantis ist die Zukunft des Konservatismus“, schreibt etwa der Kolumnist Rod Dreher in der Zeitschrift „The American Conservative“. Er vertrete einen „Common-Sense-Populismus“. Dreher ist sich sicher, dass DeSantis 2024 einen Erdrutschsieg gegen die Demokraten erringen könnte. Mit Trump als Kandidaten hingegen wäre eher ein Sieg der Demokraten wahrscheinlich. Trump sei „jetzt bewiesenermaßen ein Verlierer“. Außerdem droht dem Ex-Präsidenten weiterer Ärger mit der Justiz. Gegen ihn persönlich oder sein Firmenimperium laufen mindestens fünf größere Ermittlungen – vom Vorwurf, dass er geheime Amtsdokumente entwendet habe bis hin zu Anschuldigungen wegen Steuer- und Finanzbetrugs.

Und dennoch wäre es voreilig, Trump jetzt schon abzuschreiben, auch wenn sich der Wind gegen ihn gedreht hat. Gerard Baker, der frühere Chefredakteur des „Wall Street Journal“, erinnert in einer aktuellen Kolumne in der „Times“ daran, dass Trump noch immer über Millionen Anhänger verfüge und in den Augen vieler seine Aura nicht verloren habe. Trump war auch verlacht worden, als er 2015 erstmals seine Kandidatur verkündete, die er gegen den breiten Widerstand des Partei-Establishments durchboxte. Das ist erst sieben Jahre her. Trumps politische Karriere war kurz und heftig, voller Turbulenzen. Seit den Midterms entsteht der Eindruck, dass er erledigt sei. „Ihn jetzt schnell begraben zu wollen, wirkt aber sehr voreilig“, schreibt Baker. Noch immer könne der Milliardär wie kaum ein anderer an Millionen Frustrierte in Amerika appellieren. Nicht zum ersten Mal in seiner politischen Karriere werde Trump unterschätzt.

● MELDUNGEN

Dauerärgernis Ostbahn

Berlin/Potsdam – Die Zugverbindung zwischen Berlin und Küstrin-Kietz hat sich durch viele Verspätungen und eine lange Fahrtzeit zu einem Dauerärgernis für Pendler und Ausflugsgäste entwickelt. Seit der Besetzung durch die Sowjets hat die frühere Ostbahn auf dem Abschnitt von Berlin nach Küstrin nur noch ein Gleis. Mangels Oberleitung kann der Abschnitt auch noch immer nicht von E-Loks befahren werden. Entgegen den Hoffnungen der Bundesländer Berlin und Brandenburg hat der Bund eine Förderung der Modernisierung der Strecke im Rahmen des Investitionsprogramms „i2030“ abgelehnt. Aus Sicht des Bundes hat die Ostbahn bislang keine Priorität, weil sie derzeit nur von Regionalzügen befahren wird. Der Regierung in Warschau ist es dagegen gelungen, für den Ausbau der Strecke östlich der Oder auf dem Abschnitt zwischen Küstrin und Schneidemühl eine Förderung durch EU-Mittel zu erhalten. Diesen Abschnitt der früheren Preußischen Ostbahn sollen künftig Züge mit einem Tempo von 160 Kilometern in der Stunde befahren können. *H.M.*

Umverteilung beschlossen

Scharm El-Scheich – Auf der diesjährigen UN-Klimakonferenz im ägyptischen Scharm El-Scheich ging es erstmals auch um die Forderung nach Ausgleichszahlungen für erlittene Klimaschäden. Derzeit beziffern 58 Schwellen- und Entwicklungsländer ihren „Wohlstandverlust“ durch angeblich von den Industrieländern verursachte Klimaschäden wie Überflutungen und Dürren auf 522 Milliarden Euro. Bis 2050 soll diese Summe auf 1,8 Billionen Euro pro Jahr steigen. Bislang gab es keine Bereitschaft, derartig immense „Reparaturen“ zu leisten. Nun allerdings einigte man sich auf einen „Ausgleichsfonds“, ohne aber konkrete Summen oder Einzahler zu nennen. Parallel zu dem Beschluss signalisierte die Staatssekretärin im Auswärtigen Amt, Jennifer Morgan, dass die Bundesrepublik auch hier künftig Verantwortung übernehmen wolle. Morgan ist US-amerikanischer Herkunft und stand bis diesen März an der Spitze von Greenpeace. *W.K.*

Das Motiv war unpolitisch

Schwerin – Laut Staatsanwaltschaft handelt es sich bei der Brandstiftung in einer nahe Wismar gelegenen Unterkunft für Ukrainer vom 19. Oktober um den „Teil einer Brandserie“. Festgenommen wurde ein Feuerwehrmann, wegen weiterer Brandstiftungen seit April wird ermittelt. Ein politisches Motiv liegt nicht vor. Obwohl der Ortsbürgermeister sofort auf einen möglichen Zusammenhang mit den anderen Bränden hingewiesen hatte, war bei dem Anschlag auf die Ukrainer-Unterkunft zunächst ein rechtsextremer Hintergrund unterstellt worden. Bundesinnenministerin Nancy Faeser und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (beide SPD) hatten den Ort des Geschehens besucht, Faeser nannte die Tat ein „menschenverachtendes Verbrechen“. *E.L.*

NORD STREAM

Linke und AfD fordern Aufklärung

Kleine Anfragen der Bundestagsfraktionen der beiden Parteien zu den Anschlägen auf die Pipelines

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die auf dem Grund der Ostsee liegenden und am 26. September durch mehrere Explosionen schwer beschädigten Pipelines Nord Stream 1 und 2 hatten eine maximale theoretische Durchlasskapazität von 110 Milliarden Kubikmetern Erdgas pro Jahr. Damit wären sie im Prinzip dazu geeignet gewesen, den gesamten Bedarf der Bundesrepublik in Höhe von rund 90 Milliarden Kubikmetern abzusichern. Aus diesem Grunde besaßen die Leitungen eine außerordentlich große strategische Bedeutung für die deutsche Energieversorgung.

Trotzdem hält sich die Bundesregierung sehr zurück, was konkrete Informationen über die Hintergründe des Anschlags auf Nord Stream 1 und 2 betrifft. Das hat die Bundestagsfraktionen der Linken und der Alternative für Deutschland nun zu zwei ausführlichen Kleinen

Anfragen an die Ampelregierung veranlasst, in denen teilweise die gleichen Punkte angesprochen werden.

So geht es in beiden Fällen um die bislang gewonnenen Erkenntnisse über die Sabotageakte und die dadurch verursachten Schäden sowie die Möglichkeiten, diese zu reparieren. Darüber hinaus interessieren die AfD Details der Vorklärungsarbeiten und der Kooperation mit den schwedischen und dänischen Behörden, während die Linke wissen will: „Liegen der Bundesregierung Ergebnisse aus der akustischen, seismischen und elektronischen Überwachung ... vor, die auf die Urheber der Explosionen hindeuten und welche sind das ggf.?“

In diesem Zusammenhang bringt die Fraktion explizit das Flottendienstboot „Alster“ (A 50) der Deutschen Marine ins Spiel. Das Aufklärungsschiff zur umfassenden Informationsgewinnung in Krisengebieten operierte zum Zeitpunkt der Anschläge in der Ostsee. In welcher Ent-

fernung zum Geschehen befand sich die „Alster“ und „konnte die ‚Alster‘ ... Schiffe, Boote oder U-Boote in der Nähe der Explosionen identifizieren, wenn ja, welche?“, möchte die Linkspartei wissen.

Verdächtiges Schweigen

Die AfD stellt außerdem die Frage: „Betrachtet die Bundesregierung einen Anschlag auf die Nord Stream Pipelines als einen direkten Angriff auf Deutschlands Energieversorgungssicherheit?“ Dahingegen bleibt die Linkspartei eher im Vagen, wenn sie sich nach der völkerrechtlichen Einordnung der Sabotageaktion erkundigt.

Anschließend kommt die Linke dann zum brisantesten Teil ihrer Anfrage: „Wie bewertet die Bundesregierung die Presseberichte, nach denen Bürger bzw. Geheimdienste der Ukraine in den vergangenen Monaten Anschläge auf russische Pipelines planten? ... Treffen Berichte zu, nach denen die Bundesregierung

im Sommer von Partnerdiensten informiert wurde, dass Staatsbürger der Ukraine planen, Anschläge auf die Nord-Stream-Pipelines zu verüben?“

Hier wiederum zeigt sich die AfD um einiges zurückhaltender: „Zu welchen namentlich klar benannten Infrastrukturen hat die Bundesregierung seit Februar 2022 ... konkrete Warnhinweise erhalten?“ Gleichzeitig wird aber deutlich tiefer geböhrt, wenn es um die ergriffenen Schutzmaßnahmen im Falle eventueller Warnungen geht: Was wurde im Detail veranlasst, wie viele Kräfte kamen zum Einsatz und welche Absprachen mit anderen Staaten gab es?

Darüber hinaus fragt die AfD auch nach der konkreten Gefährdung aller unterseeischer Infrastrukturen und fügt dazu an: „Existiert ein aktuelles Analysepapier, in welchem die Bundesregierung bzw. eine ihr untergeordnete Behörde weitere mögliche Anschläge auf kritische Infrastrukturen Unterwasser in der Nord- und Ostsee und deren Auswirkungen auf die deutsche IT- und Energieversorgungssicherheit untersucht?“

Anfragen unterscheiden sich

Abschließend kommt die AfD-Fraktion dann noch darauf zurück, dass die Bundesregierung in Beantwortung einer früheren Anfrage mitgeteilt hat, der Schutz der kritischen Infrastrukturen Deutschlands auf dem Meeresgrund obliege im Regelfall der Bundespolizei: „Hält die Bundesregierung die Bundespolizei für eine solche Aufgabe ... ausreichend ausgestattet?“ Immerhin gebe es ja Presseberichte, dass der Bundespolizei bis 2026 eine halbe Milliarde Euro fehlen würden, was auch die Anschaffung neuer Schiffe behindere.

Nun bleibt abzuwarten, in welcher Form die rot-grün-gelbe deutsche Bundesregierung auf die beiden Anfragen antwortet. Bislang hat sie sich – wenn es um die Anschläge auf Nord Stream 1 und 2 ging – stets darauf berufen, dass die Ermittlungen gerade erst begonnen hätten und die nachrichtendienstlichen beziehungsweise militärischen Aspekte des Ganzen weitgehend der Geheimhaltung unterlägen. Allerdings verstärkt jede weitere Weigerung, konkrete Auskünfte zu geben, den Eindruck, hier solle etwas vertuscht werden.



Im Hafen von Kiel: Das Aufklärungsschiff der Deutschen Marine „Alster“ operierte zum Zeitpunkt der Anschläge in der Ostsee

FOTO: B.M. GARTEN

BERLIN-WAHL

Verfassungsgericht fällt ein klares Urteil

Ohne die chaotische Durchführung hätte ein signifikant anderes Ergebnis herauskommen können

Das Urteil zur Berliner Chaos-Wahl im September 2021 war bundesweit mit Spannung erwartet worden. Entsprechend groß war der Andrang von Bürgern und Journalisten zum Verkündungstermin des Berliner Landesverfassungsgerichtshofes. Obwohl der Termin für 11 Uhr angesetzt war, bildeten sich schon ab 9 Uhr Schlangen vor den Einlasskontrollen. Das Interesse war so gewaltig, dass einige interessierte Bürger wegen Überfüllung des Saals nicht mehr eingelassen wurden.

Die streitenden Parteien waren mit einigen führenden Repräsentanten vertreten. Detail am Rande: Während unter den interessierten Besuchern kaum Jemand eine FFP2-Maske trug, waren im Journalistenbereich zahlreiche Maskenträger anzutreffen. Im Vorfeld sparten Tageszeitungen wie die „taz“ und der „Tagesspiegel“ nicht mit kritischer Berichterstat-

tung. So war aus dem Umfeld von Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) die Anregung lanciert worden, das zu erwartende Urteil vor dem Bundesverfassungsgericht anzuzweifeln.

Luthe (Freie Wähler) stellt Eilantrag

Auch nach der Urteilsverkündung geben sich beide Blätter unzufrieden: „Eine Wahl mit blauem Auge“ lautete die Schlagzeile im „Tagesspiegel“. „Das darf ja wohl nicht wahl sein!“, schimpfte die „taz“. Beide Zeitungen stehen dem rot-grün-roten Senat traditionell nahe. Das ehemalige „Neue Deutschland“ sorgte sich um das möglicherweise noch schlechtere Abschneiden der Linkspartei als 2021.

Die Innensenatorin bemühte sich nach dem Urteilspruch, der die Wiederholung der kompletten Abgeordnetenhauswahl von 2021 erzwingt, Einsicht zu

zeigen: „Diese Entscheidung nehme ich mit Respekt zur Kenntnis und werde sie selbstverständlich umsetzen.“

Entscheidend war, dass das Gericht zu dem Schluss kam, dass die Fehler von 2021 das Ergebnis möglicherweise entscheidend verändert haben. So führte Gerichtspräsidentin Ludgera Selting an, dass nur knapp 2000 Stimmen mehr der AfD ein weiteres Mandat beschert hätten. 10.000 zusätzliche Stimmen hätten die Grünen-Fraktion um einen Parlamentarier verstärkt und eine nur dreistellige Zahl von Zweitstimmen, die falsch gezählt sein könnten, hätte die Zusammensetzung der FDP-Fraktion verändert.

Der klageführende Marcel Luthe (ehemals FDP und 2021 Spitzenkandidat der Freien Wähler) zeigte sich ob des Urteils nur teilweise zufrieden. Was ihn stört: Das Gericht hatte sich 14 Monate Zeit mit

einer Entscheidung gelassen. Zudem bezweifelt Luthe, ob das aus der Skandalwahl hervorgegangene Parlament überhaupt rechtmäßig amtiert hat: „Nun wird zu klären sein, ob eine nicht aus Wahlen hervorgegangene Versammlung ein Parlament sein kann. Dazu liegt dem Gerichtshof und dem 18. und 19. Abgeordnetenhaus mein Eilantrag vor ... Wer nicht gewählt ist, ist kein Abgeordneter – und die Entscheidung des Gerichts gilt ab sofort.“

Das Verfassungsgericht urteilte jedoch, dass die Wirkung seines Urteils „ex nunc“ (also für die Zukunft) wirke und nicht „ex tunc“ (von damals an, also rückwirkend). Somit bleibt das Abgeordnetenhaus zwar im Amt, seine Legitimation bis zur Bildung des kommenden Landesparlaments nach den Wiederholungswahlen im Februar ruht jedoch auf einer sehr dünnen Basis. *Frank Bücker*

WAHLWIEDERHOLUNG

Parteien starten in den Wahlkampf

Berliner müssen im Februar an die Urnen: Grüne machen sich Hoffnung auf Bürgermeisterposten

VON HERMANN MÜLLER

Berlins Landesverfassungsgericht hat die Chaos-Wahl vom vergangenen Herbst für ungültig erklärt und komplett wieder einkassiert. Die anstehende Wahlwiederholung im kommenden Februar kann für eine Berliner Partei als Debakel enden.

Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey hatte sich vor dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs erstaunlich zuversichtlich gegeben. Die SPD-Politikerin sagte: „Es gibt ja ein paar, die denken, vielleicht schaffen die es ja nicht. Ich sag euch eins: Vielleicht wird die Truppe auch größer.“ Viele Beobachter halten es allerdings für unwahrscheinlich, dass die Berliner Sozialdemokraten noch einmal den Anschein einer Aufbruchstimmung entfachen können, wie ihnen dies im vergangenen Jahr zumindest ansatzweise gelungen war.

Einen starken Anteil am knapp errungenen Wahlsieg im September 2021 hatte der Umstand, dass es die Hauptstadt-SPD mit ihrer Spitzenkandidatin Giffey geschafft hatte, auch Wähler der politischen Mitte und bisherige Nicht-Wähler anzusprechen. Fraglich ist, ob die SPD diesen Erfolg im Februar wiederholen kann. Zweifelhaft ist etwa, ob die Wahlbeteiligung im kommenden Februar noch einmal so hoch sein wird wie bei der Wahl im September 2021. Im vergangenen Herbst waren die Berlin-Wahl, die Bundestagswahl und die Wahlen zu den Bezirksparlamenten auf einen Tag gefallen. Gleichzeitig konnten die Berliner auch noch in einem Volksentscheid abstimmen. Verdruss über die Politik der Hauptstadt-SPD dürfte viele Wähler entweder von der Wahlurne fernhalten oder aber eine andere Partei wählen lassen.

Giffey Bilanz fällt trostlos aus

Dauerprobleme der Stadt, etwa beim Wohnungsbau, im Bildungsbereich oder die dysfunktionale Verwaltung, sind weiter ungelöst. Hinzu gekommen ist nun noch eine dramatisch verschlechterte Gesamtlage in Deutschland durch Inflation und Energiekrise. Sehr stark abhängen wird das Wahlergebnis im Februar 2023 davon, wie die Berliner durch den Winter kommen. Ein Teil der Wähler hat auch nicht vergessen, dass Giffey vor der Wahl



Will ganz nach oben: Grünen-Spitzenkandidatin Bettina Jarasch

Foto: imago/Future Image

den Eindruck erweckt hatte, zu einer Koalition mit CDU und FDP bereit zu sein. Nach der Wahl hielten sich beide Parteien auch ohne Vorbedingungen als potentielle Juniorpartner bereit. Die SPD-Linken um Raed Saleh setzten im Herbst 2021 allerdings eine Fortsetzung des Bündnisses mit Grünen und Linkspartei durch. Seitdem fügten die eigenen Genossen Giffey weitere Niederlagen zu. Im Wahlkampf hatte sie sich für einen Ausbau der Stadtautobahn A 100 und gegen eine Enteignung von Wohnungsunternehmen ausgesprochen. Bei diesen und anderen Themen hat die ehemalige Bezirksbürgermeisterin von Neukölln in ihrer Partei allerdings kaum Rückhalt.

Der Weg, im Frühjahr mit einem anderen Spitzenkandidaten anzutreten, ist der SPD wiederum verbaut. Laut Berliner Verfassungsgerichtshof müssen die Parteien bei der Wahlwiederholung nämlich mit denselben Bewerbern antreten wie im September 2021. So haben die Grünen wenige Tage nach dem Urteil Bettina Jarasch erneut zu ihrer Spitzenkandidatin ge-

wählt. Diese eigentlich überflüssige Bestätigung kann genauso als Wahlkampfauftritt gesehen werden wie die Ankündigungen Jaraschs auf dem eilig einberufenen Kleinen Parteitag am 19. November. Die Grünen-Spitzenkandidatin signalisierte den Willen, weiter mit SPD und Linkspartei zu regieren.

Flucht vor der Verantwortung

Zugleich machte sie aber klar, dass sie das linksgrüne Bündnis diesmal anführen will. Mit Kritik am Koalitionspartner SPD und an Giffey hielt sich Jarasch auf dem Kleinen Parteitag zurück. Stattdessen ging die Grüne auf die CDU los. An die Adresse des CDU-Spitzenkandidaten sagte Jarasch: „Glaubt Kai Wegner wirklich, er könnte seiner Partei hier in Berlin ein soziales Profil geben, wenn die CDU zugleich auch mit Berliner Stimmen das Bürgergeld bekämpft?“ Jaraschs Vorgehen kann durchaus als frühzeitige Absage an eine Koalition unter Einbeziehung der CDU gewertet werden. Mit Blick auf die Pannwahl von 2021 sprach Jarasch von

„organisierter Verantwortungslosigkeit“, die sich unter anderem bei der Wahl gezeigt habe. Als Lösungsvorschlag kündigten die Grünen eine „radikale Verwaltungsreform“ für Berlin an. Jarasch wagt damit einen politischen Drahtseilakt: Weisen SPD, Grüne und Linkspartei auf Missstände und Versäumnisse in der Landespolitik hin, müssten sie sich nämlich eine sehr naheliegende Frage gefallen lassen: Warum haben die drei Parteien diese Probleme noch immer nicht abgestellt? Als Rot-Rot-Grün regierte das linksgrüne Dreierbündnis immerhin schon von 2016 bis 2021. Die SPD geht dabei mit einer besonderen Belastung in den Wahlkampf.

Die politische Verantwortung für die missglückte Wahldurchführung im Jahr 2021 liegt aus Sicht vieler Beobachter nämlich beim damaligen Innensenator Andreas Geisel. Inzwischen Bausenator, lehnt Geisel einen Rücktritt bislang ab. Dabei argumentiert der SPD-Politiker, dass er zwar für die Aufsicht der Wahl zuständig gewesen sei, jedoch nicht für die Organisation der Wahl.

NEUKÖLLN

Ausstellung zum Ukrainekrieg sorgt für Wirbel

Genezareth-Kirche positioniert sich eindeutig in dem Konflikt – Das führt zu teils heftigen Protesten

Die evangelische Kirchengemeinde Genezareth am Herrfurthplatz in Berlin-Neukölln hat mit einer Ausstellung ein neues Konfliktfeld eröffnet, das eigentlich nichts mit Theologie zu tun hat. Eine Fotoausstellung ergreift ganz klar Partei im Ukrainekrieg gegen die Russen. Die Kirchengemeinde liegt in Norden Neuköllns, in der die christlich-deutsche Bevölkerung eindeutig ein Minderheitendasein fristet. Die von David Rojkowski geschaffene und verantwortete Ausstellung „Wir hatten ein normales Leben. Ukraine 2006–2022“ umfasst etwa 100 Bilder, die zuvor in Hamburg gezeigt wurden.

Rojkowski räumt ein, die Ausstellung sei bewusst „emotional“ konzipiert worden, politisch und menschlich habe man sich auf die ukrainische Seite stellen wollen: „Auch wenn es im Leben und der

Fotografie kein Schwarz und kein Weiß gibt – der Krieg erfordert diese Positionierung.“ Im sogenannten Schillerkiez im Norden Neuköllns wohnen aber nicht nur orientalisch Moslems, sondern auch Menschen, die dem russischen Kulturkreis nahestehen. Proteste und Kommentare bezeichnet der Ausstellungskurator als „Nadelstiche“ und „Schmierereien“, er spricht von Vandalismus. Einzelne Ausstellungstücke wurden sogar mit einem Messer aufgeschlitzt.

Mit Vorwürfen wie „Wo sind die 14.000 Toten im Donbass (2014–2022), von der Ukraine ermordet?“ mag er sich nicht auseinandersetzen. Den Vorwurf, die Krim sei einfach annektiert worden, kontern Ausstellungsgegner mit der Parole „Referendum!“ und bezeichnen die Kampfhandlungen als Teile der „Kriege

der USA und NATO“. Schon beim Aufbau der Ausstellung hat es Missfallensäußerungen gegeben. Ein Aufbauhelfer beklagt, dass Passanten ihm „Russen-Bashing“ und „ukrainische Propaganda“ zugerufen hätten.

Rojkowski weiß um die Provokation: Die Ausstellung drehe sich um „ein heißes und kontroverses Thema“. Das gelte umso mehr, „je weiter wir Richtung Osten (in Deutschland) gehen“. Die Gemeindepfarrerin Jasmin El-Manhy: „Mir war klar, dass diese Ausstellung auch Protest auslösen wird.“ Sie selbst hat als Tochter eines ägyptischen Moslems und einer katholischen Mutter auch einen ungewöhnlichen Weg als evangelische Pfarrerin absolviert.

El-Manhy berichtet, dass Menschen in ihr Gemeindebüro gekommen seien und

sich beschwert hätten, die Ausstellung erzähle „nicht die Wahrheit“. Die Menschen hätten protestiert: „Warum lässt die Kirche auf ihrem Boden so etwas zu?“, und schließlich „Warum werden denn weiße Geflüchtete aus der Ukraine so bevorzugt?“ Die Pfarrerin verteidigt sich damit, dass die Ausstellung „wirklich eindrücklich (zeige), wie zerbrechlich unser Frieden ist“. In einem Interview äußerte sie: „Mir geht es darum, dass Menschen positive Erfahrungen mit der Kirche machen und sich zumindest fragen: Braucht unsere Gesellschaft die Kirche noch?“

Ihre Vorstellungen gehen in eine klare Richtung: „Die Kirche muss diverser, weiblicher und jünger werden, damit sich überhaupt junge Menschen für sie interessieren. Derzeit ist die Kirche nicht zeitgemäß.“ Frank Bückner

KOLUMNE

Gratis-Raserei

VON VERA LENGSELD

Berlin kann nicht nur keine Wahlen abhalten, die Stadt ist für die Klimakleber ein Wohlfühlstandort und blamiert sich mit einem Dauer-Pannenhafen, für den sich jede andere Hauptstadt Europas schäme. Nein, Berlin hat mehr zu bieten. Nicht nur die Verkehrsbehinderer von der „Letzten Generation“ fühlen sich hier wie die Fische im Wasser. Wenn die losgemacht sind, übernehmen wieder die Raser die Straßen.

Seit Jahren wird die Stadt von jungen und nicht mehr so jungen Männern unennbarer Herkunft in übermotorisierten Luxus-Sportwagen terrorisiert. Das hat schon mehr als ein Todesopfer gefordert. Aber die verantwortungslosen Täter können mit Milde rechnen – oder mit der Wurschtigkeit der Behörden, die auch nicht mehr so funktionieren, wie man es in Deutschland gewohnt war. Wie der „Tagesspiegel“ berichtet, musste die Berliner Polizei in diesem Jahr bereits Tausende Bußgeldverfahren gegen Raser einstellen, weil die Behörde die gesetzlichen Fristen bei der Bearbeitung nicht einhalten konnte.

Allein bis Ende September dieses Jahres hatte die Polizei 20.024 Verkehrsordnungswidrigkeitsverfahren wegen Geschwindigkeitsverstößen aufgeben müssen. Das geht aus einer Antwort der Senatsinnenverwaltung auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion hervor, die dem „Tagesspiegel“ vorliegt. Das führte zu entgangenen Einnahmen in Höhe von 1,2 Millionen Euro, teilte die Innenverwaltung mit. Das Phänomen ist nicht neu. Auch in den vergangenen Jahren konnten zahlreiche Bußgeldverfahren nicht fristgerecht bearbeitet werden. Die Berliner Polizei hatte in der Vergangenheit immer wieder gewarnt, dass Bußgeldverfahren wegen Personalmangels nicht bearbeitet werden könnten.

Der Senat rechnet für 2022 mit Bußgelleinnahmen in Höhe von 67 Millionen Euro – so wenig wie nie in den vergangenen fünf Jahren.

MELDUNG

Sozialamt zwei Wochen dicht

Berlin – Sozialämter in der Hauptstadt bekommen zunehmend Probleme, ihre Aufgaben zu erfüllen. Das Amt in Berlin-Neukölln musste wegen Personalmangels am 14. November für zwei Wochen für den Publikumsverkehr schließen. Während der Schließung bietet man lediglich eine Notprechstunde für akut Bedürftige an. Als Grund für die Schließung nennt der Bezirk einen Bearbeitungsstau durch viele Anträge von Asylsuchern und eine hohe Zahl von Anträgen auf einen Energiekostenzuschuss. Wie eine Mitarbeiterin des Sozialamts gegenüber dem rbb sagte, ist die Bearbeitung solcher Anträge nicht schwer, aber in der Masse kaum zu bewältigen. Probleme meldeten auch das Sozialamt des Bezirks Tempelhof-Schöneberg und das Reinickendorfer Sozialamt. Laut dem rbb-Bericht nannte das Amt in Reinickendorf als Gründe für die Überlastung „immer neue Gesetzesvorgaben, steigende Geflüchtetenzahlen“ und krankheitsbedingte Personalausfälle durch Corona. H.M.

● MELDUNGEN

Gerüchte über Neuwahlen

Moskau – Immer häufiger wird in den Medien und sozialen Netzwerken über eine mögliche Putin-Nachfolge spekuliert. So ist in Internet-Quellen immer öfter von möglichen vorgezogenen Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr zu lesen. Der Telegram-Kanal „Master pera“ (Meister der Feder) spekuliert darüber, dass es sich dabei um einen Präventivschlag der Eliten handeln könnte, um ihre Position zu verteidigen. Die jetzige Führung habe in der letzten Zeit fast alle Entscheidungen unter Druck getroffen, was nicht einmal verschwiegen, sondern öffentlich anerkannt worden sei. Zu den erzwungenen Maßnahmen habe auch die militärische Spezialoperation in der Ukraine gehört, mit der niemand gerechnet hatte. Ebenso seien die Herbstmobilisierung und viele andere Dinge erzwungen worden. Putin könne an einer vorgezogenen Präsidentschaftswahl in der derzeitigen Lage nicht interessiert sein, doch könnten sich für ihn unerwartete Ereignisse im kommenden Jahr ergeben. **MRK**

Kam Corona viel früher?

Olympia – Der erste bestätigte Corona-Fall in den Vereinigten Staaten wurde am 19. Januar 2020 aus dem Bundesstaat Washington gemeldet, doch offenbar kursierte der Krankheitserreger SARS-CoV-2 schon einige Zeit vorher in dem Land. Das hat die nachträgliche Auswertung von 7389 Blutproben von Rot-Kreuz-Blutspendern aus Kalifornien, Connecticut, Iowa, Massachusetts, Michigan, Oregon, Rhode Island, Washington und Wisconsin ergeben, die von Beauftragten der Centers for Disease Control and Prevention (CDC), einer Behörde des US-amerikanischen Gesundheitsministeriums, durchgeführt wurden. 145 der Proben aus dem Zeitraum vom 13. Dezember 2019 bis zum 17. Januar 2020 wiesen Antikörper gegen den Covid-19-Erreger auf. Hochgerechnet auf die gesamten USA bedeutet dies, dass bereits vor dem offiziellen Corona-Ausbruch um die 4,7 Millionen US-Amerikaner mit dem Virus in Kontakt gekommen sein könnten. **W.K.**

Verbrechen auf beiden Seiten

Lugansk – Veröffentlichtes Videomaterial, mit dem die ukrainische Seite die Rückeroberung der von Russland besetzten Gebiete feiern wollte, hat großes Aufsehen erregt. Es geht um russische Soldaten, die in Makijewka in der Region Lugansk von ukrainischen Soldaten erschossen worden sein sollen. Das Video zeigt zunächst eine Festnahme russischer Soldaten. Dann fallen Schüsse, das Video bricht ab, danach sind mehrere tote Russen zu sehen. Die Ukraine behauptet, dass es sich um eine vorgetäuschte Kapitulation gehandelt habe, während Russland von der gezielten Tötung von Kriegsgefangenen spricht. Ein UN-Sprecher sagte, dass die UN Kenntnis von den Aufnahmen habe und sie untersuche. Vor Kurzem teilte die UN-Mission zur Überwachung der Menschenrechte mit, dass es glaubwürdige Berichte über Folter und Misshandlungen von Kriegsgefangenen auf beiden Seiten gäbe. **MRK**

CHINA

„Instabil und unsicher“

Angesichts der Sicherheitslage fordert Xi Jinping von den Streitkräften eine hohe Kampfbereitschaft

VON BODO BOST

Der Staatspräsident der Volksrepublik China und Vorsitzende der Zentralen Militärkommission (ZMK) Xi Jinping habe kurz nach seiner Wiederwahl als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) auf dem letzten Parteikongress in Armeuniform die Volksbefreiungsarmee besucht und diese aufgefordert, ihre gesamte Energie auf den Kampf zu konzentrieren, um sich auf einen Krieg vorzubereiten, berichtet ein Sprachrohr der KPCh. Bilder von Xi in seiner Armeuniform bei einem Besuch in einer Kommandozone prangten auf der Titelseite der „People's Daily“. Xi sagte, die Armee müsse „die militärische Ausbildung zur Vorbereitung auf den

Krieg umfassend verstärken“. Auf dem kürzlichen Parteikongress hatte er vor „gefährlichen Stürmen“ am Horizont gewarnt. „Konzentrieren Sie Ihre ganze Energie auf den Kampf, arbeiten Sie hart am Kampf und verbessern Sie Ihre Fähigkeit zu siegen“, wurde er zitiert. Die Armee müsse außerdem „entschlossen die nationale Souveränität und die nationale Sicherheit verteidigen“, da sich China in einer „instabilen und unsicheren“ Sicherheitslage befinde. Damit meinte er den Ukrainekrieg.

„Gefährliche Stürme“

Schon 2013, kurz nach dem Beginn seiner Amtszeit als Staats- und Parteichef, und 2017 hatte er der Armee befohlen, sich auf Kriegsvorbereitungen zu konzentrieren, diesmal hat er jedoch nach Ansicht politi-

scher Analysten seine Rhetorik deutlich verschärft. Bei einem ähnlichen Besuch in der Kommandozone im Jahr 2016 forderte er die Offiziere lediglich auf, „loyal“ und „einfallsreich“ im Kampf zu sein. Viele Analysten sehen in der neuen Rhetorik eine klare Botschaft an die Vereinigten Staaten und Taiwan. Zwar hat die Volksrepublik hinsichtlich militärischer Stärke noch nicht mit den USA gleichgezogen, doch fürchten viele, dass Xis Entscheidungen nicht immer auf rationalem Kalkül beruhen.

Xi griff auf dem 20. Parteikongress, der vergangenen Monat in Peking zu Ende ging, die Unterstützung der USA für Taipeh an und machte „ausländische Einmischung“ für die Verschärfung der Spannungen verantwortlich. So argumentierte auch Russlands Präsident Wla-

dimir Putin vor dem 24. Februar. Xi sieht in der Rückgewinnung Taiwans einen wichtigen Teil seines Vermächtnisses und sagte in seiner Eröffnungsrede auf dem Kongress: „Wir werden niemals versprechen, auf den Einsatz von Gewalt zu verzichten.“ Joe Biden hat wiederholt versprochen, dass die USA Taiwan im Falle eines Angriffs verteidigen würden. Nachdem die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, im August Taiwan besucht hatte, verlegte die Volksbefreiungsarmee Berichten zufolge mehrere Kriegsschiffe und Flugzeuge in die Nähe der Mittellinie, einer inoffiziellen Grenze zwischen der Volksrepublik und der Republik China in der Formosastraße.

„Ausländische Einmischung“

In den letzten Monaten hat Xi seine Kader in immer aggressiveren Tönen aufgefordert, „den Kampf zu wagen“ und ihren „Kampfgeist“ zu stärken, um die nationalen Interessen in einem feindlichen politischen Umfeld zu verteidigen. In seiner Eröffnungsrede auf dem Parteitag verwendete er 17 Mal das Wort „douzheng“ für „Kampf“. Dieses Wort hat Mao Tse-tungs Betonung des „Klassenkampfes“ und des Kampfes gegen ausländische, imperialistische Einflüsse ersetzt. Allerdings benutzte er auch etwa 50 Mal das Wort für „Sicherheit“.

Zuletzt hatte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums den Besuch des britischen Handelsministers Greg Hands in Taiwan benutzt, um die britische Regierung aufzufordern, „keine falschen Signale an separatistische Kräfte für die Unabhängigkeit Taiwans zu senden“. Großbritannien ist seit dem chinesischen Vertragsbruch im Jahre 2020 mit der Einführung der Sicherheitsgesetze in Hongkong vorgewarnt. Einkäufe in die Infrastruktur durch chinesische Staatsunternehmen, wie sie Bundeskanzler Olaf Scholz nun in Hamburg genehmigt hat, sind in Großbritannien nicht mehr möglich. Das liegt auch daran, dass dessen neuer Premierminister indische Wurzeln hat. Dadurch sind ihm diese Probleme näher, von den traditionell eher schlechten indisch-chinesischen Beziehungen ganz zu schweigen.



In Armeuniform besucht er am 8. November mit der von ihm geleiteten Zentralen Militärkommission das höchste militärische Führungsorgan der Volksrepublik China: Xi Jinping (vorne) **Foto: imago/Xinhua**

FRANKREICH

Wie radikal soll der Rassemblement National sein?

Nach der Wahl eines neuen Vorsitzenden droht der Kampf zwischen den Flügeln zu eskalieren

Die Bekundung, zwischen Marine Le Pen und ihrem Nachfolger Jordan Bardella würde nicht einmal ein Zigarettenpapier passen, war gerade erst gedruckt, da schloss der 27-jährige neue Vorsitzende der französischen Rassemblement National (RN, Nationale Sammlungsbewegung) zwei enge Vertraute Le Pens aus dem Exekutivkomitee, dem höchsten Gremium der Partei, aus. Einer von ihnen ist Steeve Briois, Bürgermeister von Marine Le Pens Hochburg Hénin-Beaumont im Département Pas-de-Calais in der Region Hauts-de-France im Norden des Landes. Er galt lange als engster Weggefährte Le Pens und war mehrfach ihr Wahlkampfmanager. Im Kampf um ihre Nachfolge hatte er den Bürgermeister von Perpignan, Louis Aliot, unterstützt.

Nachdem der RN im Frühsommer sensationell mehr als 80 Parlamentssitze gewonnen hatte, hatte Le Pen angekün-

digt, sie wolle sich auf den Fraktionsvorsitz in der Nationalversammlung konzentrieren. Bereits zuvor hatte sie die Parteiführung interimsmäßig an ihren politischen Ziehsohn Bardella abgegeben. Der setzte sich in der Stichwahl vom 5. November mit satten 84,6 Prozent gegen Aliot durch.

Mit der Entmachtung Briois' hat Bardella klargemacht, dass er einen eigenständigen Kurs zu fahren gedenkt. Briois kritisierte dies nun umgehend. „Ich kann darin nur eine Verkümmerng sehen und hoffe, dass der Rassemblement National nicht dem großen nationalistischen Kompromiss nachgibt, dieser Strategie der Vereinigung der radikalen Rechten, die bei den Präsidentschaftswahlen gescheitert ist, anstatt der Gesamtheit der Patrioten von rechts und links“, erklärte der Bürgermeister von Hénin-Beaumont.

Briois und Aliot, der einzige RN-Bürgermeister einer Großstadt, wollten den

Kurs Le Pens der „Entdiabolisierung“ weiterführen. Sie sehen die Zukunft der Partei in sozialen Themen und wollen Kümmerer für alle Franzosen sein. Aliot hatte vor der Wahl um den Parteivorsitz eine programmatische Erneuerung gefordert und gemahnt, die Partei müsse anschlussfähiger werden.

Obwohl Le Pen jahrelang mit Aliot liiert war, hatte sie Bardella systematisch zum Nachfolger aufgebaut. Der 27-Jährige ist mit einer Nichte Le Pens verlobt und soll die Partei für jüngere Menschen attraktiver machen. Kurz nach der Wahl war er noch bemüht, die Brücken zum unterlegenen Lager zu schlagen, indem er Aliot zum ersten Vizevorsitzenden der Partei nominierte. „Ich kann die Enttäuschung von Briois verstehen. Aber es ist das Recht des Vorsitzenden nach unseren Statuten das Exekutivkomitee nach seinen Vorstellungen zu besetzen“, erklärte Le Pen nun salomonisch.

Im Kern geht es aber um eine Richtungsentscheidung. Dass der frühere TV-Journalist Eric Zemmour bei den Präsidentschaftswahlen im ersten Wahlgang sieben Prozent gewonnen hat und durch seinen strammen Anti-Islam-Kurs populär wurde, hat im RN viele ebenso beunruhigt wie die Tatsache, dass es Zemmour gelungen ist, alte RN-Kader wie den früheren Abgeordneten Gilbert Collard und eine weitere Nichte Le Pens, Marion Maréchal, abzuwerben. Trotz der jüngsten Wahlerfolge gilt der RN als kommunal schwach verankert. Selbst in Sachen Mitgliederzahlen hat Zemmours Partei, die nicht im Parlament sitzt, stark aufgeholt. Bardella hat dazu aufgerufen, „Patrioten zu versöhnen“ und Brücken zu bauen. Briois warnt dagegen, der Partei drohe ein Rückfall in die Isolation. Le Pen versucht die Gemüter zu beruhigen: „Das Gerede von einer möglichen Spaltung ist Unsinn. Es gibt keinen Richtungsstreit.“ **Peter Entinger**

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

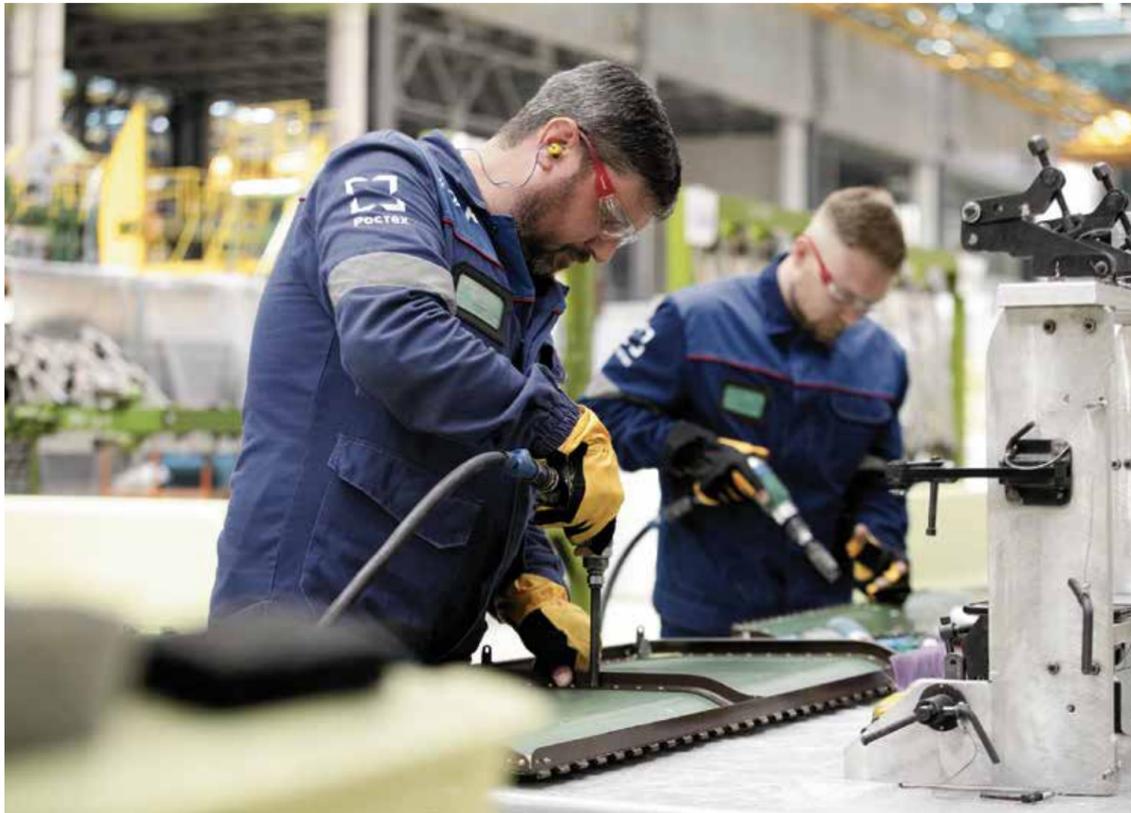
Das Wirtschaftswachstum in Russland ist laut Statistiken auch im dritten Quartal rückläufig, was die Befürworter der Sanktionen hierzulande von deren Richtigkeit überzeugen dürfte.

Die Auswirkungen auf den russischen Alltag sind jedoch nicht so eindeutig, wie die reinen Wirtschaftsdaten vermuten lassen. Was die Experten in ihre Berechnungen offenbar nicht einkalkulieren, sind zum einen die Leidensfähigkeit des russischen Volks und zum anderen die nicht zuletzt durch die Staatspropaganda beförderte Bereitschaft der Mehrheit, sich den veränderten Bedingungen zu stellen. Das setzt Anstrengungen frei, welche die Russen bislang nicht nötig hatten. Ein bei Unternehmern weitverbreitetes Motto lautete: „Wozu sollen wir etwas selbst herstellen, was wir in weitaus besserer Qualität importieren können?“

Unternehmer, deren Credo lautete: „Nur Geschäftsaktivitäten, bei denen sich schnelles Geld verdienen lässt, ist ein lohnenswertes Business“, wurden in den vergangenen Monaten auf eine harte Probe gestellt. Den meisten sei die Anpassung an die neuen Bedingungen gut gelungen, sagt der Wirtschaftsexperte Michail Beljajew vom Russischen Institut für strategische Studien. Seiner Meinung nach werden nur wenige Firmen Konkurs anmelden müssen. Für sie gebe es genügend neuen Spielraum, etwa durch neue Handelsnetze im Osten, durch die staatlich unterstützte Warensubstitution, vergünstigte Kredite und Steuererleichterungen.

Um die Bevölkerung bei Laune zu halten, subventioniert die russische Regierung viele Bereiche des öffentlichen Lebens. Besonderes Augenmerk legt sie auf die Einnahme- und Beschäftigungssituation der Bürger. So ist sie bemüht, Arbeitsplätze zu erhalten und die Verluste in der Industrie, in der Landwirtschaft, in der Verkehrs- und Baubranche zu minimieren. Die Regierung führt ein Register, das Unternehmen auflistet, deren Beschäftigte von Entlassungen bedroht sind. Meist sind das solche mit ausländischer Beteiligung, die unter die Sanktionen fallen.

Von den Subventionen profitierten unter anderen die Fluglinien. Insgesamt erhielten russische Airlines umgerechnet 143 Millionen Euro Hilfen. Das Ziel ist, den Inlandsflugverkehr so bequem wie möglich für die Bürger zu gestalten und neue Destinationen – wie wöchentliche Flüge nach Dubai – anzusteuern. Insgesamt stellt der Staat knapp 1,6 Milliarden Euro Fördergelder zur Verfügung. Damit will Moskau die eigene Flugzeugproduktion so schnell wie möglich hochfahren. Die Fluggesellschaft Aeroflot, die fast aus-



Arbeit an Iljuschin-Transportflugzeugen in Uljanowsk: Künftig sollen in Russland vermehrt auch Zivilflugzeuge gebaut werden

RUSSLAND

Subventionen halten die Wirtschaft am Laufen

Die Regierung in Moskau spannt einen Rettungsschirm für zahlreiche Branchen auf – Die Bevölkerung leidet am meisten unter der hohen Inflation

schließlich Modelle von Boeing und Airbus im Fuhrpark hält, soll bald Flugzeuge aus russischer Produktion erhalten. Die Eigenproduktion wird mit Macht angekurbelt. Neben neueren Modellen wie Superjet, Irkut MS-21 und Iljuschin II-114-300 sollen auch die Typen Tupolew Tu-214 und Iljuschin II-96-300 wiederbelebt werden.

Energiebranche soll zahlen

Da Gas und Öl immer noch die wichtigsten Einnahmequellen des Landes sind, will die Regierung von den Unternehmen der Branche höhere Steuern erheben. Damit sollen in den kommenden drei Jahren umgerechnet 32 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen fließen.

Im Alltag spüren die Menschen besonders die enormen Preissprünge, sowohl

für Dinge des täglichen Bedarfs als auch für Importware, die zwar wegen des Parallelimports zu bekommen sind, aber oft zu Wucherpreisen. Beispielsweise werden in St. Petersburg Schuhe der Marke New Balance angeboten, die vor dem 24. Februar knapp 100 Euro kosteten. Für sie muss man nun mehr als 300 Euro hinblättern.

Die Inflation liegt in diesem Jahr bei zirka zwölf Prozent, nur wenig höher als in Deutschland, wo sie laut Eurostat bei elf Prozent liegt. In Russland beträgt die durchschnittliche Erhöhung der Einkommen 11,6 Prozent, sie liegt also knapp unterhalb der Inflationsrate.

Im Zuge der Teilmobilmachung, der Flucht junger Spezialisten und der demographischen Lage geraten viele Firmen wegen Arbeitskräftemangel unter Druck. Im vergangenen Jahr sind viele Beschäf-

tigte in den Ruhestand gegangen, da die Regierung Rentner unterstützt. Davor waren viele gezwungen, solange weiterzuarbeiten, wie es ihre Gesundheit erlaubt. Das Renteneintrittsalter beginnt in Russland bei 55 Jahren für Frauen und 60 Jahren bei Männern. Die staatliche Unterstützung sorgt nun dafür, dass viele in Rente gehen. Da sie ihr Gehalt voll versteuern müssen, trägt die steigende Inflation dazu bei, dass die Arbeit sich für Rentner nicht mehr lohnt.

Im November klagten 57 Prozent der Unternehmen über den Verlust ihrer älteren Beschäftigten. Das traf vor allem die Schwermetallindustrie, den Maschinenbau, die Hersteller von Baumaterialien sowie Chemieunternehmen, also gerade die Bereiche, die für den Ausbau des Binnenmarkts dringend benötigt werden.

DEUTSCHLAND

Branche warnt vor tödlichem Kreislauf

Die Lage spitzt sich dramatisch zu: Automobilzulieferer sehen Pleitewelle kommen

Während Wirtschaftsexperten in der vergangenen Woche noch von den Anzeichen einer nur „sanften Rezession“ sprachen, gibt es mehr und mehr Branchen, die bereits jetzt Alarm schlagen. Der deutschen Automobilzuliefererindustrie droht nach eigenen Angaben wegen rasant gestiegener Energie- und Materialkosten eine Pleitewelle. „Im ersten Halbjahr 2023 werden wir viele Insolvenzen sehen, weil die Unternehmen ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen können“, sagte der Vorstandsvorsitzende von ElringKlinger und Gesamtmetall-Präsident Stefan Wolf im Gespräch mit der „Automobilwoche“. Er habe in den vergangenen 25 Jahren noch nie derart massive Kostensteigerungen erlebt. So hätten sich neben den Teuerungen bei der Energie etwa die Preise für Kunststoffgranulat oder Stahl drastisch erhöht.

Immer mehr Automobilzulieferer geraten in Liquiditätsprobleme. Wie eine aktuelle Horváth-Studie zeigt, haben drei Viertel der Unternehmen große Probleme, gestiegene Produktionskosten weiterzugeben. Das gilt nicht nur für Deutschland, das gilt weltweit. Zudem berichtet der größte Teil der Automobilzuliefererindustrie von Problemen in ihren Unternehmen, Mitarbeiter zu finden. Die Unternehmen beklagten einen standortübergreifenden Personalengpass auf allen Ebenen. Das führe beispielsweise in der Produktion dazu, dass Schichten nicht besetzt werden könnten. „Die Zeiten, in denen Jobs in der Branche krisensicher und lukrativ sind, sind längst vorbei“, sagt Wolf.

Eine Krise jagt seit Jahren die nächste: die Corona-Pandemie, fehlende Halbleiter, der Ukrainekrieg, eine ansteigende

Inflation, explodierende Transportkosten und Rohstoffpreise sowie nun auch noch das Energiedesaster. Das alles passiert in einer Phase, in der sich die Branche nach einem Jahrhundert vom Verbrennermotor verabschieden muss. Selbst ein bisheriges Vorzeige-Unternehmen wie ElringKlinger hat große Probleme. „Wir versuchen von den Herstellern Kompensation für die Kostensteigerungen zu bekommen. Das gelingt uns auch ganz gut, aber natürlich nicht zu 100 Prozent.“

Die Kosten schlagen sich direkt im Ergebnis nieder“, sagte Wolf, der sich zudem über Gewerkschaftsforderungen nach acht Prozent mehr Lohn für zwölf Monate aufregt: „Diese Forderungen sind außer der Welt“. Die Inflation sei mit dem bereits hohen Lohnniveau der Metall- und Elektroindustrie leichter zu bewälti-

gen als mit einem deutlich niedrigeren wie in der Pflege oder im Einzelhandel. „Die Sicherung der Arbeitsplätze muss Vorrang haben“, fügte Wolf hinzu.

Schon im Juni berichtete das ifo-Institut, dass die Erwartungen der deutschen Automobilindustrie für das laufende Jahr stark eingebrochen seien. Mehr als neun Zehntel der Unternehmen in der Branche leiden seit Ausbruch des Ukrainekriegs unter einem nochmals verstärkten Materialmangel. Der Stillstand bei den großen Marken bedroht vor allem die Existenz der regionalen Zulieferer. Viele von ihnen sehen sich aufgrund ihrer Vertragsbedingungen dazu gezwungen, hohe Fertigwarenbestände bereitzuhalten, auch wenn diese von den Fahrzeugherstellern gar nicht abgerufen werden. „Das ist ein tödlicher Kreislauf“, sagt Wolf. Peter Entinger

● MELDUNGEN

Wohlstand geht zurück

München – Nach Erkenntnissen des ifo-Wirtschaftsforschungsinstituts führen die gestiegenen Importpreise für Gas und Öl zu massiven Wohlstandsverlusten in Deutschland. Nach Schätzungen der Ifo-Forscher werden sich im laufenden Jahr die Realeinkommensverluste durch die gestiegenen Gas- und Ölpreise auf etwa 64 Milliarden Euro summieren. Dies entspricht 1,8 Prozent der Wirtschaftsleistung. Laut Timo Wollmershäuser, dem Leiter der ifo-Konjunkturprognosen, kommen im nächsten Jahr „voraussichtlich noch einmal gut neun Milliarden Euro oder 0,2 Prozent der Wirtschaftsleistung hinzu“. Nach Angaben des Ifo-Instituts gab es auch schon im Jahr 2021 Realeinkommensverluste durch gestiegene Importpreise für Öl und Gas. Diese beliefen sich nach ifo-Schätzungen auf gut 35 Milliarden Euro oder ein Prozent der Wirtschaftsleistung. H.M.

Gefahr für Gasversorgung

Paris – Während die europäische Gasversorgung im Winter 2022/23 einigermaßen gesichert scheint, könnten die Gasspeicher zu Beginn des nächsten Winters möglicherweise nur zur Hälfte gefüllt sein. Darauf hat der Vorsitzende der Internationalen Energieagentur (IEA), Fatih Birol, aufmerksam gemacht. Momentan profitiere die Gasversorgung Europas davon, dass die Volksrepublik China dieses Jahr 14 Prozent weniger Flüssigerdgas (LNG) importiert habe als in den Jahren zuvor. Dieser Rückgang resultiere abgesehen von den gestiegenen Preisen und der daraufhin zunehmenden Verwendung heimischer Kohle aus dem verlangsamten Wirtschaftswachstum im Reich der Mitte. Sollte die chinesische Volkswirtschaft aber nächstes Jahr zu ihrer gewohnten Dynamik zurückfinden, dann müsse man damit rechnen, dass Pekings Nachfrage nach LNG wieder zunehme. W.K.

Indien kauft Russen-Öl

Neu-Delhi – Russland wurde vergangenen Monat Indiens Hauptlieferant für Rohöl. Auch aus dem Iran erhöhte Indien seine Ölimporte. Damit unterläuft es die wirtschaftlichen Sanktionen des Westens gegen diese beiden Staaten. Die Regierung in Neu-Delhi begründet ihr Verhalten mit günstigeren Preisen sowie auch der deutlichen Veränderung der Lieferströme infolge des Ukraine Konflikts. Mittlerweile würde das Rohöl aus Saudi-Arabien, dem Irak, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Kuwait vorrangig nach Europa gehen. Deswegen müsse man zwangsläufig mit anderen Staaten Lieferverträge abschließen. „Eine gewisse Diversifizierung hat bereits stattgefunden, und wir werden weiter diversifizieren ... Es gibt viele Quellen, und wir werden nicht zögern, Maßnahmen zu ergreifen“, sagte der indische Minister für Erdöl und Erdgas, Hardeep Singh Puri, kürzlich gegenüber der internationalen tätigen Nachrichtenagentur Reuters. W.K.

KOMMENTAR

Große Umverteilung

VON BODO BOST

Das Bürgergeld, das die Sozialleistungen in Deutschland um etwa zehn Prozent erhöht und von der Ampel im Namen der „Menschenwürde“ gefordert wird, könnte zu einer Umverteilung mit Integrations- und Finanzierungsproblemen führen. Die neue, altbekannte Chefin der Bundesagentur für Arbeit, die ehemalige SPD-Vorsitzende Andrea Nahles, konnte bei ihrer ersten monatlichen Pressekonferenz zur Lage des Arbeitsmarktes eine stabile und robuste Arbeitsmarktsituation verkünden. Damit glaubte sie sicher, die derzeitige Diskussion um das Bürgergeld im Sinne der Ampel-Regierung beeinflussen zu können.

Denn die Sorge um den Arbeitsmarkt ist eines der Hauptargumente der Gegner dieser Reform, die im Hauruckverfahren eingeführt werden sollte, obwohl sie von einer Mehrheit im Volk abgelehnt wird. Dass der Arbeitsmarkt noch so robust ist, ist nicht einer brummenden Wirtschaft zu verdanken, wie Nahles glauben machen möchte, sondern der Tatsache, dass die Babyboomer mittlerweile in großer Zahl in Rente gehen und mehr Arbeitsplätze freimachen, als von den zahlenmäßig viel schwächeren Jahrgängen, die jetzt nachwachsen, besetzt werden können.

Bürgergeld als Migrations-Magnet

Auch die Vorhersagen der Migrationsforscher, dass die Asylsucher bald die Renten der Babyboomer bezahlen werden, ist nicht eingetreten, denn von den Immigranten der Jahre 2016/17 sind noch immer zwei Drittel nicht in Arbeit, um Beiträge für die Allgemeinheit zu bezahlen. Dabei ist die große Masse der 2015/16 angekommenen Immigranten jung – ideal zur Arbeitsaufnahme. Doch viele dieser jungen Einwanderer hoffen jetzt in der Diskussion um das Bürgergeld erst recht nicht mehr auf eine Arbeitsaufnahme, sondern nur noch auf die Aufstockung der Sozialleistungen.

So gesehen kommt die Einführung des Bürgergelds, die jetzt von der Union in den Vermittlungsausschuss delegiert wurde, zweifach zum falschen Zeitpunkt. Das Geld wird zu einer Erhöhung der Anziehungskraft Deutschlands für weitere Migranten sorgen. In den sozialen Medien des Mittleren Ostens wird schon sehr intensiv über den Nutzen

des Bürgergelds für Zuwanderer diskutiert – und dies zu einer Zeit, in der immer mehr Kommunen und Länder „Land unter“ rufen bei der Unterbringung der Asylsucher. Das Bürgergeld ohne Androhung von Zwangsmaßnahmen wird nicht die Attraktivität für Arbeit im Niedriglohnssektor erhöhen, damit die bereits hier befindlichen Immigranten Druck bekommen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Die Rentner werden abgespeist

Die Rente dagegen wird durch das Bürgergeld noch unsicherer. Während Menschen in der sozialen Hängematte in Zukunft mit einer Erhöhung um zehn Prozent ihrer Bezüge und damit einem Inflationsausgleich rechnen können, werden Rentner, die ihr Leben lang für die Allgemeinheit Sozialbeiträge einbezahlt haben, jetzt anstatt einem Danke für diese Solidarität im kommenden Jahr mit Erhöhungen zwischen 3,5 und 4,2 Prozent abgespeist, also mit einem massiven Realverlust. Das „Sozialstaatsversprechen“, für das sie einmal geschuftet haben, wird also gerade für sie nicht eingehalten, wohl aber für die, die jetzt in großem Maße als Immigranten nach Deutschland kommen.

Schon jetzt ist bekannt, dass mehr als die Hälfte aller Hartz-IV-Bezieher Ausländer sind. Diese werden in Zukunft auch die Bezieher des neuen Bürgergelds sein. Damit sich dies auch in künftigen Wahlen für die Ampel auszahlt, muss als nächstes eine Reform des Staatsangehörigkeits- oder Wahlrechts kommen, denn noch darf die große Masse dieser neuen Bürgergeld-Bezieher nicht wählen, während die um ihre Lebensleistung verprellten Rentner es den Ampel-Parteien heimzahlen könnten, wenn sie auf ihre sinkenden Bezüge schauen.

Nahles wird also auch in Zukunft einen robusten Arbeitsmarkt mit nur fünf Prozent Arbeitslosen verkünden können, dabei ist dieser Prozentsatz in etwa ebenso hoch, wie der jener Arbeitslosen, die sich in der Vergangenheit weigerten, eine Arbeit anzunehmen. Diese sollen ja laut Ampel nicht mehr sanktioniert werden, weil fünf Prozent eine kaum beachtliche Größe ist, wie es in den letzten Wochen immer wieder hieß. Warum brauchen wir dann also noch eine Arbeitslosenversicherung, wenn Prozent eine unbeachtliche Größe sind?

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Korrespondenten:** Edyta Gladkowska (Allenstein).**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehrmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:** redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Plant offenbar umfangreiche Veränderungen an der Stiftung Preußischer Kulturbesitz: Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Claudia Roth
Foto: imago/Future Image

LEITARTIKEL

Kein Verständnis für Preußen

RENÉ NEHRING

Bislang sind es nur unbestätigte Berichte. Vor wenigen Tagen meldeten mehrere Medien, dass Kulturstatsministerin Claudia Roth umfassende Veränderungen an der Stiftung Preußischer Kulturbesitz plane. Diesen Plänen zufolge, so die Berichte, soll unter anderem die Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss ihre Eigenständigkeit verlieren und in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) aufgehen – und bei letzterer wiederum soll das Wort „Preußen“ aus dem Namen gestrichen werden.

Ausdruck einer tiefen Unkenntnis

Wie gesagt: Bis dato entstammen diese Informationen nur Medienberichten, eine offizielle Aussage seitens der Kulturstatsministerin dazu ist nicht bekannt. Gleichwohl passen diese Berichte zu jüngsten kulturpolitischen Äußerungen Frau Roths, in denen sie unter anderem zu dem Vorhaben, die historische Inschrift der Kuppel des wiederaufgebauten Berliner Schlosses zu überblenden, sagte: „Unser Grundgesetz und unsere Demokratie stehen in der Traditionslinie der demokratischen Bewegungen von 1848 und 1849 sowie der Paulskirchenverfassung und nicht in der Traditionslinie eines repressiven Königs- und Kaisertums, das seinen Machtanspruch allein auf Gott begründete und eben nicht auf die Macht und Selbstbestimmung des Volkes. Dieser demokratischen Traditionslinie sehen sich diese Bundesregierung wie auch ich selbst eindeutig verpflichtet.“

Aus Äußerungen wie diesen und anderen spricht eine große Unkenntnis sowohl der preußischen Geschichte allgemein als auch der Entwicklung Preußens im 19. Jahrhundert im Besonderen – sowie nicht zuletzt der staatlichen Kontinuitäten, in denen sich die Bundesrepublik Deutschland befindet. Preußen war in seinen großen Jahren, als es in wenigen Generationen von einem nachrangigen Agrarstaat zu einer prägenden Großmacht Europas wurde, gerade *nicht* reaktionär, sondern – unter anderem mit dem Aufbau einer effektiven Verwaltung, einer durchgehenden Alphabetisierung bis in die letzten Dörfer des Hohenzollernstaates hinein und nicht zuletzt einer konsequenten Rechtsstaatlichkeit auf allen Ebenen – der in vielerlei Hinsicht modernste Staat seiner Zeit.

Eine wesentliche (beileibe nicht die einzige) Grundlage dieses Erfolgs war das Königtum. Preußens Monarchen waren zwar längst nicht alle den Gedanken der Aufklärung verbunden wie Friedrich der Große, aber sie achteten durchgehend die Freiheit ihrer Untertanen. Der beste Beleg dafür sind die Migrationsströme vom 17. bis zum frühen 20. Jahrhundert. Die Salzburger Protestanten und die französischen Hugenotten, die orthodoxen Philipponen aus Russland und die Juden aus den verschiedensten Himmelsrichtungen wählten mit Preußen als Zufluchtsort kein Land, in dem ihnen neues Ungemach gedroht hätte, sondern ein neues Zuhause, das ihnen neben Wohlstand vor allem auch Sicherheit bot.

Ein bedeutender Nebeneffekt der Entwicklung Preußens hin zu einem führenden Kulturstaat war die Entstehung großartiger staatlicher Sammlungen an Ge-

malstaats steht. Selbst die besondere Stellung des deutschen Sozialstaats, dem sich gerade die Mehrheit der Parteien der aktuellen Bundesregierung verpflichtet fühlt, hat seine Wurzeln im von Preußen begründeten Kaiserreich.

Insofern ist die besondere Stellung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in der heutigen Bundesrepublik kein Zufall und schon gar keine zu beseitigende Zumutung für jedes demokratische Empfinden, sondern der sichtbare Ausdruck einer Kontinuität, ohne die das heutige Deutschland auf vielen Feldern deutlich ärmer wäre.

Der große Staats- und Verwaltungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde hat 1964 den Satz geprägt, dass „der freiheitliche, säkularisierte Staat (...) von Voraussetzungen (lebt), die er selbst nicht garantieren kann“. Diese Aussage lässt sich, leicht abgewandelt, auch auf die Kulturpolitik übertragen. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist die institutionelle Erinnerung daran, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht aus dem Nichts entstanden ist, sondern in Entwicklungslinien steht, ohne die es diese Republik schlichtweg nicht gäbe.

Wo bleibt Scholz?

Gefragt ist in dieser Angelegenheit auch der Bundeskanzler. Das Amt des, beziehungsweise der „Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien“ – so die offizielle Bezeichnung – ist kein eigenständiges Ministerium, in dem ein Ressortchef schalten und walten kann, wie er will. Es ist faktisch ein Staatssekretärs-posten, dem insbesondere die Entwicklung der Rahmenbedingungen der Kultur- und Medienpolitik, die Förderung von Kultureinrichtungen und die Vertretung des Bundes gegenüber den Bundesländern obliegt. Dass dieser Staatssekretärs-posten im Kanzleramt angesiedelt ist, zeigt, bei wem die Letztverantwortung für die Kulturpolitik des Bundes liegt.

Frau Roth hat dieses Amt im letzten Jahr nicht etwa aufgrund einer strategischen Entscheidung der Koalitionspartner übertragen bekommen, sondern aufgrund der Tatsache, dass ein Flügel der Grünen zur Wahrung der inneren Statik der Regierung noch einen halbwegs respektablen Kabinettsposten brauchte. Schlimm genug. Es kann und darf jedoch nicht sein, dass sie mit diesem schwachen Mandat nun Hand an eine elementare Institution des deutschen Kulturstaats anlegt.

Preußen war
in seinen großen
Jahren gerade
nicht reaktionär

mälden, Skulpturen und sonstigen Kulturgütern, deren Mittelpunkt die Museumslandschaft auf der Berliner Spreeinsel ist. Diese sind vielleicht der schlagendste Beleg für den hohen Stand, den das alte Preußen auf nahezu allen Feldern des gesellschaftlichen Lebens hatte. Dass aus diesen Sammlungen im Laufe der letzten Jahrzehnte die größte Kultureinrichtung der Bundesrepublik Deutschland erwuchs, nämlich die nun im Fokus der Kulturpolitik stehende Stiftung Preußischer Kulturbesitz, belegt ebenfalls die herausragende Stellung Preußens in der deutschen Geschichte.

Traditionslinien der Republik

Womit wir bei den Kontinuitäten wären. Frau Roth hat zweifelsohne Recht, wenn sie die Traditionslinien der Bundesrepublik zu den demokratischen Bewegungen von 1848 und 1849 betont. Zugleich ist jedoch unstrittig, dass das heutige Deutschland staatsrechtlich in direkter Fortsetzung des 1871 unter preußischer Führung gegründeten deutschen Natio-

Berliner Sternstunde

Hauptstadt sichert sich Hamburger Bahnhof samt Rieckhallen als Ausstellungsorte zeitgenössischer Kunst

VON HARALD TEWS

Im Kampf um Wohn- oder Museumskultur hat in einem zentralen Teil Berlins letztere den Sieg davongetragen. Die Rieckhallen am Hamburger Bahnhof bleiben erhalten und können daher auch in Zukunft als Ausstellungsort von Gegenwarts-Kunst genutzt werden. Ursprünglich hatte der bisherige Eigentümer, der österreichische Immobilienkonzern CA Immo, geplant, die gut 250 Meter langen Hallen abzureißen, um auf dem früheren Güterbahnhof direkt neben dem Hamburger Bahnhof Wohngebäude entstehen zu lassen.

Der Bund und das Land Berlin haben jetzt tief in die Tasche gegriffen, um das Ensemble „Hamburger Bahnhof – Museum für Gegenwart“ einschließlich der Rieckhallen als Kunststandort zu retten. Das Gesamtvolumen für Gebäude und Grundstücke liegt bei fast 170 Millionen Euro. Der Bund kauft von CA Immo für 66 Millionen den Hamburger Bahnhof und die Stadt Berlin für 78 Millionen Euro die Rieckhallen. Im Austausch für das Grundstück erhält CA Immo zusätzlich von der Stadt ein Areal am Humboldtthafen im Wert von 25 Millionen Euro. Es ist ein Filetstück: Vis-à-vis über die Spree hinweg befinden sich Kanzleramt und Reichstag. Höchstens achtstöckige Gebäude dürfen dort errichtet werden. Sie dürften das Gesicht Berlins architektonisch nachhaltig verändern.

Jetzt kauft sich der Staat mit Steuermitteln teuer zurück, was man vorher schon besaß. Denn die Grundstücke waren im Besitz des Bundeseisenbahnvermögens, ehe man sie in den 1990er Jahren an CA Immo verkaufte. Zuletzt war der Bund nur Mieter des 1846 für den Zugverkehr nach Hamburg eingeweihten, 30 Jahre später stillgelegten und seit 1906 mit Unterbrechung als Museum genutzten Hamburger Bahnhofs. Als im September 2021 der Leihvertrag auslief, blieb unklar,



Verschönerte Lagerwände: Die Rieckhallen bei einer Kunstinstallation von Katriona Grosse im Jahr 2020 Foto: imago images/Joko

was aus dem Bahnhofsgebäude und den von dort per Brücke verbundenen Rieckhallen werden sollte. CA Immo plante, auf dem knapp 60 Hektar großen Filetgrundstück in direkter Nachbarschaft zum Berliner Hauptbahnhof einen Teil ihres Bauprojekts Eurocity zu verwirklichen.

Dafür drohte der Abriss der Rieckhallen, in deren schmucklosen Lagerräumen die „Collection“ zeitgenössischer Kunst des Kunstmäzens Friedrich Christian Flick die Ausstellungsbasis bildete. Doch als Flick 2020 von den Abrissplänen erfuhr, zog er den größten Teil seiner Sammlung von Berlin ab.

Jetzt hat sich Berlin zwar dauerhaft die Rieckhallen gesichert, jedoch hat man kaum etwas, was man auf einer Fläche

von 6000 Quadratmetern auch dauerhaft zeigen kann, ohne sich eigene Konkurrenz zu schaffen. Denn am Kulturforum entsteht bereits mit viel Geld ein weiteres Museum für moderne Kunst: das Museum des 20. Jahrhunderts. Um die Zugehörigkeit zu diesem Projekt zu betonen, wird der Hamburger Bahnhof zukünftig die Zusatzbezeichnung „Nationalgalerie der Gegenwart“ tragen.

Moderne Kunst des 20. Jahrhunderts wird man also weniger hier als demnächst am Kulturforum besichtigen können. Dafür werden – wie bisher – zeitgenössische Künstler auftreten, nur dass für sie zusätzlich zum Hamburger Bahnhof in den Rieckhallen mehr Platz vorhanden sein wird. Die spannende Frage dürfte sein, ob

Berlin in einer vor lauter Museen fast schon berstenden Stadt – Museumsinsel, Kulturforum, Humboldt-Forum, um nur das Wichtigste zu nennen – so viel moderne Kunst ver- und ertragen kann.

Die Kulturverantwortlichen zeigen sich natürlich begeistert. Als „Sternstunde der Kulturpolitik“ bezeichnete Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preussischer Kulturbesitz und damit auch Chef über den Hamburger Bahnhof, den erfolgreichen Kauf. Auch die grüne Kulturstatsministerin Claudia Roth darf sich nach Fehlleistungen wie bei der Documenta oder der aufgeschobenen Reform der Filmförderung endlich in einem Erfolg sonnen – der freilich von ihrer Vorgängerin Monika Grütters eingefädelt wurde.

TV-KRITIK

Eine Lanze für die Emanze

Zweiteiliges ARD-Dokudrama zum 80. Geburtstag von Deutschlands Chef-Feministin Alice Schwarzer

Es gibt eine Szene im TV-Film „Alice“, in der sich die Titelheldin die Kontaktlinsen herausnimmt und resigniert wieder die große Brille aufsetzt, die längst zu ihrem Markenzeichen geworden war. Eine Alice Schwarzer, kongenial gespielt von Nina Gummich, versucht gar nicht erst, ihr Aussehen aufgefällig zu trimmen – es hätte ohnehin nichts genützt, denn Hass und Häme waren ihr zeitlebens sicher.

Dass der Zweiteiler zum 80. Geburtstag (30. November ab 20.15 Uhr im Ersten und am 4. Dezember um 22.10 Uhr auf ARTE) auch diese zarten Momente zeigt, gehört sicher zur Ausnahme in der derzeit laufenden Schwarzer-Retrospektive. Das Dokudrama konzentriert sich auf die Jahre zwischen 1964 und 1977, als Schwarzer mit Partner Bruno in Paris lebte und dort in die frauenbewegte Szene eintauchte.

Furore machte sie später als kämpferische Journalistin mit der aus Frankreich übernommenen Kampagne „Ich habe abgetrieben“, schließlich 1977 mit der Gründung von „Emma“ und ersten streitbaren Auftritten im Fernsehen. Wer die Schwarzer einlud, konnte sicher sein, dass die

Funken flogen. Ihre Kontrahentin Esther Vilar, die Männer als ausgebeutete Wesen beschrieb, geißelte Schwarzer 1975 vor laufender WDR-Kamera flott als Sexistin und Faschistin. Ein Skandal! Den humorlos reagierenden Schauspieler Klaus Löwitsch imitierte sie in einer WDR-Talk-Show, indem sie sich breitbeinig auf einen Stuhl fläzte.

Austeilen konnte sie gut, einstecken aber auch. Die Angriffe kamen dabei nicht nur aus den Reihen aufgestörter Machos, denen sie vehement auf die Füße trat, sondern auch aus dem feministischen Lager. Bei Gründung ihrer Frauenzeitschrift „Emma“ unterstellte die eigene Community finanzielle Interessen und wollte inhaltlich gehört werden. Frauensolidarität

ist eben das eine, Geltungsbedürfnis das andere. Ein fulminantes Scheitern war die Übergabe von „Emma“ 2007 an die Journalistin Lisa Ortgies, die es genau zwei Monate in Köln aushielt und dann das Handtuch warf. Seitdem herrscht die inzwischen betagte ChefIn wieder selbst. In Rente gehen? Nicht mit ihr.

Ihr Lebenswerk, Frauen von den Fesseln des Patriarchats zu befreien, ist bis heute brüchig. Einerseits wird verbissen gegendert, andererseits klicken sich junge Frauen im Internet durch die neuesten Schminktipp und Botox-Behandlungen. Dass Alice Sophie Schwarzer, am 3. Dezember 1942 in Wuppertal unehelich geboren und bei den Großeltern aufgewachsen, der Sache der Frauen gedient hat, wird ihr keiner absprechen wollen. Selbst die nicht, die in „Emma“ die zweifelhafte Auszeichnung „Pascha des Monats“ oder „Sexist man alive“ erhielten. Auch Papst Franziskus war mal darunter. Provokation gehört zum Geschäft. Im Anschluss an den TV-Film folgt im Ersten um 23.50 Uhr die Doku „Die Streitbare – wer hat Angst vor Alice Schwarzer?“ Anne Martin



Original und „Kopie“: Alice Schwarzer (l.) mit Schauspielerin Nina Gummich, die in dem TV-Film die Frauenrechtlerin in deren jungen Jahren mimit

300. JAHRESTAG

Die Karschin aus Schlesien

Sich mit Friedrich dem Großen anzulegen erfordert Mumm. Aber über mangelndes Selbstvertrauen litt die vor 300 Jahren geborene schlesische Dichterin Anna Louisa Karsch offensichtlich nicht. Weil sie von ihrer Dichtung leben musste, erinnerte sie brieflich den von ihr mit seinen Erfolgen im Siebenjährigen Krieg besungenen Preußenkönig an sein bei einer Audienz gegebenes Versprechen, sie mit einem Haus und einer Jahrespension zu unterstützen. Als dieser ihr daraufhin knausrige zwei Taler schickte, sandte sie diese postwendend zurück:

*Zwei Thaler gibt kein großer König,
Denn sie erhöhen nicht mein Glück,
Nein, sie erniedern mich ein wenig;
Drum geb' ich sie zurück.*

Dieser Affront trug noch mehr dazu bei, dass man die „Karschin“, wie man sie respektvoll nannte, in den Berliner Salons als ein Faktotum ansah, das spontan und geistreich zu reimen wusste. Dank ihrer enormen Erfindungsgabe gilt sie als die erste Frau, die vom Ertrag ihrer lyrischen Ergüsse leben konnte. Der Dichterkollege und Freund Johann Wilhelm Ludwig Gleim musste neidlos anerkennen: „So viel als Frau Karschin für ihre Sammlung bekommen hat, kann sich noch kein deutscher Dichter rühmen.“



Die Karschin als 70-Jährige

Schnellverdientes Geld machte die Karschin, die keine Schulbildung genießen konnte, mit Konfektionsware: Auftrags- und Gebrauchslyrik. Bis heute bekannt ist sie aber durch patriotische Oden auf Friedrich II., der ihre schlesische Heimat – aus ihrer Sicht – von den Habsburgern befreite.

Karsch kam am 1. Dezember 1722 in einem Dorf nahe Schwiebus in ärmsten Verhältnissen zur Welt und wuchs bei einem Großonkel auf, der ihr Lesen und Schreiben beibrachte. Mit 15 heiratete sie ein gewalttätiger Mann, der ihr zu dichten verbot. Sie ließ sich scheiden, heiratete einen Alkoholiker, bekam Kinder und veröffentlichte danach ihre ersten Gedichte. Die machten selbst bei den Großkopfern der deutschen Klassik wie Wieland, Gleim oder Herder Eindruck, die sie als „Deutsche Sappho“ ehrten.

Im Alter nahmen ihre lyrische Produktion und damit ihre Einnahmen ab. König Friedrich Wilhelm II. erfüllte schließlich das Versprechen seines verstorbenen Onkels Friedrich der Große und schenkte der Karschin 1789 in Berlin ein Haus, in dem sie nur zwei Jahre später starb. H. Tews

● **Lektüretipp Annett Gröschner: „Die Spazier-Gaenge von Berlin“.** Anna Louisa Karsch (1722–1791), Quintus Verlag 2022, 32 Seiten, 8 Euro

BERNWARD VON HILDESHEIM

„Dreieiniger Gott, sei deinem Bernward gnädig“

Vor 1000 Jahren starb der kunstsinnige Kaisererzieher, Bischof und Heilige. Manches in Hildesheim erinnert an ihn

VEIT-MARIO THIEDE

Mit der Stiftung von Bauwerken und Kunstschätzen wollte sich Bischof Bernward von Hildesheim das Himmelreich verdienen – und ist mit ihnen auf Erden in bester Erinnerung geblieben. Der um 960 geborene sächsische Adelige segnete am 20. November 1022 das Zeitliche. Zu seinem Begräbnisort bestimmte der 1194 heiliggesprochene Bischof die von ihm finanzierte Michaeliskirche. Sie und ihre Ausstattung gehören wie der ebenfalls von Bernward reich beschenkte Hildesheimer Dom seit 1985 zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Der an der Hildesheimer Domschule ausgebildete Bernward war ab 987 am Hofe Theophanus, der Witwe Kaiser Ottos II., als Urkundenschreiber und Erzieher König Otto III. (980–1002) tätig. Diese Ämter versah er auch nach Theophanus Tod 991. Nun regierte Adelheid, Witwe Kaiser Ottos I., für ihren minderjährigen Enkel Otto III. Auch nach seiner Weihe zum Bischof im Januar 993 stand Bernward als Berater und Teilnehmer an Italienszügen im besten Einvernehmen mit dem 996 zum Kaiser gekrönten Otto III. Ebenso pflegte er zu Ottos Nachfolger Heinrich II., einem Absolventen der Hildesheimer Domschule, gute Beziehungen.

Bernwardstür und Christussäule

Bernwards Lebensbeschreibung verfasste sein ehemaliger Lehrer Thangmar. Er berichtet über seinen gelehrigen Schüler: „Die Malerei aber und die Skulptur und die Kunst in Metallen zu arbeiten und edle Steine zu fassen, und alles, was er nur Feines in dergleichen Künsten ausdenken konnte, ließ er niemals vernachlässigen.“ Auf Thangmars Ausführungen geht die Vermutung zurück, Bischof Bernward habe sich auch selbst handwerklich betätigt:

Er „verfertigte Dachziegel nach eigener Erfindung ohne irgendeine Anweisung“. Bei Grabungen am Dom kamen Dachziegel mit der himmelwärts gerichteten Einstempelung „Bernward“ zu Tage. Offenbar wollte er sicherstellen, dass Gott seine fromme Dacheindeckung zur Kenntnis nimmt. Die vom Bischof eingerichteten und beaufsichtigten Werkstätten brachten erlesene Werke wie das im Dommuseum aufbewahrte „Kostbare Bernwards-Evangeliar“ (1015) hervor. Das auf dem Vorderdeckel angebrachte Elfenbeinrelief zeigt Christus zwischen Maria und Johannes dem Täufer. Die lateinische Inschrift auf dem Rahmen lautet: „Dreieiniger Gott, sei deinem Bernward gnädig.“

Die Glanzleistungen Bernwards auf dem Gebiet des Bronzegusses kann man im Dom bewundern. An die fünf Meter hoch sind die im Vorbau des Westwerks angebrachten beiden Flügel der 1015 gegossenen Bernwardstür. Sie sind eine technische Meisterleistung, denn jede entstand in nur einem Gießvorgang. Zusammen bilden die Flügel die älteste mit Figuren geschmückte Bronzetür des Mittelalters. Ihr linker Flügel zeigt in acht Reliefs Schlüsselszenen aus dem Alten Testament. Sie beginnen oben mit Gott, der sich über Adam beugt, um ihn zum Leben zu erwecken.

Humor beweisen der Bischof und seine Bronzegießer mit dem Relief, das auf den Sündenfall folgt. Einer schiebt die Schuld auf den anderen: Gott zeigt auf Adam, der auf Eva, diese auf das sich zu ihren Füßen als kleines Ungeheuer ringelnde Böse. In der untersten Darstellung schwingt Kain die Keule gegen seinen Bruder Abel. Als habe diesen der tödliche Schlag bereits getroffen, stürzt er zu Boden. Die acht Reliefs des rechten Flügels sind der Erlösung gewidmet. Sie beginnen unten mit der Verkündigung an Maria und enden oben mit dem auferstandenen

Christus, vor dem sich Maria Magdalena niederwirft. Die fast vier Meter aufragende „Bernwardssäule“ ließ der Bischof vermutlich um die Jahrtausendwende gießen. Ihre spiralförmig aufsteigenden Reliefs zeigen von der Taufe über die Hoch-

zeit zu Kana bis zum Einzug in Jerusalem 28 Szenen aus dem Leben Jesu.

St. Michaeliskirche

Die heute im Südquerhaus des Domes präsentierte Bernwardssäule stand früher

in der Michaeliskirche, die Bernward samt Benediktinerkloster ab 1010 erbauen ließ. Wirkungsvoll einfache geometrische Baukörper prägen ihr majestätisches äußeres Erscheinungsbild. In der bis heute katholischen Krypta der seit Einführung der Reformation 1542 evangelisch-lutherischen Michaeliskirche richtete sich Bernward seine Grablege ein. Die Schrägen des Deckels seines Sandsteinsarkophags sind mit neun Engelsbüsten zwischen Flammen geschmückt. Es ist aus dem 11. Jahrhundert kein weiterer Sarkophagdeckel mit figürlichen Darstellungen überliefert. Darüber befindet sich die auf Stützen gelegte Grabplatte. Sie ist mit einem Kreuz versehen. Da es einen Wurzelstock und Blätter aufweist, versinnbildlicht es zugleich den Lebensbaum. Die lateinische Inschrift schließt mit der Bitte: „Gnädiger Friede sei meiner Seele beschieden, und ihr, singt euer Amen.“ Kaiser Wilhelm II. ließ die Bernwardskrypta im Jahre 1906 um ein farbenprächtig glänzendes Mosaik bereichern. Es zeigt die Madonna mit dem Kind, flankiert vom heiligen Bischof Bernward und dem Erzengel Michael.

Die sterblichen Überreste Bernwards aber haben die Michaeliskirche längst verlassen. Sein Kopfreliquiar aus vergoldetem Silber wird im Südquerhaus des Doms in der Nähe der Christussäule präsentiert, während die meisten anderen Bernwards-Reliquien in der katholischen Magdalenenkirche aufbewahrt werden. Sie ruhen in einem Mitte des 18. Jahrhunderts vom Augsburger Silberschmied Wilhelm Rammer angefertigten Reliquiar. Das aus teilweise vergoldetem Silber geschmiedete Werk sieht aus wie ein prunkvolles Totenbett in Miniaturform, auf dem die Figur des heiligen Bernward im bischöflichen Ornat liegt. Ihn umstehen als Totenwache die Erzengel Michael, Gabriel und Raphael sowie die Heiligen Benedikt, Scholastika und Benno von Meißen.



Bernward von Hildesheim: Standbild von Ferdinand Hartzler aus dem Jahre 1893 auf dem Domhof in Hildesheim

Foto: Rabanus Flavius

KARL AUGUST VON HARDENBERG

Vom eigenen König und Metternich ausgebremst

Auf dem Wiener Kongress konnte der vor 200 Jahren verstorbene Staatskanzler nur einen Teil Sachsens für Preußen gewinnen

Nach dem Sieg über Napoleon war es bei der Neuordnung Europas vom 18. September 1814 bis zum 9. Juni des Folgejahres auf dem Wiener Kongress Preußens primäres Ziel, Sachsen zu gewinnen. Der sächsische König Friedrich August I. war nach der Völkerschlacht bei Leipzig von den Alliierten in seiner Hauptstadt gefangen genommen worden. Seither war er in Friedrichsfelde bei Berlin interniert. Seine Staaten, das Königreich Sachsen und das von Napoleon aus vormaligen preußischen und österreichischen Gebiet geschaffene Herzogtum Warschau, waren von Russland besetzt. Preußens König Friedrich Wilhelm III. und Russlands Zar Alexander I. waren sich einig, dass Friedrich August durch sein Festhalten am Bündnis mit dem Usurpator aus Korsika bis zu seiner Gefangennahme durch die Alliierten seine Ansprüche auf Sachsen und Warschau verwirklicht habe. Zwischen beiden Monarchen herrschte Konsens, dass der preußische König Friedrich Augusts Königreich annectieren und der russische Zar das Herzogtum Warschau als Königreich Polen und liberales Experimentierfeld erhalten solle.

Preußen war die jüngste der fünf europäischen Großmächte und galt traditionell als die kleinste. Von daher hatte das auf ein kontinentales Gleichgewicht

bedachte Großbritannien keine grundsätzlichen Einwände gegen eine Vergrößerung Preußens. Frankreich war an Sachsen wenig interessiert und spielte als Kriegsverlierer auf dem Wiener Kongress nicht die entscheidende Rolle.

In Österreich indes bereitete die Vorstellung Bauchschmerzen, den traditionellen Verbündeten gegen Preußen fallen zu lassen und dass die bisherige österreichisch-sächsische Grenze nun österreichisch-preußische würde. Dem österreichischen Staatskanzler Clemens von Metternich gefiel die Vorstellung auch nicht, aber er setzte andere Prioritäten. Er war in erster Linie Gleichgewichtspolitiker, und das Gleichgewicht sah er weniger durch Preußen denn durch den Nachfolger des napoleonischen Frankreichs als bedeutendste Macht auf dem Kontinent, durch Russland bedroht. Metternich gewann den britischen Außenminister für seine Gleichgewichtspolitik und antwortete auf die Anfrage des preußischen Staatskanzlers Karl August von Hardenberg nach der Haltung Österreichs zu den preußischen Annexionswünschen vom 9. Oktober 1814 13 Tage später, dass er mit einer Annexion einverstanden sei, sofern denn der Preuze uneingeschränkt helfe, eine Einverleibung des Herzog-

tums Warschau in das russische Imperium zu verhindern.

Dazu war Hardenberg bereit. Einen Tag nach Metternichs Antwort trafen sich die beiden mit dem britischen Außenminister. Dieses „Komplott vom 23. Oktober“, wie Alexander I. die Dreierrunde nannte, erarbeitete Alternativvorschläge für die polnische Frage. Der erste Vorschlag sah ein selbstständiges großpolnisches Reich vor. Die Realisierung dieses Vorschlags hätte von Österreich und Preußen zwar Opfer gefordert. Das war aber kaum von Bedeutung, da sie von Russland noch ungleich größere verlangt hätte und daher eine Zustimmung des Zaren als höchst unwahrscheinlich galt. Der zweite, realistischere Vorschlag sah vor, das Herzogtum Warschau und damit Polen zwischen den drei benachbarten Großmächten zu teilen und damit den Zustand vor den Napoleonischen Kriegen wiederherzustellen. Am 24. Oktober stellte Metternich die von den Dreien erarbeiteten Alternativvorschläge zur Lösung der polnischen Frage dem Zaren vor.

Am darauffolgenden Tag kam es zu einer unerwarteten Wendung. Für diesen 25. Oktober hatte der Gastgeber des Kongresses, Österreichs Kaiser Franz I., die beiden übrigen in Wien anwesenden Großmachtsherrscher, Friedrich Wil-

helm III. und Alexander I., zu einer dreitägigen Vergnügungsreise nach Ofen eingeladen. Alexanders I. Bemühen war es während der Reise, die beiden Mitreisenden für seinen Polenplan zu gewinnen. Der politisch recht uninteressierte Franz verwies Alexander an seinen Staatskanzler Metternich, aber Friedrich Wilhelm reagierte dafür wie erwünscht. Am 3. November 1814 befahl der Alexander in Dankbarkeit und Freundschaft verbundene Preußenkönig, von dem das bezeichnende Wort stammen soll „Je ferai comme l'Empereur Alexandre“ (Ich werde es wie Kaiser Alexander machen), Hardenberg, keine weiteren Separatverhandlungen mit Metternich und dem britischen Außenminister zu führen. Am 7. November 1814 erfuhr Metternich durch Hardenberg von diesem weitreichenden Ereignis.

Metternich musste erkennen, dass Österreich gegen ein nun letztlich bedingungslos von Preußen unterstütztes Russland die russische Einverleibung des Herzogtums Warschau nicht verhindern konnte. Im Februar 1815 wurde die sogenannte sächsisch-polnische Frage einer Lösung zugeführt. Der Zar musste vom Herzogtum Warschau nur auf Randgebiete verzichten. Österreich erhielt vom Territorium des Herzogtums ausschließlich die Salzbergwerke von Wielitzka und den

ebenfalls nach dem Fünften Koalitionskrieg im Frieden von Schönbrunn 1809 abgetretenen Tarnopoler Kreis zurück. Das vormalige österreichische Krakau wurde Freistaat. Von den vormaligen preußischen Teilen des Herzogtums Warschau, die Preußen nach dem Vierten Koalitionskrieg im Frieden von Tilsit 1807 abgetreten hatte, verzichtete Alexander I. nur auf die Pfalzgrafschaften Posen und Gnesen sowie die vormaligen westpreußischen Distrikte samt Thorn zugunsten ihres vormaligen Besitzers.

In der sächsischen Frage musste Preußen den Preis für seinen Seitenwechsel in der polnischen Frage bezahlen. Mit einem Zaren an der Seite, den Polen, aber nicht Sachsen interessierte, und gegen einen österreichischen Staatskanzler, dem es gelungen war, außer dem britischen auch den französischen Außenminister auf seine Seite zu ziehen, war es Hardenberg nicht möglich, die angestrebte Totalannexion Sachsens zu erreichen.

Nachdem Hardenberg nolens volens am 6. März 1815 zugestimmt hatte, beschloss einen Tag später die Vertreter der fünf Großmächte eine Teilung Sachsens. Etwa drei Fünftel Sachsens mit gut der Hälfte der Bevölkerung blieb Friedrich August erhalten, nur der Rest fiel an Preußen. *Manuel Ruoff*



Um 1956 vor einem Architekturmodell: Hans Scharoun

Foto: Ullstein

ERNST HEINKEL

Eine der Wurzeln von Airbus

Vor 100 Jahren, am 1. Dezember 1922, gründete der flugzeugbegeisterte sowie als eigenwillig und eigenbrötlerisch geschilderte Erfinder-Unternehmer aus dem schwäbischen Grunbach Ernst Heinkel in Rostock-Warnemünde die Ernst Heinkel Flugzeugwerke. Trotz der Restriktionen des Versailler Diktats entwickelte sich das Unternehmen bereits in der Weimarer Zeit prächtig. Im letzten Jahr der Weimarer Republik, 1932, begann Heinkel mit der Produktion des schnellsten Flugzeugs der Welt, der He 70 „Blitz“, für die Lufthansa. Bis zu jenem Jahr hatte es Heinkel bis zum größten Industriebetrieb Mecklenburgs gebracht.

Die Revision von Versailles und die Nachrüstung nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten boten dem Flugzeugentwickler und -produzenten völlig neue Möglichkeiten. Ab 1934 baute Heinkel mit seiner wohl berühmtesten Maschine, der He 111, den Standardbomber der Luftwaffe. Mit dem Neubau in Rostock-Marienehe besaß Heinkel ab 1935 das modernste Flugzeugwerk Europas.

Doch Heinkels Expansion erschien den NS-Machthabern zu chaotisch, zu unstrukturiert. 1943 trat an die Stelle der Ernst Heinkel Flugzeugwerke GmbH die Ernst Heinkel AG. Ernst Heinkel behielt zwar zwei Drittel des Geschäftskapitals, war nun aber nur noch Aufsichtsratsvorsitzender.

1945 kam das vorläufige Ende. Was den Sowjets wertvoll erschien, ging als Reparationen in die SU. Der Rest wurde dem Erdboden gleich gemacht.

Ernst Heinkel trieb es zurück in seine mittlerweile US-amerikanisch besetzte schwäbische Heimat. In deren Metropole Stuttgart unternahm er einen Neuanfang. Aus Mangel an Kapital begann es mit Entwicklungsaufträgen, bevor zaghaft wieder mit einer eigenen Produktion begonnen werden konnte. Am Anfang standen allerdings nicht Flugzeuge, sondern Motörchen für Kleinwagen sowie motorisierte Zweiräder. Ab Mitte der 50er Jahre wurde mit der Heinkel Kabine auch ein Dreirad produziert. Etwa 17.000 Stück dieses entfernt an die Isetta von BMW erinnernden Rollermobils wurden insgesamt hergestellt.

1958 war nicht nur das Todesjahr Ernst Heinkels, sondern auch jenes, in dem das Unternehmen zur Flugzeugentwicklung zurückkehrte. Ab dem Folgejahr beteiligte sich Heinkel mit Messerschmitt und Bölkow am Entwicklungsring Süd (EWR), dessen Ziel die Entwicklung des Senkrechstarters EWR VJ 101 war. 1964 erfolgte die Integration von Heinkel in das 1961 durch einen Zusammenschluss von Focke-Wulf und Weserflug entstandene Bremer Luft- und Raumfahrtunternehmen Vereinigte Flugtechnische Werke (VFW), das seinerseits 1981 mit Messerschmitt-Bölkow-Blohm zu MBB fusionierte. Aus MBB und dem Raumfahrtunternehmen ERNO wurde 1982 MBB-ERNO. MBB-ERNO wurde 1989 von der Deutschen Aerospace AG (DASA) übernommen. 2000 fusionierte die DASA mit der französischen Aérospatiale-Matra und der spanischen CASA zur EADS. Dieser mittlerweile größte europäischen Luft- und Raumfahrtkonzern heißt seit 2014 Airbus.

Manuel Ruoff

VON MARTIN STOLZENAU

ARCHITEKTUR

Er schuf die Berliner Philharmonie

Mit Hans Scharoun starb vor einem halben Jahrhundert einer der bedeutendsten Vertreter der Organischen Architektur

Hans Scharoun stammte aus Bremen, verbrachte seine Kindheit und Jugend in Bremerhaven und entwickelte sich als Architekt zu einem Hauptrepräsentanten der Organischen Architektur in Deutschland. Er hielt Distanz zum Nationalsozialismus, schuf bis 1933 und nach 1945 beeindruckende Bauten, die ihm internationale Bekanntheit bescherten sowie zahlreiche Auszeichnungen eintrugen, und fungierte in der Nachkriegszeit lange als „der erste gewählte Präsident der neu gegründeten Akademie der Künste“. Scharoun erreichte damit auch über seinen Tod vor 50 Jahren hinaus bis in die Gegenwart eine große Nachwirkung. Viele seiner hinterlassenen Bauten wie das Haus Schminke in Löbau, sein Beitrag für die Weißenhofsiedlung sowie die Hochhäuser Romeo und Julia in Stuttgart, das Kulturforum sowie die Philharmonie in Berlin, die Berliner Siemensstadt mit der parkähnlichen Grünlandschaft und das Laubenganghaus in Berlin-Friedrichshain zeugen von seinen ungewöhnlichen gestalterischen Fähigkeiten und gehören heute zu den Stilikonen.

Der berühmte Architekt wurde am 20. September 1893 als Bernhard Hans Henry Scharoun in Bremen geboren. Seine Vorfahren waren Einwanderer aus Böhmen. Sein Vater übernahm als Kaufmann kurz nach seiner Geburt die neue Karlsburg-Brauerei in Bremerhaven. Dort wuchs der Junge auf, absolvierte er das Gymnasium. In zunehmendem Maße an Architektur, dem Art déco und dem Jugendstil interessiert beteiligte er sich schon als Gymnasiast an einem Wettbewerb für den Bau einer evangelischen Kirche.

Wiederaufbau in Ostpreußen

Nach diesem Erstversuch und dem Abitur studierte Scharoun ab 1912 an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg Architektur. Er betreute erste Bauvor-

haben wie das Sanatorium Freymuth in Babelsberg und das Krankenhaus in Berlin-Mariendorf. In den Ferien arbeitete er in Bremerhaven als Maurer, um sich baupraktisch zu vervollkommen. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde der Kriegsfreiwillige in das Militär-Baubüro in der ostpreussischen Kreisstadt Stallupönen abkommandiert, wo er beim Wiederaufbau half. Aus der Beschäftigung mit expressionistischen Architekturformen entwickelte er bis in die 20er Jahre in Zeichnungen erste utopische Bauformen. Ab 1919 leitete Scharoun in der ostpreussischen Kreisstadt Insterburg ein Architekturbüro, Kleinhäuser und die Siedlung „Bunte Reihe“ entstanden. 1920 heiratete er Aenne Hoffmeyer, eine Architektentochter aus dem Nachbarhaus in Bremerhaven. Er beteiligte sich an verschiedenen Architekturwettbewerben, gewann einen 1. Preis für den Entwurf der Domplatzgestaltung in der Kreisstadt Prenzlau im Landkreis Uckermark, wurde in den Werkbund aufgenommen und musste sich wegen seiner utopischen Visionen auch der Kritik durch den Architekturkritiker Adolf Behne erwehren. Sein Ansehen aber wuchs, trug ihm 1925 die Berufung als Professor an die Staatliche Akademie in Breslau und die Aufnahme in die Architektenvereinigung „Der Ring“ ein.

Scharoun entwickelte Ende der sogenannten Goldenen Zwanziger unabhängig von prominenten Kollegen wie Walter

Gropius, Erich Mendelsohn, Frank Lloyd Wright oder De Stijl verstärkt aus einer ganzheitlichen Betrachtung der Lebensbedingungen sein Konzept der Organischen Architektur, prägte in Breslau zahlreiche Studenten in seinem Sinne und unterhielt in Berlin parallel ein Architekturbüro für die praktische Seite und die Realisierung zahlreicher Bauaufträge. Mittendrin das Haus Schminke in Löbau, das zwischen 1930 und 1933 entstand.

Stadtbaurat in Berlin 1945/46

Obwohl viele seiner Kollegen während der NS-Zeit ins Exil gingen, wählte der inzwischen bekannte Architekt, nachdem die Akademien in Königsberg, Kassel und Breslau geschlossen worden waren und er beurlaubt worden war, eine Form der „inneren Emigration“ ohne öffentliche Bauaufträge mit der Beschränkung auf private Einfamilienhäuser. Dazu kamen zusätzliche Rückschläge wie der Verlust seiner Baubüros durch Luftangriffe. Ab 1943 wurde er von den Behörden zur baulichen Beseitigung von Bombenschäden verpflichtet.

Nach dem Krieg berief der Berliner Stadtkommandant den als unbelastet eingestuften Stararchitekten zum Stadtbaurat. Mit Kollegen entwickelte Scharoun einen sogenannten Kollektivplan, der einen Neubau in einer Art Gitterstruktur mit gleichmäßiger Wohndichte und strik-

ter Funktionstrennung vorsah. Konservative Kräfte kritisierten seine Entwürfe als utopisch, die SED als bourgeois und funktionalistische Architektur. Scharoun wurde als Stadtbaurat durch den konservativen Fachkollegen Karl Bonatz ersetzt, bekam 1947 eine Professur für Architektur an der Technischen Universität Berlin und hatte über die Lehrtätigkeit hinaus einige Mühe, seine Vorstellungen baupraktisch umzusetzen. Die bekannteste Ausnahme sind die Stuttgarter Hochhausgruppe Romeo und Julia, die Geschwister-Scholl-Gesamtschule in Lünen, die Volksschule in Marl, das Gebäude der Deutschen Botschaft in Brasilia sowie schließlich die von 1956 bis 1963 erbaute Berliner Philharmonie, die den internationalen Ruf des Präsidenten der Akademie der Künste von 1955 bis 1968 und anschließenden Ehrenpräsidenten festigte.

Die Fertigstellung seines möglicherweise bekanntesten Werkes überlebte der Architekt um ein knappes Jahrzehnt. Vor einem halben Jahrhundert, am 25. November 1972, starb Hans Scharoun in Berlin. Seine letzte Ruhe fand er in einem Ehrengrab auf dem Waldfriedhof Zehlendorf.

Drei letzte bedeutsame Bauten wurden erst nach seinem Tod fertig. Das waren das Theater in Wolfsburg, das Deutsche Schiffahrtsmuseum in Bremerhaven und das Haus Potsdamer Straße der Staatsbibliothek zu Berlin, sein größtes Bauwerk.

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Bei dem Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) mit einer Delegation von Wirtschaftsvertretern vom 21. bis 23. August in Kanada stand die Energie- und Klimapolitik im Fokus. Kanada verfolgt das Ziel, einer der größten Erzeuger und Exporteure von Wasserstoff und dessen Derivaten mit Hilfe von „sauberen“ Technologien zu werden. Wenn der Energieträger Wasserstoff durch Elektrolyse mit Hilfe von Strom aus erneuerbaren Energien gewonnen wird, gilt er als nahezu CO₂-freier, „grüner“ Wasserstoff.

In die Entwicklung und Infrastruktur für Windparks und sogenannte Power-to-Gas-Anlagen investiert Kanada ab sofort Milliarden und sucht dafür ausländische „Wasserstoff-Partner“. Die Deutschen ließen sich nicht lange bitten, zumal das große Potential für die Onshore- und Offshore-Windenergie entlang der windreichen kanadischen Atlantikküste als ideale Voraussetzung für die Erzeugung von „grünem“ Strom gilt.

Nach Montreal und Toronto war das 6600-Einwohner-Städtchen Stephenville im Südwesten Neufundlands das letzte Ziel der deutschen Gäste. Der ehemalige Militärstützpunkt mit seiner günstigen Lage in der Baye St. George im Golf von St. Lorenz ist als erster Knotenpunkt (Wasserstoff-Hub) für Kanadas zukünftige Wasserstoff-Wirtschaft vorgesehen. Im Beisein von Kanadas Ministerpräsident Justin Trudeau unterzeichnete der Bundeskanzler eine Absichtserklärung zwischen beiden Ländern über eine Wasserstoffallianz im Umfang von zwölf Milliarden Euro.

Ab 2025 soll geliefert werden

Am Tiefwasserhafen von Stephenville soll laut Plan die erste Anlage des Landes zur Gewinnung von Wasserstoff mithilfe von regenerativ erzeugtem Strom für den Export nach Deutschland, Europa und Asien errichtet werden. Für den Transport in Tankschiffen muss der Wasserstoff entweder verflüssigt oder in ein Trägermedium wie Ammoniak umgewandelt werden. Deutschland will heimische Firmen unterstützen, damit diese den Wasserstoff importieren können. Die ersten Schiffe sollen laut Plan 2025 ablegen. Trudeau äußerte sich zufrieden über das Abkommen. Es werde in der Region Arbeitsplätze schaffen, die lokale Wirtschaft fördern und zur Produktion von sauberer Energie in Kanada beitragen.

Bislang werden in dem Land noch 95 Prozent des Wasserstoffs aus der Dampfreduzierung von Erdgas gewonnen. So entsteht der sogenannte blaue Wasserstoff. Die Medien der Provinz Neufundland und Labrador (N.L.) meldeten, dass sich das Interesse der Deutschen ausschließlich auf den teureren, grünen Wasserstoff richte, weil dabei praktisch keine Emissionen anfielen. Der Energieträger wäre dann im Sinne der nationalen Klimaziele klimaneutral.

Baubeginn schon 2023

Bei der Produktions- und Verbindungsinfrastruktur für den grünen Wasserstoff ist der Bau von drei großen Windparks an der windreichen, dünn besiedelten atlantischen Westküste Neufundlands von elementarer Bedeutung, um, so die „taz“, mit der dort erzeugten sauberen Energie „kostengünstig“ grünen Wasserstoff in einer 0,5-Gigawatt-Wasserstoffanlage zu produzieren. Die Standorte für ein Gigawatt Windstrom-Kapazität befinden sich unweit von Stephenville.

Kanadische Experten wiesen demgegenüber darauf hin, dass der kanadische grüne Wasserstoff nur ein kleiner und teurer Teil der Lösung für die europäische Energiekrise sein könne – zu teuer für den Export möglicherweise. Im April war für Neufundland und Labrador ein 15-jähriges



Einvernehmen an der Spitze, Aufruhr an der Basis: Kanadas Premier Trudeau und Kanzler Scholz im August auf Neufundland

Foto: imago/Frank Ossenbrink

ÖKO-ENERGIE

„So transparent wie eine schmutzige Pfütze“

Riesige Windparks auf der Insel Neufundland sollen „grünen“ Wasserstoff für Deutschland produzieren. Doch in der Bevölkerung der kanadischen Region erhebt sich beträchtlicher Widerstand

ges Windkraft-Moratorium ausgelaufen. Nach offiziellen Angaben legte das Konsortium World Energy GH2 dem Umwelt- und Klimaministerium von N.L. nach Ablauf des Moratoriums seine Pläne vor, wonach an drei Standorten in der Baye St. Georges sowie in der Blow-Me-Up- und Lewis-Hills-Bergkette am Golf von St. Lorenz Windstrom für den Wasserstoff-Hub in Stephenville produziert werden soll. Baubeginn ist für Sommer 2023 vorgesehen. Die liberale Regierung der Provinz unter Premierminister Andrew Furey signalisierte freie Fahrt.

Ein gerissener Schachzug

Unter der Bezeichnung Nujio'Qonik GH2 ist in einer ersten Phase der Bau eines Windparks auf der kleinen Halbinsel Port-au-Port mit 164 Windkraftanlagen von jeweils 200 Metern Höhe vorgesehen. Die etwa 100 Kilometer lange und bis zu 45 Kilometer breite Halbinsel ist durch eine schmale Landenge mit Neufundland verbunden. Gelegentlich an der Südspitze der stark erodierten Kette der neufundländischen Appalachen an der Westküste der Insel ragt das dünn besiedelte Gebiet in den Golf von St. Lorenz hinein.

Laut World Energy GH2 bietet die Lokalität „exzellente Wind-Ressourcen“ mit Windgeschwindigkeiten, die einigen Offshore-Windfeldern weltweit nicht nachstünden. Ein in den regionalen Medien veröffentlichter Plan stellt dar, dass die Windräder aufgrund der geltenden Abstandsregeln von 1000 Metern zu Wohngebäuden über nahezu die gesamte Fläche der Halbinsel verteilt errichtet werden müssten.

Es war ein gerissener Schachzug der Planer, den einflussreichen Chef der Qalipu First Nation, Brendan Mitchell, bereits im März auf ihre Seite zu ziehen. Auf dessen Einverständnis deutet der Name Nujio'Qonik, was in der Mi'kmaq-Sprache heißt „wo der Sand weht“. Ohne die Zustimmung der First Nations kann in Kanada kein größerer Eingriff in die Landschaft vorgenommen werden. Später beklagte

sich ein Sprecher des Environmental Transparency Committee Port-au-Port bitter darüber, dass Chief Mitchell seinen Mitbürgern den brisanten Plan und seine Einwilligung monatelang verschwiegen habe. In einer zweiten Phase soll eine Windfarm nördlich von Stephenville entlang der Blow-Me-Up- und Lewis-Hills-Bergkette am Golf von St. Lorenz entstehen. Dort verläuft der kontinentübergreifende Wanderweg „International Appalachian Trail“ (IAT). Die Regierung von N.L. rief zu Interessenbekundungen für weitere Windparkflächen im Kronland (öffentliches Land) auf.

Bereits seit März fanden Treffen der Windkraft-Projektierer mit den Bürgermeistern einiger von dem Projekt betroffener Gemeinden statt, während die Einwohner von Port-au-Port erst am 6. Juli auf einer öffentlichen Informationsveranstaltung in der Landkreiskommune Cape St. George erfuhren, welche einschneidenden Veränderungen für ihre Heimatregion vorgesehen sind. Dementsprechend groß war die Aufregung der Anwesenden, desgleichen ihre Empörung über die von der Regierung angesetzte kurze Entscheidungsfrist der Bürger über das Projekt von nur 14 Tagen.

Seltene Arten werden gefährdet

Entsetzt war man auch über das gewaltige Ausmaß des Windparks mit den zahlreichen neu anzulegenden Wegeverbindungen. Unter anderem wurden Sorgen wegen einer Verschmutzung des Trinkwassers geäußert. Die Bürgermeisterin Stella Cornect forderte in einem Interview mit dem Sender CBC mehr Zeit für eine ausführliche Diskussion. Ungeachtet der von Umwelt- und Klimaminister Bernard Davis zugesicherten gründlichen Umweltverträglichkeitsprüfung rechnet der bekannte kanadische Naturschützer Michael Burzynski im Falle der Umsetzung des Vorhabens mit einer weitgehenden Vernichtung der seltenen Pflanzen, die unter anderem auf dem Kalkgestein vergesellschaftet sind.

Die Windräder und Strommasten wären zudem eine ständige Gefahr für zahlreiche Tierarten, speziell für die Kolonien der auf Port-au-Port brütenden Zugvögel wie Tölpel sowie für Eulen und Fledermäuse. Die Langzeitauswirkungen auf die Habitate seien nicht abzuschätzen. Burzynski sagte, er sei irritiert darüber, dass die Provinzregierung diese einzigartigen Wildnisareale des Kronlands einigen umtriebigen Großinvestoren preisgeben wolle, die Strom in dem schätzenswerten Naturerbe zur privaten Gewinnmaximierung und noch nicht einmal für das Stromnetz von Neufundland erzeugen wollen.

Direktor des Konsortiums World Energy GH2 ist John Risley, Mitbegründer von „Clearwater Seafoods“ in der Provinz Nova Scotia, des größten Meeresfrüchte- und Muschelproduzenten Nordamerikas, und CEO der familiengeführten Investmentgesellschaft CFFI Ventures Inc., die unter anderem Beteiligungen in der Fischindustrie und der Finanzdienstleistung hält. Das von CFFI verwaltete Vermögen wird auf mehr als eine Milliarde US-Dollar geschätzt. Mit dabei ist das Schiffsverkehrsunternehmen Horizon Maritime in St. John's, Neufundland, das als Versorger der Offshore-Industrie für Kunden wie Equinor (Norwegen) und Exxon Mobil (USA) tätig ist. Ein anderer Investor musste sich wegen Vorwürfen der Vetterwirtschaft aus dem Konsortium zurückziehen, nachdem seine Freundschaft mit N.L.-Premierminister Furey bekannt geworden war.

Empörung der Menschen wächst

Das ETC Port-au-Port gab auf seiner am 1. August abgehaltenen ersten öffentlichen Versammlung eine Erklärung bekannt, in der ein sofortiger Stopp des Projekts Nujio'Qonik GH2 gefordert wird. Das Genehmigungsverfahren für den Windpark sei „so transparent wie eine schmutzige Pfütze“. Auf der für YouTube gefilmten Veranstaltung warf ein Redner der Regierung und den Windpark-Projektierern

Lügen und unfares Verhalten vor. Seine Vorwürfe: Was sei „grün“ an einem der größten Windpark-Projekte der Welt ausgerechnet in unserer kostbaren, weitgehend unberührten Landschaft? Warum sollen gerade hier die vielen Wolkenkratzer mit nächtlicher Beleuchtung errichtet werden und warum so schnell? Deutschland will kein Öl mehr aus Russland importieren? Wir können helfen und euch das Öl liefern! ETC startete eine Petition gegen den Bau des Windparks.

84 Prozent lehnen das Projekt ab

Auch der Präsident der International Appalachian Trail Association, Paul Wylezol, äußerte scharfe Kritik an der Standortwahl für die Mega-Windparks. Seine Organisation bemühe sich seit fast zehn Jahren um den Status eines UNESCO Global Geoparks für die Port-au-Port- sowie die bewaldete Blow-Me-Up- und Lewis-Hills-Region, um die einzigartige Geologie und Ökologie dieser Landschaften zu würdigen. Die Gegend sei spektakulär. Man dürfe dieses Juwel in der Krone Neufundlands nicht dafür hergeben, dass andere den Profit machen.

An Deutschland gerichtet erklärte Wylezol: „Wir verstehen die Lage, in der Deutschland sich befindet: Deutschland will unabhängig von russischem Öl werden. Wir wollen helfen – aber nicht auf unsere Kosten.“ Daraufhin drohte John Risley, das Wasserstoffprojekt werde scheitern, sollte der Bau der Windparks verhindert werden.

Sofern sich die Provinzialregierung an ihr Versprechen hält, das Votum der Bürger zu respektieren, ist das deutsch-kanadische Wasserstoffabkommen wegen des Widerstands der Einwohner gegen die damit verbundenen Windparkprojekte zum Scheitern verurteilt. Am 28. Oktober veröffentlichte ETC Port-au-Port das Ergebnis einer Abstimmung in zehn Gemeinden über den geplanten Windpark auf der Port-au-Port-Halbinsel. 84 Prozent der Einwohner, die an der Abstimmung teilnahmen, lehnten das Projekt ab.



GOLDAP

Schicksal der Naturheilanstalt ungewiss

Nach Baustopp wegen Unregelmäßigkeiten: Bei der Stadt meldete sich kein neues Bauunternehmen

VON DAWID KAZANSKI

Vor vier Jahren rühmte sich die Stadt Goldap – der einzige Kurort im polnischen Teil Ostpreußens – damit, EU-Fördermittel für den Bau einer Naturheilanstalt zu erhalten. Die Bauarbeiten sollten eigentlich im Jahr 2020 abgeschlossen sein. Die Naturheilanstalt war als eine Art Erweiterung und Ergänzung zum Angebot des örtlichen Sanatoriums konzipiert. Ziel war es unter anderem, therapeutische Behandlungen auf der Grundlage von Naturheilmitteln mit Heilschlamm und Salzwasser zu ermöglichen. Geplant waren auch Thermalbecken, eine Sauna, Entspannungs- und Heilgymnastikbereiche, Inhalationsräume, Massage-räume, Kältetherapie, Schlammwickel, ein Palmenhaus sowie ein Kinderspielzimmer und eine Kletterwand.

Allerdings wurde die Einrichtung bis heute nicht fertiggestellt, und es gibt keine Interessenten für die Vollendung des Neubaus. Die Gründe dafür sind, dass es Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit dem Bau selbst gibt und mit der Verwendung von EU-Mitteln. Mittlerweile wurde ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft eingeleitet, und das Zentrale Antikorruptionsbüro wurde eingeschaltet.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt

Anfang 2021 hatte einer der Stadträte bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen möglicher strafbarer Handlungen der Behörden von Goldap unter der Leitung des Bürgermeisters Tomasz Luto im Zusammenhang mit der Ausschreibung und dem Bau der Naturheilanstalt erstattet. Nach Ansicht des Stadtrats wurde bei der Ausschreibung gegen das Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen verstoßen. So sei der Bauentwurf noch während der laufenden Bauarbeiten geändert worden, und der Bauplan habe nicht der erteilten Genehmigung entsprochen.

Der Fall wurde zunächst von der Bezirksstaatsanwaltschaft in Treuburg be-



Gähnende Leere, wo eigentlich Kurgäste weilen sollten: Anbau des Sanatoriums in Goldap

Foto: D.K.

arbeitet, dann aber von der Bezirksstaatsanwaltschaft in Suwalken übernommen. In der Zwischenzeit hatte sich auch ein Konflikt zwischen dem Bauunternehmen und der Gemeinde Goldap entwickelt, welche den Bau der Naturheilanstalt in Auftrag gegeben hatte. Der Auftragnehmer kündigte den Vertrag mit der Gemeinde aufgrund mangelnder Zusammenarbeit und stellte eine Rechnung aus.

Die Gemeinde akzeptierte jedoch weder die Kündigung, noch bezahlte sie die Rechnung. Sie gab stattdessen ein Gutachten in Auftrag, dessen Ergebnisse für die Baufirma nicht die besten waren. Ein Gerichtsgutachter stellte zahlreiche Mängel fest, woraufhin die Stadt ihrerseits den Vertrag mit dem Auftragnehmer kündigte.

Die Rechtmäßigkeit des Beschlusses zur Vorbereitung, zum Beginn und zur

Durchführung des Bauvorhabens wurde auch von Vertretern des zentralen Antikorruption-Büros überprüft. Einer der Hauptvorwürfe der ermittelnden Sonderbehörde lautete, dass die Bauarbeiten auf einer Ausführungs- und nicht auf einer Bauprojektplanung beruhten. Das führte zu einer Reihe weiterer Unregelmäßigkeiten, einschließlich eines Vertragsbruchs bezüglich der Finanzierung, welche die Gemeinde aus Fördermitteln der Europäischen Union erhielt. Außerdem wickel der Ausführungsentwurf vom Bauplan ab, auf dessen Grundlage die Gemeinde eine Baugenehmigung erhalten hatte.

Ungeklärte Sachverhalte

Die Stadtverwaltung geht davon aus, dass die Kontrollbeamten fälschlicherweise von einem anderen Projekt ausge-

gangen waren als von dem, das bereits durchgeführt wurde.

Ungeachtet des formalen, rechtlichen und administrativen Durcheinanders kündigte der Bürgermeister von Goldap im August eine zweite und im November bereits eine weitere Ausschreibung für die Fertigstellung der Naturheilanstalt an.

Indessen findet sich kein Bauunternehmen, das sich an der Fertigstellung des bereits begonnenen Projekts beteiligen möchte. Es scheint so, als ob niemand mehr an den Erfolg des unglücklichen Bauvorhabens glaubt und die Bauunternehmer Angst vor formalen und rechtlichen Problemen haben. In Zeiten steigender Kosten für Baumaterialien und Dienstleistungen haben sie zudem offenbar kein Interesse daran, vermeidbare Risiken einzugehen.

MELDUNGEN

Imponierendes deutsches Erbe

Allenstein – In seiner neuesten Publikation beschäftigt sich Mirosław Garniec, der zusammen mit seiner Frau Małgorzata das Buch „Schlösser und Gutshäuser im ehemaligen Ostpreußen“ verfasst hat, mit den erhaltenen Burgen des Deutschordensstaates in Preußen. Er hat alle Burgen, auch auf dem heutigen Königsberger Gebiet, fotografiert und eigene Kommentare dazu verfasst. Ergänzt wird das Werk durch Pläne und Rekonstruktionszeichnungen von Katarzyna Wolska. Das dichte Netz der Burgen war verbunden mit der administrativen Aufteilung des Ordenslandes. Die größten von ihnen, die Komtureien als befestigte Klöster, waren eine Erfindung der Ordensritter. In der Publikation finden sich auch die Burgen des Kapitels und bischöfliche Befestigungen, welche die des Deutschen Ordens nachahmten und mit ihnen das Verteidigungsnetz des Staates bildeten.

Mirosław Garniec: „Zamki. Katalog zachowanych zamków państwa Krzyżackiego w Prusach“ Olsztyn, 2021. U.H.

Stadtfeste abgesagt

Tilsit – Der diesjährige „Tag der Stadt“, der eigentlich im Herbst hätte stattfinden sollen, wurde abgesagt und die Entscheidung der Stadtverwaltung im Internet veröffentlicht. Als Begründung nannte Landrat Grigorij Sokolowskij die „angespannte Lage im Kampfgebiet und den Tod unserer Mitbürger, die dort ihre Soldatenpflicht erfüllen“. Weil ein Soldat der Stadt kurz vor dem Stadtfest zu Grabe getragen werden musste, „wäre fröhliches Singen und Tanzen jetzt ethisch verwerflich und unverzeihlich gegenüber den Gefallenen und ihren Verwandten“, so der Landrat. Andere Städte wie Cranz und Inssterburg sowie 15 weitere folgten diesem Beispiel. MRK

KÖNIGSBERG

Kürbisse für einen guten Zweck

Neben Halloweenfeiern fand die Herbstfrucht als Ausstellungs-Dekoration sowie als Futterspende für den Zoo Verwendung

Wie es seit einigen Jahren in vielen Ländern Europas Tradition geworden ist, so wird der ursprünglich aus Irland stammende Brauch der Halloween-Feiern am Vortag von Allerheiligen, dem 31. Oktober, auch im nördlichen Ostpreußen begangen. Halloween ist seit Langem ein kommerzielles Ereignis, und in den Geschäften werden allerlei schaurige Kostüme verkauft. Vor allem werden aus Kürbissen gruselige Gesichter und Kerzen geschnitzt, die zur Dekoration von Geschäften und Wohnungen verwendet werden.

Trotz der angespannten Lage wegen des Ukrainekriegs haben in Königsberg Kürbisse eine vielseitige und spannende Verwendung gefunden. In den letzten Wochen waren sie zu einer Zierde in vielen Cafés und Restaurants der Stadt geworden. Zwar ohne gruselige Gesichter, sondern mit großen, leuchtenden und



Begeistern Jung und Alt: Kürbisse als Dekoration

Foto: J.T.

saftigen Kürbissen, welche die Gäste schon am Eingang begrüßten. Die kreativen Inhaber der Lokale nutzten sie, um Kunden anzulocken. Die Kürbisse selbst konnte man in diesen Tagen auf dem zentralen Markt für umgerechnet etwa 80 Euro-Cent pro Kilo kaufen. Im zehn Kilometer entfernten Dorf Fuchsberg [Cholmogorowka], im Kreis Fischhausen/Samland, wo die Kürbisse angebaut werden, konnte man sie bereits ab 50 Cent erstehen.

Vielseitige Verwendung

Wer sich mit den dort angebotenen verschiedenen Sorten auskannte, konnte zwischen Perl-, Moschus- oder Butternutkürbissen auswählen. Aus den Feld- und Gartenfrüchten lassen sich wunderbare Pfannkuchen, Marmelade, Brei, und Mantas zubereiten. Man kann sie auch roh, zusammen mit geriebenen Äpfeln, verzehren.

Daneben hatten die Stadtbewohner die Möglichkeit, Kürbisse als Eintrittskarte für das Bernsteinmuseum zu verwenden. Kürbisse, die von Einwohnern der Region gespendet wurden, waren Teil der Dekoration der Ausstellung „Solange die Kerze brennt“. Die Kürbisse ergänzten die Exponate der von Metallkünstlern gefertigten Kerzenständer.

Nach der Veranstaltung spendete das Museum dem Königsberger Tiergarten die Kürbisse zur Fütterung der Tiere. Wer nicht warten wollte, bis die Kürbisse aus dem Bernsteinmuseum in den Zoo umziehen, konnte sie auch direkt dorthin bringen. Ein fünf Kilogramm schwerer Kürbis berechnete zum Erwerb einer ermäßigten Eintrittskarte für Erwachsene für knapp 2,50 Euro statt dem regulären Preis von 5,50 Euro. Der Tiergarten erhielt auf diese Weise etwa 130 Kilogramm Kürbis als Tierfutter. Jurij Tschernyschew



ZUM 101. GEBURTSTAG

Schönland, Gertrud, geb. **Schories**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 25. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Brüggemann, Hildegard, geb. **Kulschewski-Kantner**, aus Grabnick, Abbau, Kreis Lyck, am 25. November

Spelge, Vera, geb. **Lindemann**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Burba, Luise, geb. **Teschke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. November

Kalinowski, Gerda, geb. **Kozik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. November

Lehmann, Waltraud, geb. **Voigt**, aus Alt Sellen, Kreis Elchniederung, am 28. November

Rehberg, Christa, geb. **Kennweg**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Battefeld, Grete, geb. **Ficht**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 29. November

Jelonnek, Erwin, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 25. November

Kahl, Charlotte, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. November

Kowalewski, Helga, aus Lyck, am 28. November

Meyer, Dr. Günter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dohmen, Gerda, geb. **Balzereit**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 25. November

Karpowski, Herbert, aus Plöwen, Kreis Treuburg, am 30. November

Koepfen, Horst, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, am 26. November

Küster, Annaliese, geb. **Grabowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. November

Luttkus, Manfred, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 29. November

Pahlke, Hildegard, geb. **Rattay**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 30. November

Priebe, Heinz, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 26. November

Richter, Ella, geb. **Schulz**, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Beckmann, Anneliese, geb. **Beba**, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 27. November

Bohlmann, Reinhold, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 30. November

Pruß, Günter, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 1. Dezember

Vogel, Hildegard, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 26. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Böhm, Herbert, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 20. Oktober

Bormüller, Irmgard, geb. **Bembenneck**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 27. November

Dürre, Waltraud, geb. **Lemke**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 28. November

Fabry, Brunhilde, geb. **Gusko**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 1. Dezember

Grenz, Helmut, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 1. Dezember

Kloth, Hannelore, geb. **Melzer**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 30. November

Korting, Kurt, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 1. Dezember

Lagerpusch, Horst, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 27. November

Loppow, Hanieli, geb. **Lask**, aus Walden, Kreis Lyck, am 25. November

Niemeyer, Hildegard, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 28. November

Stuhr, Herta, geb. **Krantau**, aus Liebwalde, Kreis Mohrunen, am 27. November

Will, Waltraud, geb. **Michel**, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 26. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Elsner, Charlotte Luise, geb. **Kirsch**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 30. November

Gellert, Gerda, aus Neidenburg, am 29. November

Küchler, Dr. Christel, geb. **Praecus**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 1. Dezember

Meyer, Hedwig, geb. **Olschewski**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 26. November

Moselowski, Edeltraud, geb. **Senff**, aus Finsterdamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. November

Nowosadtko, Heinz, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 1. Dezember

Rospunt, Gisela, geb. **Desens**, aus Hinterdamerau, Kreis Ortelsburg, am 28. November

Zaiss, Hildegard, geb. **Spirat**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 29. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Babbel, Hilde, geb. **Gawer**, aus Gauleiden, Kreis Wehlau, am 26. November

Bartsch, Regina, geb. **Lammers**, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 26. November

Czerwinski, Oswald, aus Lyck, am 27. November

Dell Osso, Ursula, geb. **Reipa**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 28. November

Frydrycy, Gertrud, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 1. Dezember

Genzik, Renate, geb. **Rudzio**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. November

Heese, Lilly, geb. **Nolda**, aus Wehlau, am 30. November

Heine, Elfriede, geb. **Frommer**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 27. November

Kairies, Gerhard, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 29. November

Marhenke, Helene, geb. **Drott**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. November

Menzel, Hedwig, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 25. November

Rode, Edelgard, geb. **Schemeit**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 28. November

Weil, Christel, geb. **Baumgardt**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember

Zwillus, Rosi, geb. **Hocheder**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 30. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Abraham, Edith, geb. **Waskow**, aus Motitten, Kreis Mohrunen, am 26. November

Bürger, Günter, aus Ebenrode, am 29. November

Ellmer, Gerhard, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 30. November

Gerke, Waltraud, geb. **Wollmann**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 27. November

Germer, Ursel, geb. **Czychon**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 28. November

Golz, Waltraud, geb. **Link**, aus Lehbruch, Kreis Elchniederung, am 26. November

Hauptmann, Marta, geb. **Kowalzik**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 29. November

Johannsson, Erika, geb. **Hahn**, aus Lyck, am 28. November

Klopf, Erna, geb. **Behrendt**, aus Banners, Kreis Mohrunen, am 1. Dezember

Kruppa, Benno, aus Borken, Kreis Treuburg, am 28. November

Liebschner, Edith, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 29. November

Pankewitz, Hans, aus Craam, Kreis Fischhausen, am 26. November

Penning, Erika, geb. **Gabka**, aus Treuburg, am 28. November

Roy, Erika, geb. **Weitschies**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 27. November

Schmidt, Renate, geb. **Füllhaas**, aus Treuburg, am 28. November

Schneider, Klaus, aus Ortelsburg, am 25. November

Trimuschat, Sigrid, geb. **Weiß**, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 27. November

Wietz, Charlotte, geb. **Budweg**, aus Ruckenhausen, Kreis Elchniederung, am 28. November

Wilkehl, Kurt, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 28. November

Zaiak, Ruth, geb. **Brosius**, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, am 27. November

ZUM 90. GEBURTSTAG
Blaurock, Heinz, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 25. November

Brozio, Heinrich, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 26. November

Fielandt, Christa, geb. **Rösnick**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 30. November

Krekla, Hildegard, geb. **Schernat**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 27. November

Kuhr, Else, geb. **Klimaschewski**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 30. November

Kusch, Grete, geb. **Butzko**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 28. November

Lange, Gerhard, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 27. November

Lankeit, Peter, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 30. November

Müller, Christel, geb. **Rogowski**, aus Lyck, Danziger Straße 3, am 1. Dezember

Nummert, Fritz, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 30. November

Olschewski, Elfriede, geb. **Mozarski**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 29. November

Rutkowski, Fritz, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 29. November

Solka, Jost, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 25. November

Steiner, Ursula, geb. **Mulks**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 28. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bindert, Dieter, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. November

Borrmann, Martin, aus Norkitten, Kreis Insterburg, am 27. November

Buchmeyer, Bärbel, geb. **Skowronnek**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 27. November

Busse, Herbert, aus Thierenberg, Kreis Fischhausen, am 28. November

Fischer, Ingrid, geb. **Kullak**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 28. November

Georg, Irmgard, geb. **Rhode**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 27. November

Hoffmann, Bruno, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 28. November

Jung, Wolfgang, aus Lötzen, am 25. November

Kleinknecht, Elli, geb. **Hochfeldt**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 27. November

Klingenberg, Barbara, geb. **Arllart**, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 28. November

Kretschmer, Antje, geb. **Winkelmann**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Dezember

Mensel, Waltraud, geb. **Will**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 26. November

Müller, Eva, geb. **Kniest**, aus Halddenau, Kreis Ebenrode, am 27. November

Neumann, Elvira, aus Sandtitten, Kreis Wehlau, am 29. November

Nölker, Helga, geb. **Schweiß**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 1. Dezember

Noller, Elisabeth, geb. **Warzas**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 1. Dezember

Offen, Ingeborg, geb. **Heysel**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 29. November

Peters, Anni, geb. **Andres**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 28. November

Piecuch, Ursula, geb. **Czernetzki**, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 1. Dezember

Puchert, Fritz, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 30. November

Randtke, Anneliese, geb. **Schulz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. November

Ruhnau, Alfred, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 25. November

Schlutow, Christel, geb. **Kipar**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 26. November

Schwan, Winrich, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 29. November

Sdunek, Helmut, aus Ortelsburg, am 27. November

Tolkmitt, Alfred, aus Eisliethen, Kreis Fischhausen, am 29. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Borawski, Alfred, aus Langsee, Kreis Lyck, am 30. November

Breuer, Gudrun, geb. **Sudau**, aus Mandtkeim, Kreis Fischhausen, am 26. November

Hübner, Udo, aus Wehlau, am 27. November

Joachim, Christian, aus Königsberg, am 30. November

Käseberg, Elke, geb. **Mollenhauer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. November

Lasarsch, Klaus, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 29. November

Losch, Friedhilde, geb. **Kieninger**, aus Parnenhen, Kreis Wehlau, am 1. Dezember

Stadie, Günter, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 26. November

Stober, Margot, geb. **Rautenberg**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 26. November

ZUM 75. GEBURTSTAG
Gehlhaar, Marion, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 28. November

Schilling, Gerlinde, aus Schuttischen, Kreis Neidenburg, am 28. November

Szodruch, Fred, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 28. November

Zusendungen für die Ausgabe 49/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 49/2022 (Erstverkaufstag 9. Dezember) **bis spätestens Dienstag, den 29. November**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der

Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen,
Buchstraße 4,
22087 Hamburg

Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de,
Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de



Stiftung
»Zukunft für Ostpreußen!«

Fürst Fuggler Privatbank
IBAN: DE56 7203 0014 1001 6349 83
BIC: FURKDE33



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg
Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

Adventsmarkt

Landesgruppe – Sonnabend, 3. Dezember, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, Stuttgart; 2. Ostdeutscher Adventsmarkt. Geboten werden Adventsmusik und Mundart, Stollen und Waffeln, Glühwein und Kinderpunsch sowie Kaltgetränke. Zahlreiche Stände der verschiedenen ost- und südostdeutschen Landsmannschaften bieten ihre heimatischen Erzeugnisse, auch Weihnachtsgebäck, an. Die Ostpreußen sind wieder mit einem großen Stand textile Volkskunst sowie Bärenfang, Trakehner Blut vertreten. Dazu werden wir Ostpreußen einen Tisch mit Kinderbasteln anbieten. Der Adventsmarkt wird musikalisch mit Harfe und Geige begleitet. Die Bibliothek des Hauses lädt zur aktuellen Ausstellung „Ryszard Kaja, Polska 3,3 %“ von 10.30 bis 15.30 Uhr ein.

Nachruf

Pforzheim – Christel Müller, geb. 8. März 1932 in Königsberg, verstorben am 24. Oktober 2022 in Pforzheim, war eine Ostpreußin, die ihre Liebe zu ihrer Geburtsstadt und dem Land Ostpreußen stets offen bekannt hat. Sie war bis zu ihrem Tod an allem interessiert, vielseitig begabt, der Text zu dem Lied „Ostseemelodie, dich vergeß ich nie.“ stammt von ihr, vertont von Helmut Demski, dem Vater von Ralph Demski. Als ihr Mann Heinz R. Müller die LM Ost- und Westpreußen in Pforzheim als 1. Vorsitzender übernahm, hat sie

ihn in allen Dingen tatkräftig unterstützt, auch bei der Gestaltung der Preußischen Tafelrunden. Der Chor „Elchschaufel“ hat sich bis zu seiner Auflösung regelmäßig in ihrem Haus zu Chorproben getroffen. Eine liebenswürdige Ostpreußin ist – wie eine meiner Frauenleiterinnen sich ausdrückte – „in den Himmel eingezogen“. Ich möchte mit den Worten Abschied nehmen: Freunde sterben nicht, was sie uns in ihrem Leben an Kraft und Freude gegeben, strahlt weiter aus als stilles Licht. Freunde sterben nicht, sie gehen nur den Weg in die Ewigkeit voraus. *Uta Lüttich*

Preußische Tafelrunde

Pforzheim – Der wissenschaftliche Mitarbeiter des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg, Christoph Hinkelmann, hat anlässlich der Preußischen Tafelrunde im Oktober einen Vortrag über die Flucht aus Ostpreußen 1945 gehalten.

Walter von Sanden, ein bekannter Naturschriftsteller in der Mitte des 20. Jahrhunderts, erreichte nach wenigen Tagen Flucht mit seiner Frau und einem polnischen Begleiter auf Fahrrädern durch das bereits von der Roten Armee abgeschnittene Ostpreußen am 1. Februar 1945 das Frische Haff. Über dessen zugefrorene Wasserfläche strebte die kleine Gruppe auf die Nehrung und von dort ging es in wochenlanger Strapaze durch ein hoffnungslos zerstörtes Land in Sicherheit. Nur wenige Jahre später hat Walter von Sanden-Guja, der seinem Namen den des in Ostpreußen verlorenen Gutes hinzufügte, die Erlebnisse dieser Wochen aus Tagebuchnotizen authentisch nachgezeichnet.

PAZ wirkt!

Die vielfach schonungslos offenen Darstellungen werden dadurch abgemildert, dass er sie mit kleinen Beobachtungen von Vögeln verband, die in aller Hoffnungslosigkeit des Moments immer auch ein klein wenig Menschlichkeit und Zukunft ahnen lassen. Der Referent hat den Autor, sein Leben und seine Bedeutung in Ostpreußen vorgestellt und einige originale Passagen des Zeitdokuments „Zugvögel“ vorgetragen.



Bayern
Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Advent

Nürnberg – Sonntag, 4. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Langwasser, Imbuschstraße 1, Endstation der U1 gegenüber: Die Gruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen sowie Pommern feiert den Advent.

Christian Joachim

Hof – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, gratuliert ihrem Vorsitzenden Christian Joachim zum 80. Geburtstag. Geboren 1942 in Königsberg musste er 1945 mit seiner Mutter in den Westen fliehen. Nach einigen Zwischenstationen holte sein Vater die Familie nach Schweinfurt, wo er Arbeit gefunden hatte. Nach dem Besuch des Gymnasiums und dem Studium arbeitete Joachim bis zur Pensionierung als Ingenieur bei der Landesgewerbeanstalt Bayern und unterstützte seine ehemaligen Kollegen auch im Ruhestand mit Gutachten. 1978 zog er berufsbedingt mit der ganzen Familie nach Rehau, wo er heute noch in seinem eigenen „Mehrgenerationenhaus“ mit Frau, Tochter und Schwiegersohn sowie den beiden Enkeln



Momentaufnahme eines Reisenden: Christian Joachim

lebt. Nach dem überraschenden Tod der beiden Vorsitzenden Rolf Burchard und Heinrich Lauszus 1983 bat man ihn, die Leitung der Kreisgruppe Hof zu übernehmen. Es kostete einiges an Überredung, ihn von diesem Ehrenamt zu überzeugen, das er nun schon 39 Jahre innehat. Im Bezirk Oberfranken folgte er 2007 Helmut Starosta als Bezirksvorsitzender der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. 2010 übernahm er zusätzlich noch den Vorsitz der Kreisgruppe Hof des BdV von Rudolf Reinhold.

Neben seinem politischen Engagement für die Freien Demokraten war und ist das Reisen seine große Leidenschaft. Ab 1991 organisierte er zahlreiche Reisen in die Heimat. Als verantwortlicher Reiseleiter gelang es ihm immer, den Reisemitgliedern die Schönheit und Kultur Ost- und Westpreußens nahe zu bringen. Anrührend war es, wenn Teilnehmer an den Stätten ihrer Jugend in Erinnerungen schwelgten. Aufenthalte im Königsberger Gebiet boten außerdem auch abenteuerliche Begebenheiten, von denen noch heute gerne erzählt wird.

Die Ortsgruppe der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, wünscht ihrem Vorsitzenden noch viele erfüllte Jahre bei guter Gesundheit und bedankt sich für das jahrelange Engagement. *J. Starosta*



Bremen
Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

Adventsfeier

Bremen – Montag, 12. Dezember, 15 Uhr, Hotel Robben Grollander 15, Emslandstraße 30, Bremen-Grolland: Adventsfeier mit Adventsansprache von Pastor Bernd Bierbaum. Wir möchten auch in diesem Jahr harmonisch und besinnlich zusammenkommen, gemeinsam Lieder singen und uns an weihnachtlich heimatischen Geschichten erfreuen. Unser Mitglied Wilhelm Norra wird das Singen am Akkordeon begleiten.

Zu dieser Feier sind unsere Mitglieder herzlich eingeladen. Von Nichtmitgliedern erbitten wir zur Bezahlung des Kaffeegedecks 14,- Euro pro Person. Wir benötigen aber unbedingt Ihre Anmeldung, da wir die erforderlichen Kaffeegedecke kostenpflichtig bestellen müssen. Sie können die Anmeldung telefonisch bei Barbara Richter unter Telefon (0421) 405515 oder bei Dagmar Schramm unter Telefon (04298) 698765 vornehmen. Beide Anschlüsse verfügen über Anrufbeantworter, auf dem Sie Ihre Namen und Rückrufnummern hinterlassen können.



Hamburg
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Adventsfeiern

Elchniederung – Dienstag, 29. November, 14 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Bürgerhaus Niendorf (Berenberg-Goss-

ler-Haus), Niendorfer Kirchenweg 17: Adventsnachmittag mit Kaffee und Kuchen, gemeinsamem Singen und Gesprächen über die Heimat. Gäste sind herzlich willkommen. Hartmut Klingbeutel, Telefon (0178) 3272152.



Königsberg – Donnerstag, 8. Dezember, 13 bis 17 Uhr, Bürgerhaus Niendorf, Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg: besinnliche Adventsstunde. Anmeldungen bei Gabriele Schwarze unter Telefon (0170) 9666666.



Hessen
Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

75-jähriges Bestehen

Wiesbaden – Eigentlich sollte das 75-jährige Bestehen der Landsmannschaft bereits in 2021 gefeiert werden. Doch wegen der Corona-Situation konnte der Vorstand erst ein Jahr später zu einer Feierstunde ins Wiesbadener Haus der Heimat einladen. Dort begrüßte der Vorsitzende Dieter Schetat die Mitwirkenden und Gäste, namentlich den stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbandes der Ost- und Westpreußen in Hessen, Gerhard Schröder, der die Landsmannschaft mit ermunternden Worten beglückwünschte und ein Grußwort des Landesvorsitzenden Ulrich Bonk mitgebracht hatte. Für die Pommersche Landsmannschaft gratulierte die Landesvorsitzende Gabriela Zessin. Schriftliche Grußworte hatten geschickt: die Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien Anneliese Abu El-Ez und die Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
 - Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

**Prämie 1:
Leuchtglobus**



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

**Prämie 2:
Renaissanceglobus**



Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften



einer flotten Sequenz von gelungenen Reiseaufnahmen unterlegte. Das starke Interesse zeigte sich bei den Besuchern in eifrigen Anmerkungen und Nachfragen am Ende des erheiternden und unterhaltsamen Vortrags. *Gisela Borchers*

Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhne, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Weihnachtsfeier
Düsseldorf – Sonnabend, 3. Dezember, 14 Uhr Einlass, 15 Uhr Beginn, Eichendorff-Saal, I. Etage Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90: Weihnachtsfeier gemeinsam mit unseren Memelländern. Sie dürfen sich auf ein schönes, vorweihnachtliches Programm freuen bei Kaffee und Kuchen sowie auf ein gemeinsames Singen mit Klavierbegleitung. Über Ihre Teilnahme freuen wir uns und bitten um rechtzeitige Anmeldung unter Telefon (0211) 682318. Gäste sind uns stets willkommen. Eintritt: 10,- Euro, Konto-Nr.: IBAN DE90 3005 0110 0010 1142 39, BIC: DUSSEDDXXX Edith Kroitka

Niedersachsen
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Adventsfeier
Oldenburg – Mittwoch, 14. Dezember, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38, 26122 Oldenburg-Eversten: Adventsfeier mit Liedern, Gedichten und Geschichten rund um Advent und Weihnachten. Die genaue Gestaltung können wir nur recht kurzfristig im Herbst planen, auch die Entscheidung über einen Adventsbasar. Wir erheben keinen Eintritt, freuen uns aber über eine Spende von Ihnen. Telefon (0441) 5009-0, denken Sie bitte an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort.

Bericht
Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg lud ihre Mitglieder und Freunde zu einem Vortrag über eine Sommerreise nach Masuren ein. Professor Siegmund Fröhlich berichtete uns: „Neues aus der Marienburg, Wolfsschanze und Wanderungen um Lyck und auf dem Lycker See“, was er mit

und der Vorsitzende hat ihn der Versammlung vorgelesen.

Die Arbeit auf dem Acker war damals sicher schwer gewesen aber eine solche Gemeinschaft, wie sie bei dem Bestellen der Felder und der Ernte unter den Menschen gegeben hat, gibt es heute nicht mehr. Barfuß auf den Stoppfeldern Mäuse jagen oder am Kartoffelfeuer sitzen und Kartoffeln braten, wo gibt es das noch?

Auch die vielen Namen, wie Repetschkes, Pabentuwis, Ment und Kebesch waren für gestandene Ostpreußen neu.

Durch die Lesungen und Gespräche dazwischen, war die Zeit schnell vergangen. An den Tag der Heimat konnte nur noch kurz eingegangen werden.

Goldap
Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, museum@goldap.de, www.goldap.de

Adventsveranstaltungen
Stade – Sonntag, 4. Dezember, (Zweiter Advent), 15 Uhr, Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen: Bildervortrag „Schlesien-Faszination Hirschberger Tal“ von und mit Daniel Schwarz. Eintritt frei – Spenden willkommen.

Sonntag, 11. Dezember (Dritter Advent), 11 bis 17 Uhr: Advent im Patenschaftsmuseum. Wir laden herzlich zu einem weihnachtlichen Treff im Patenschaftsmuseum ein. Museumsführungen möglich. Ab 11 Uhr adventliches Konzert mit dem Posaunenchor der Johannis-kirche.

Für unsere kleinen Besucher: Elche zählen im Museum (mit Begleitung) – lustig, unterhaltsam und lehrreich; jedes Kind bekommt „seinen Elch“ mit nach Hause. 14.30 Uhr: Elche in Ostpreußen, vom Wildtier, über Jagd bis zum Heimatsymbol, Vortrag mit Bilderschau von Annelies Trucewitz. Sonderausstellung zum Thema.

Memel-Stadt/Land
Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. **Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Adventstreffen
Berlin – Freitag, 9. Dezember, 13 Uhr, Restaurant Ännchen von Tharau, Rolandufer 6 (= S- und U-Bahnstation Jannowitzbrücke): Adventstreffen.

Am Ende des Jahres blicken wir zurück auf die wichtigsten Abschnitte der 770-jährigen Stadtgeschichte Memels und auf die diesjährigen Feiern der heutigen Stadt Klaipeda.

Bitte melden Sie sich unbedingt aus organisatorischen Gründen bis zum 4. Dezember per Telefon (AB: 401 00473, Ludolfingerweg 27, 13465 Berlin) oder per E-Mail an. In der Hoffnung, Sie alle wieder zahlreich zu unserem vier-

ANZEIGE



Weihnachtsgrüße mit einer Anzeige.

28.11. Annahmeschluss!

Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von **20,-€** (inkl. 19% Mwst.)
- Große Grußanzeige zum Sonderpreis von **30,-€** (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige [Formular] **Große Grußanzeige**

Ihr Name: _____
 Straße: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
 Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
 E-Mail: anzeigen@paz.de
 Fax an: 040/41 40 0850



Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Sonnabend, 26. November, 19.30 Uhr: Kammerkonzert „Einblicke in drei Jahrhunderte deutschbaltischer Musikgeschichte“ mit dem Malinconia-Ensemble Stuttgart unter der Leitung von Helmut Scheunchen, Eintritt: 8,- Euro. Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de. Es musizieren: Helmut Scheunchen Violoncello, Günter Schmidt Klavier und Ramin Trümpelmann Violine.

Eine Veranstaltung des Kulturreferats für Ostpreußen und das Baltikum und der Deutschbaltischen Abteilung im Ostpreußischen Landesmuseum mit freundlicher Unterstützung der Stiftung des Verbandes der Baltischen Ritterschaften e.V.

ALPENSEKTION KÖNIGSBERG

Ungewöhnliches Faible für die alpine Bergwelt

Die Ostpreußenhütte in der Heimat der Salzburger Exulanten – bis heute ein attraktives Urlaubsziel

VON WOLFGANG KAUFMANN

Während der Großen Pest von 1709 bis 1711 starben in Ostpreußen ganze Dörfer aus, woraufhin rund 11.000 Bauernhöfe verödeten. Deshalb unterzeichnete der preußische König Friedrich Wilhelm I. am 2. Februar 1732 ein Einwanderungspatent, mit dem er die Ansiedlung von rund 17.000 heimatvertriebenen protestantischen Glaubensflüchtlingen aus dem tiefkatholischen Fürstentum Salzburg in Ostpreußen genehmigte. Hieraus resultierte der Umstand, dass zum Ende des 19. Jahrhunderts etwa jeder dritte Bewohner der Provinz Vorfahren aus der Salzburger Region hatte, was zu einem für Nordostdeutsche ungewöhnlichen Faible für die alpine Bergwelt führte.

Dieses war die Ursache für die am 8. Juli 1890 vollzogene Gründung der Alpenvereinssektion Königsberg durch 28 Universitätsprofessoren, Staatsbeamte und Ärzte um Alfons Kießner. Und die begannen auch sogleich, Geld für den Bau einer eigenen Hütte in den Alpen zu sammeln.

Dabei richtete sich das Augenmerk der bergbegeisterten Ostpreußen zunächst auf die Dolomiten und das Karwendel-Gebirge, wo sie jedoch keine geeigneten Grundstücke fanden. Dann erfuhr der Königsberger Drogist Willi Müller-Reith im August 1925 während seines Urlaubs in Österreich, dass im Gebiet des 2941 Meter hohen Hochkönigs in den Salzburger Kalkalpen noch eine Hütte fehlte. Daraufhin beschloss die Sektion Königsberg, die inzwischen bereits 786 Mitglieder hatte, im März 1926, einen Hüttenausschuss ins Leben zu rufen, welchem der Vizepräsident des Oberlandesgerichts Königsberg, Franz Boy, vorstand. Dem folgte zwei Monate später die Suche nach geeigneten Bauplätzen auf dem 1630 Meter über dem Meer gelegenen Rettenbachriedel oberhalb von



Ein geschichtsträchtiges Ausflugsziel: Die Ostpreußenhütte auf dem österreichischen Rettenbachriedel

Foto: akg images

Werfen und rund 40 Kilometer südlich von Salzburg, also im Bereich der Urheimat so vieler Ostpreußen.

Die Anhöhe, auf der die Hütte letztlich stehen sollte, gehörte zur Herrschaft Im-lau, deren Besitzer Friedrich Leopold Prinz von Preußen war. Der Hohenzoller schenkte der Alpenvereinssektion Königsberg am 9. November 1926 das benötigte Grundstück von 2000 Quadratmetern Größe. Daraufhin konnte am 15. Mai 1927 die Errichtung der Ostpreußenhütte unter der Aufsicht des Baumeisters Hans Kronberger aus Werfen beginnen. Die Mittel hierfür in Höhe von 48.000 Reichsmark brachten zu einem Drittel die Königsberger Alpinisten auf. Ein weiteres Drittel schoss der

2000

Quadratmeter groß ist das Grundstück, auf dem die Alpenvereinssektion Königsberg 1926 die Ostpreußenhütte errichtete

Deutsche und Österreichische Alpenverein (DÖAV) zu und der Rest stammte aus Spenden, die unter anderem von 20 ostpreußischen Städten und begüterten Einzelpersonen wie Bertha Krupp von Bohlen und Halbach kamen.

Die feierliche Einweihung der Hütte erfolgte am 25. Juli 1928 in Anwesenheit zahlreicher Gäste aus den Sektionen Breslau, Leipzig, Elbing und Tilsit. Im Anschluss daran avancierte das Schutzhaus aufgrund seiner leichten Erreichbarkeit zu einem beliebten Ziel für Wanderer, Bergsteiger und Skifahrer und hatte jährlich um die 2500 Besucher. Viele davon erklimmen von hier aus den Hochkönig oder andere umliegende Gipfel wie den Gamskarkogel (2013 Meter), Floßkogel (2437 Meter) und das Eibleck (2361 Meter).

Allerdings konnten die Königsberger ihre Hütte nur bis Mai 1933 nutzen, dann verhängten die Nationalsozialisten eine faktische Ausreiseperrre nach Österreich.

Und am 25. August 1939 musste schließlich auch der Hüttenwirt Eduard Justus zur Wehrmacht einrücken, was die zeitweilige Schließung des Hauses zur Folge hatte.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Ostpreußenhütte als konfisziertes deutsches Eigentum im Auftrag der Wiener Regierung vom Österreichischen Alpenverein (ÖAV) treuhänderisch verwaltet und hieß bis 1951 Blienteckhütte. Um perspektivisch wieder in den Besitz des Gebäudes zu gelangen, konstituierte sich die Sektion Königsberg am 26. Januar 1952 neu, wobei ihr Sitz nun in Göttingen lag. Doch auch in den Jahren danach behielt der österreichische Staat weiter die oberste Verfügungsgewalt über die Hütte und verkaufte diese dann am 2. November 1962 an die Sektion Innsbruck des ÖAV.

Gut drei Jahre später, am 10. Dezember 1965, beschloss die Vertriebenen-Sektion Königsberg des Deutschen Alpenvereins (DAV), künftig in München zu residieren. Dort befand sich auch die Zentrale des DAV, der am 20. Mai 1968 als neuer Eigentümer der Ostpreußenhütte in das Grundbuch von Werfen eingetragen wurde und das Schutzhaus auf dem Rettenbachriedel schließlich am 27. Oktober 1972 an seine Sektion Königsberg veräußerte – womit diese nach der Sektion Breslau die allerletzte ostdeutsche Sektion war, die ihre Hütte in Österreich zurückerhielt.

Das Bauwerk mit seinen insgesamt 58 Übernachtungsplätzen, welches fast ganzjährig genutzt werden kann, befand sich zu diesem Zeitpunkt in einem eher „durchwachsenen“ Zustand. Schuld hieran trugen nicht zuletzt der Brand zum Jahreswechsel 1948/49 und die permanent hinausgeschobenen Instandhaltungsarbeiten während der langen Zeit der ungewissen Besitzverhältnisse. Heute gilt die Hütte dahingegen wieder als attraktive Unterkunft, obwohl es am 28. März 1988 nochmals auf ihrem Gelände gebrannt hatte.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ein Leben wie ein Birnbaum

Ingeborg Odelga, die literarische Stimme der Deutschen um Oppeln, erhielt die Auszeichnung „Brücken des Dialogs“

Die Oppelner Philharmonie war am 14. November Schauplatz der Preisverleihung für die Auszeichnung „Brücken des Dialogs“. Der Preis wurde vor zwölf Jahren vom Oppelner Marschallamt und dem Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, das der Deutschen Minderheit nahesteht, ins Leben gerufen. Ausgezeichnet werden Institutionen, Organisationen und Menschen, die den deutsch-polnischen Dialog fördern.

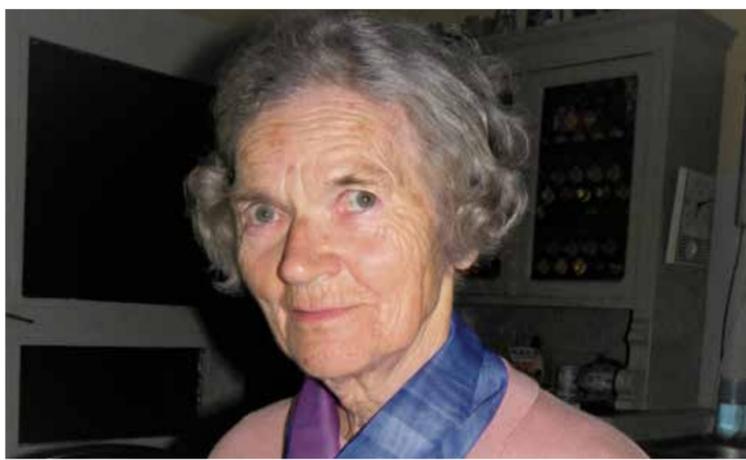
In der Kategorie Institution hat das Museum des Neustädter Landes in Neustadt/Oberschlesien [Prudnik] den Preis erhalten. Zu den preisgekrönten Verbänden 2022 zählt der Bildungsverein Pro Liberis Silesiae, der drei deutsch-polnische Montessori-Kindergärten und -Grundschulen in der Woiwodschaft Oppeln betreibt. In der Kategorie Menschen wurde die 96-jährige Heimatdichterin Ingeborg Odelga ausgezeichnet.

„Wäre Ingeborg Odelgas Leben ein fertiges Buch, dann wäre es ein langer und spannender Roman. Es hätte einige traurige Kapitel, aber auch Passagen, die mit Glück und Erfolg gefüllt wären. Und es würde eine Frau beschreiben, die sich immer treu geblieben ist, die bescheiden, aber zielsicher ihr Leben lebt und mit viel

Mut immer wieder etwas Neues wagt“, sagte Anna Durecka aus Groß Döbern [Dobrzeń Wielki]. Die Germanistin und Journalistin bewundert die Autorin, weil sie den heimatvertriebenen Deutschen um Oppeln immer wieder Mut zum Engagement macht.

Odelga lebt in ihrem Geburtshaus direkt am Ring des zwölf Kilometer von Oppeln entfernten Städtchens Proskau [Prószków]. Sie liebt ihren kleinen Garten, in dem ein über 100 Jahre alter Birnbaum steht. Diesen hat bereits ihre Mutter gepflegt. Der Baum hat bereits einen Blitzeinschlag überstanden, „er ist so widerstandsfähig wie ich“, sagte Odelga. Sie kam im Leben viel herum, aber ihr Weg führte immer wieder zurück nach Proskau.

Ihr erstes Gedicht verfasste sie im Arbeitsdienst. Ein halbes Jahr musste sie fern der Heimat schwer arbeiten und auf einem Strohsack schlafen. Damals hat sie sich ihr Leid von der Seele geschrieben. Mit 13 Jahren zog Odelga nach Berlin, wo sie eine Krankenschwesterausbildung abschloss. Nach Proskau kehrte sie 1945 zurück und musste sich der neuen Realität im nun polnisch verwalteten Oberschlesien stellen. Ohne Polnischkenntnisse durfte sie nur als Stationshilfe im Kran-



Ihre Küche ist Begegnungsort für viele Proskauer: Ingeborg Odelga

Foto: Wagner

kenhaus arbeiten. Doch bald schon holte sie die Krankenschwesterfortbildung und das Abitur nach. 1950 nahm sie ihren Dienst als Krankenschwester auf, den sie 30 Jahre lang ausübte. Nach der Pensionierung diente sie als Rotkreuzschwester in den um Proskau liegenden Dörfern. Dadurch lernte sie viele Menschen kennen, die ihr vertrauten. Sie sammelte unter ihren Bekannten und Verwandten, damals

noch verbotenerweise, Unterschriften, mit denen sie sich zum Deutschtum bekannten. Als die Deutsche Minderheit als Organisation zugelassen wurde, war sie euphorisch. „Ich habe meine Bekannten und Verwandten zu mir eingeladen und sagte: ‚Wir werden hier in meiner Küche deutsche Lieder singen‘: ‚Hohe Tannen‘, ‚Lustig ist das Zigeunerleben‘, ‚Am Brunnen vor dem Tore‘, auch Kirchenlieder

sangen wir. Eine Nachbarin spielte Ziehharmonika“, erinnert sich Odelga.

Mitte der 90er Jahre wurden der deutschen Volksgruppe in Oberschlesien knapp bemessene Sendezeiten in öffentlich-rechtlichen Radiosendern zur Verfügung gestellt. Der Oppelner Sender delegierte damals einen eigenen Redakteur ab, der die Sendung „Nasz Heimat“ (Unsere Heimat) gestaltete. Eines Tages kam ein Aufruf zur Hörerbeteiligung, und so schnappte sich Odelga ihren Eichendorff-Band und klopfte beim Sender an. „Es trifft sich gut, wir wollen gerade aufzeichnen“, hörte sie vom zuständigen Redakteur. „Und so kam ich direkt von der Straße ans Mikrofon“, erinnert sie sich.

Odelgas Stimme blieb 20 Jahre auf Sendung. Und weil ihr irgendwann die Gedichte ausgingen, begann sie ihre eigenen vorzulesen. „Man sollte immer ein Ziel im Leben haben, in Bewegung bleiben, außerdem standfest sein, genügsam und bescheiden leben.“ Anfang des Jahres hat der Proskauer Verband der Deutschen Minderheit eine Auswahl von Odelgas Gedichten – von ihr vorgetragen – als CD herausgebracht. „Poesie in meinem Leben“ heißt das mit 20 Gedichten bestückte Album. *Chris W. Wagner*

IM WANDEL

Die Kurfürstenstraße in Stettin

Einst Verbindung zwischen den Befestigungsanlagen der Stadt, später Prachtstraße

VON PETER HAESE

Namensgeber der Kurfürstenstraße war der 1620 in Berlin geborene Friedrich Wilhelm, „Der große Kurfürst“, 1640 bis 1688 Kurfürst in Brandenburg. Die Errichtung des Denkmals für den Großen Kurfürsten, seine Büste auf einem hohen, quadratischen Sockel, wurde durch König Wilhelm Friedrich III. initiiert, es stand vom 7. Mai 1834 bis April 1945 im großen Schlosshof in Stettin. Über seinen weiteren Verbleib ist nichts bekannt.

Die später so benannte Kurfürstenstraße ist seit der Schwedenzeit eine alte Wege- und Kommunikationsverbindung außerhalb der damaligen Befestigung, dem Glacis, zwischen Fort Wilhelm und dem Berliner Tor zum Fort Preußen. Entlang dieser alten Wegeverbindung, die westlich vor den Festungswerken verlief, durften bis 1873 keine festen Bauwerke errichtet werden. Lediglich Holzbauten waren erlaubt, die bei Feindannäherung schnell abgerissen beziehungsweise niedergebrannt werden konnten.

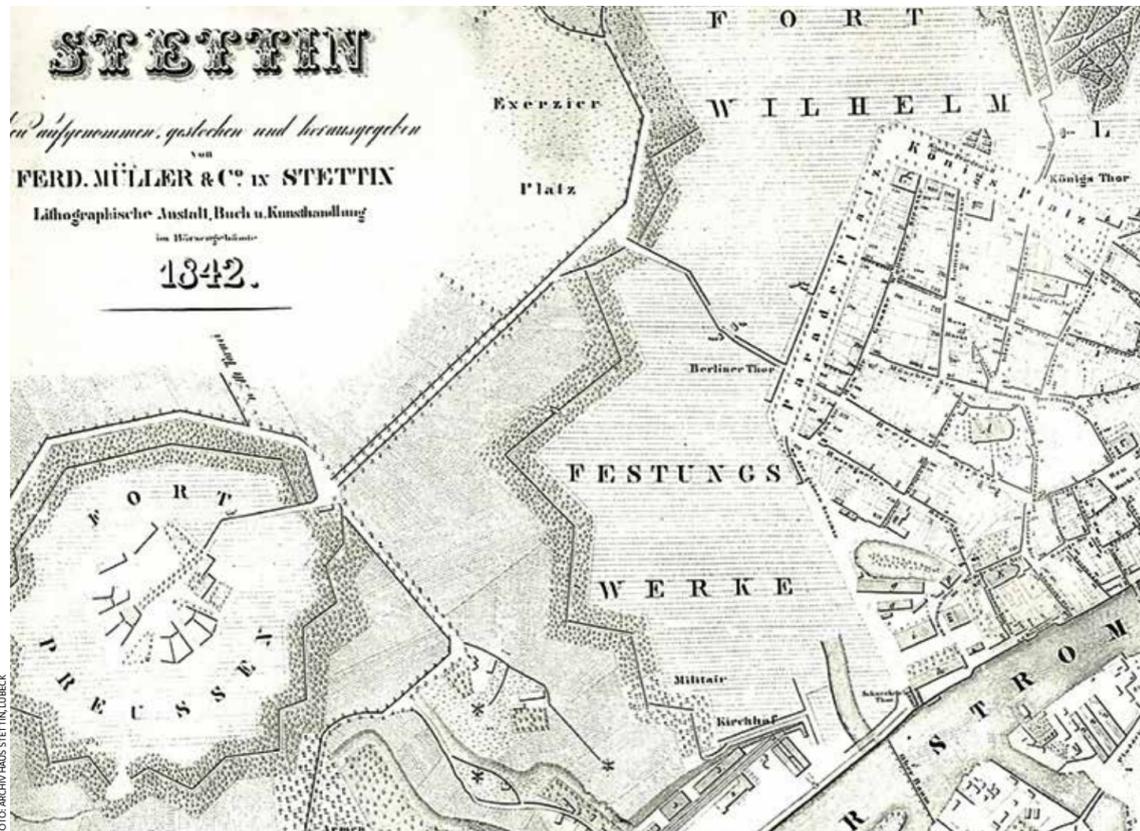
In gewisser Entfernung zum Festungskern sind trotzdem einige Vorstadtsiedlungen entstanden wie Grabow, Bredow,

Zabelsdorf, Neu- und Alt-Torney sowie entlang der Bellevue- bis zur Bäckerbergstraße. Im Zuge des Schwedisch-Polnischen Krieges 1655/60 spielte die durch die schwedische Besatzungsmacht ab 1630 angelegte Festung eine große Rolle. Sie ist im Laufe der Jahre zu einem wichtigen Brückenkopf für die Schweden geworden. In der Stadt Stettin befanden sich 1648 über 2000 schwedische Soldaten, die bis 1677 noch verdoppelt wurden.

1659 kam es zur Belagerung Stettins durch die damals verbündeten polnischen, kaiserlichen und brandenburgischen Truppen gegen die in Stettin verschanzten Schweden. Zusammen mit der Stettiner Bürgerwehr konnten die Belagerer abgewehrt werden. Die kriegerischen Auseinandersetzungen endeten 1660 mit dem Frieden von Oliva.

Immer wieder Angriffe

Die Brandenburger konnten 16 Jahre später bei einer neuerlichen Belagerung und einem weiteren Angriff die Stadt besetzen und teilweise erheblich zerstören. Die Stettiner hatten zu dem Großen Kurfürsten ein recht geteiltes Verhältnis, denn während der Belagerung Stettins im August 1677 wurden durch seinen Befehl



Auf diesem Stadtplanausschnitt von 1842 lagen die Festungen Stettins noch vor den Toren der Stadt. Die später so benannte Kurfürstenstraße war seit der Schwedenzeit eine alte Wege- und Kommunikationsverbindung außerhalb der damaligen Befestigung, zwischen dem Fort Wilhelm, dem Berliner Tor zum Fort Preußen, deshalb ist sie auf diesem alten Plan nicht eingezeichnet



Postkarte von 1921, der Verlauf der Kurfürstenstraße in Richtung Hohenzollernplatz: Links das Eckhaus Saunierstraße 1 und dahinter das ehemalige Jageteuffel-Kollegium, Kurfürstenstraße 9. An der rechten Straßenseite mündet die Johannisstraße, spätere Grenadierstraße in die Kurfürstenstraße. Hinter der Einmündung ist das 1891 gebaute Offiziers-Casino erkennbar. Die Offiziere der Grenadier-Garnison zogen später in das neue Kasino in der Lindenstraße Ecke Johannisstraße um

nicht nur der Jakobi-Kirchturm samt Glockengeläut mit neun Glocken und andere Gebäude zerstört, sondern auch die gesamte Stadt völlig ruiniert. Um Brandenburg und Preußen mag sich der Kurfürst Verdienste erworben haben, um Stettin jedoch nicht. Es blieb unklar, warum die Stettiner dem Großen Kurfürsten die Ehre gaben, als Namensgeber für diese geschichtsträchtige Straße zu fungieren.

Nachdem das Deutsche Kaiserreich 1871 gegründet wurde, entschied man sich 1873 in Stettin für die Beseitigung der Festungswerke. Es begann eine politisch und wirtschaftlich großartige Zeit für alle Stettiner und ihre Stadt. In den Jahren danach wurde die Kurfürstenstraße an der West-

seite mit Wohnhäusern bebaut, und an der Glacis-Seite entstand 1891 die Grenadier-Kaserne, denn gegen Angriffe von außen wollte man sich weiterhin verteidigen können.

Großes Leid

Als Eroberer Stettins wurden der Kurfürst 1678, wie auch zuvor schon die Dänen und Schweden, 130 Jahre später die Franzosen und 267 Jahre danach die Russen und Polen von der Bevölkerung nicht sonderlich freundlich empfangen. Sonderbarerweise haben alle Besatzungsmächte, auch die russischen, nach erfolgter militärischer Eroberung 1945 die Stadtverwaltung wieder in deutsche Hände gegeben. Trüge-

risch, denn danach wurde die deutsche Bevölkerung aus ihrer Stadt vertrieben – es setzten sich auch leider Verbrechen nach Kriegsende fort.

Traurige Bekanntheit erlangte die Kurfürstenstraße 6, Ecke Burscherstraße 34 – das war übrigens das Wohnhaus des Schauspielers Heinrich George – durch den „Bericht der Gabriele Stolp“, in dem sie über die schlimmen Zustände in Stettin 1945 bis 1946 berichtet, dass dort Deutsche durch polnische Miliz grundlos umgebracht wurden. Eines der Opfer war der Großvater von Peter Haese. Ein traumatisierendes Ereignis, das die Familie auch nach so vielen Jahrzehnten noch extrem belastet.

PRIESTER UND SCHRIFTSTELLER

Das Kreuz von Vineta

Vor 150 gestorben – Der aus Usedom stammende katholische Geistliche Aurel Meinhold publizierte über die Vineta-Sage

Aurel Immanuel Meinhold stammte von der Insel Usedom, war der Sohn eines einst bekannten evangelischen Pfarrers, der nebenbei als Autor tätig war. Durch seinen Übertritt zur katholischen Kirche, das Studium der katholischen Theologie, die Priesterweihe und die Tätigkeit als Priester sorgte er für überregionales Aufsehen. Dazu schriftstellerte er wie sein Vater. Dabei standen außer der Vineta-Sage die Themen Kirche, Nationalismus und Revolution thematisch bei ihm im Mittelpunkt, mit denen er sich bis zu seinem frühen Tod vor bald 150 Jahren ausgiebig beschäftigte.

Meinhold wurde am 26. August 1829 in der Ortschaft Krummin auf der Insel Usedom geboren. Krummin liegt am Krumminer Wiek östlich von Wolgast, wurde 1230 erstmals urkundlich erwähnt und war lange Standort eines Zisterzienserklosters, das nach der Reformation säkularisiert wurde. Danach hatte das Dorf

wechselnde Besitzer. Das reichte vom schwedischen Feldmarschall Carl Gustav Wrangel bis zu Heinrich Ludwig von Corswandt, der den Besitz 1833 erwarb.

Vater Meinhold wirkte unter der Corswandt-Familie als Pfarrer und wechselte später im Amt nach Rehwinkel bei Stargard. Er hatte wegen seiner schriftstellerischen Nebentätigkeit, die von „Humoristischen Reisebildern von der Insel Usedom“ über „Maria Schweidler“ bis zur Prosa „Sidonia von Bork, die Bernsteinhexe“ reichte, einflussreiche Unterstützer wie den humoristischen Klassiker Jean Paul und den Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. Seine Werke wurden sogar ins Englische übersetzt und fanden Eingang in die Literaturgeschichte.

Sohn Aurel wuchs beim Vater auf, wurde von ihm und diversen Hauslehrern lange Zeit unterrichtet sowie literarisch interessiert und besuchte zuletzt das Stralsunder Gymnasium und das einst renommierte Collegium Groeningium in

Stargard. Von Stargard wechselte er an die Universität in Breslau, wo er an der Friedrich-Wilhelms-Universität hauptsächlich Philosophie studierte und als Corps-Student aktiv war.

Parallel beschäftigte sich der Protestant wie der Vater mit dem Katholizismus, was allerdings beim Sohn zum Übertritt führte. Der Konvertit ging noch weiter. Er studierte in der Folge katholische Theologie, empfing 1853 die Priesterweihe und arbeitete einige Zeit als Kaplan in Ottmachau, im Südwesten von Oberschlesien, westlich von Neisse. Der einstige Marktflecken gehört heute als Kleinstadt zur polnischen Woiwodschaft von Oppeln.

Er ließ sich in Niederschlesien nieder

In diesem katholischen Ort sammelte Meinhold praktische Erfahrungen in der Umsetzung des Katholizismus. Parallel vollendete er nach dem Tod des Vaters dessen unvollendeten Roman „Ritter Sigismund Hager von und zu Altensteig“. Es

folgten ein Kirchenamt an der Dominikanerkirche in der Friedrichstadt von Neisse und das Pfarramt für die Wallfahrtskirche in Hochkirch bei Gramschütz im damaligen Landkreis Trebnitz in Niederschlesien, das heute zu Polen gehört.

Meinhold widmete sich analog zum Vater nun auch verstärkt der Schriftstellerei. Neben Abhandlungen über die Rolle der Kirche und des Nationalismus beschäftigte er sich mit der Vineta-Sage. Vineta gilt bis heute als eine sagenumwobene versunkene Handelsstadt des Hochmittelalters an der vorpommerschen Ostseeküste. Über die letzten Jahrhunderte gab es dazu zahlreiche Nachforschungen zum genauen Standort. Die diesbezüglichen Erkenntnisse reichen von der Jaromarsburg bei Kap Arkona auf Rügen über Wollin im heutigen Polen und Damerow bei Koserow auf Usedom bis zur Insel Ruden vor der Peenemündung.

Zuletzt entwickelten Klaus Goldmann und Günter Wermusch nach 1994 die „Vi-

neta-Barth-These“, demnach die Stadt nahe der Stadt Barth lag, wo das Museum nach Vineta benannt wurde und eine Dauerausstellung das Thema thematisiert.

Zu Vineta-Sage gibt es inzwischen eine Vielzahl von Veröffentlichungen. Die Palette reicht von wissenschaftlichen Schriften über Prosa, Lieder und Opern bis zu modernen TV-Serien. Mittendrin Chormusik von Johannes Brahms, ein Gedicht von Heinrich Heine, Texte des Vormärz-Dichters Ferdinand Freiligrath, ein Titel der Rockgruppe Puhdys – bis eben zur erzählenden Prosa von Meinhold, die 1870 unter dem Titel „Das Kreuz von Vineta“ erschienen sind.

Die Vineta-Beschäftigung bildete wohl den Höhepunkt der schriftstellerischen Auseinandersetzung Meinholds. Nach diesem deutschlandweiten Erfolg blieb ihm nur noch wenig Schaffenszeit. Er wurde nur 42 Jahre alt und starb am 14. Januar 1873 in Hochkirch in Niederschlesien. *Martin Stolzenau*



Einen schönen 1. Advent

„Wohin gehst du, Deutschland?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Wieder einmal ein wunderbarer Geschichts-Exkurs à la PAZ, danke dafür!“

Chris Benthe, Dresden

zum Thema: Als „dicker Lüderjahn“ verspottet (Nr. 45)



Ausgabe Nr. 46

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

DIE VERSTECKTEN KREUZE

ZU: DIE BOTSCHAFT DES KREUZES (NR. 45)

Ist es wirklich so verwunderlich, dass die beiden großen Kirchen in der Debatte um das Kreuz von Münster und die Bibelschrift am Berliner Stadtschloss nicht zu vernehmen sind? Was sollen sie denn auch sagen, wenn führende Vertreter dieser Kirchen wie Heinrich Bedford-Strohm und Reinhard Marx aller Welt vorgeführt haben, wie man Kreuz abhängt, und sei es nur das eigene Bischofskreuz. Man ist fast versucht, von Tradition zu sprechen. Hat doch schon Bedford-Strohms Amtsvorgänger als Landesbischof, Johann Friedrich, vor Jahren beim Besuch einer Synagoge in Würzburg sein Bischofskreuz unter dem Lutherrock verschwinden lassen. Auf ein abgehangenes Kreuz mehr oder weniger kommt es da gar nicht mehr an.

Edelbert Breu, Sulzbach-Rosenberg

AUSUFERNDER KLIMA-WAHN

ZU: ALS DAS WETTER BUNDESANGELEGENHEIT WURDE (NR. 45)

Der Autor hat die Entstehung und Geschichte der wissenschaftlichen Wettervorhersage von der Antike bis in die Neuzeit anschaulich und unterhaltsam beschrieben. Es wird auch deutlich, welchen bedeutenden Anteil in Europa deutsche Wissenschaftler und deren Förderer daran hatten.

Der Autor diskutiert auch, wie im Laufe der jüngsten 30 Jahre die wissenschaftlich fundierte Wetter-Prognose zu einer politisierten, hysterisch verformten spekulativen Klima-Vorhersage verformt wurde. Denn bei alledem muss man wissen: Schon der numerisch modellierten Wetterprognose sind aus naturwissenschaftlichen Gründen für einen prognostischen Zeitraum enge Grenzen gesetzt, alleine schon durch die unvollständige Bestimmung des Ausgangszustandes aufgrund eines beschränkten Stations-Messnetzes. Daher gibt es schon beim Compu-

ter-Start des Vorhersage-Modells etliche Ungenauigkeiten, die sich im Verlauf der Berechnungen von Tag zu Tag zunehmend nachteilig aufschaukeln.

Noch viel bedeutsamer ist, dass die Atmosphäre ein chaotisch-stochastisches System ist, das nur einen kleinen deterministischen (bestimmbaren) Anteil hat, den die internationalen Wetterdienste mittlerweile für etwa eine Woche im Voraus beherrschen. Je weiter nun das immer ausgefeiltere System komplexer mathematischer Differentialgleichungen in die Zukunft rechnet, umso mehr machen sich die unzureichenden Anfangsbedingungen sowie vor allem der dominierende chaotische Atmosphärenanteil bemerkbar: Je weiter sich die berechneten atmosphärischen Prozesse vom Modell-Ausgangszustand entfernen, umso mehr „vergisst“ die Atmosphäre diesen. Das Modell „schwappt aus dem Topf“.

Dabei hat die Atmosphäre zusätzlich die rechnerisch unbequeme Eigenschaft, dass die Energiekaskaden sich umkehren können. Vereinfacht veranschaulicht: Der Flügelschlag eines Schmetterlings kann über eine Ursachen-Wirkungs-Kette einen Wirbelsturm auslösen.

Bei alledem geht man davon aus, dass die Grenzen der Wettervorhersagbarkeit bei höchstens zwei Wochen liegen. Schon hierdurch ist erkennbar, wie unsinnig und letztlich unmöglich es ist, Klimavorhersagen für Jahrzehnte oder gar für Jahrhunderte zu erstellen. Dabei ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt, dass die Klima-Institute gar keine Prognosen rechnen, sondern Szenarien. Und die abnehmende Qualitätstreppe ist nun mal so: Messungen, Prognosen, Szenarien. Daher überrascht es kritische Naturwissenschaftler nicht, dass die modellierten Klimaszenerien seit 40 Jahren völlig daneben liegen – um etliche Grade zu hoch.

Und dennoch: Der DWD beteiligt sich maßgeblich an einem ausuferndem Klima-Wahn. Das ist der Nachteil staatlich finanzierter und somit politisch abhängiger Institute: „Wes Brot ich ess“, des Lied ich sing.“ Klaus-Eckart Puls, Wittenburg

RUSSISCHER TERROR

ZU: DAS DARF SICH NIE WIEDERHOLEN (NR. 45)

Die geäußerte Angst der Autorin ist nicht unberechtigt. Ich habe Anfang der 1950er Jahre haargenau die gleiche Szene vor einer Gaststätte erlebt, als ein russischer Offizier volltrunken und wütend auf seiner Uniformjacke herumtrampelnd, von einem russischen Überfallkommando zusammengeschlagen und in hohem Bogen auf den Lieferwagen geworfen wurde.

In meinem Wohnhaus bin ich heute von Russen, alle natürlich Besitzer von Eigentumswohnungen, sozusagen umzingelt und habe auch schon Erfahrungen mit Terror und ansatzweiser Gewalt machen müssen.

Dazu möchte ich erwähnen, dass ich von meinen relativ neuen russischen Vermietern, die selber durch deutsche Großzügigkeit Besitzer eines großen Hauses geworden sind, die Kündigung meiner Wohnung wegen Eigenbedarfs für ihren 22-jährigen Sohn bekommen habe. Ich bin 80 Jahre alt. Wohin gehst du, Deutschland?

Karin Johansen, Eisingen

DEUTSCHER GOLDESEL

ZU: KRITIK AM DEUTSCHEN ALLEINGANG (NR. 43)

Über das 200 Milliarden-Europaket kann man sicherlich zu Recht streiten. Kritik an Deutschland wird in der Regel solange nicht geübt, wie wir die Rolle des Goldesels übernehmen. Was hat Deutschland von gemeinsamen EU-Schulden? Nichts. Wir sind dann wieder der Goldesel. Wie geht es wohl Europa, wenn es Deutschland richtig schlecht geht?

„Angesichts der gemeinsamen Bedrohungen unserer Zeit können wir uns nicht aufteilen je nach Möglichkeit unserer Haushalte“, so Mario Draghi.

Doch man kann! Hier spricht er von Gemeinsamkeiten. Ansonsten gibt es in der EU jedoch immer weniger Gemeinsamkeiten. Heinz-Peter Kröske, Hameln

IN DEN UNTERGANG GEFÜHRT

ZU: WIDER DIE GROSSE TRANSFORMATION (NR. 45)

Es ist zu befürchten, dass der Artikel mehr unter die Rubrik „wishful thinking“ fällt. Natürlich wäre es höchst erstrebenswert, wenn der Spuk „Große Transformation“ in die Tonne der Wahnideen getreten würde, aber die meisten Deutschen sind sich überhaupt nicht im Klaren, was das eigentlich für sie bedeutet, und zudem sind sie viel zu bequem, sich damit auseinanderzusetzen. So schauen die meisten zu, wie unser Land, begonnen von Exkanzlerin Merkel, in gar nicht mehr kleinen Schritten dem Untergang entgegen geführt wird von unseren verblendeten Politikern.

Jürgen Schmidt, Ettlingen

POLITISCHE KLIMASCHÄDEN

ZU: EIN LAND UND SEINE BÜRGER IN DEN FÄNGEN GRÜNER IDEOLOGIE (NR. 44)

Es ist falsch, Habeck und Lemke zu unterstellen, sie hätten die Öffentlichkeit getäuscht. Sie haben die Öffentlichkeit belogen und Milliarden Schäden angerichtet, weil wegen der AKW-Stopp-Debatte die Strompreise explodiert sind und Millionen Tonnen CO₂ wegen unnötiger Gasverstromung statt AKW-Strom in die Luft geblasen wurden.

Peter Mading, Frankfurt am Main

EIN VORBILD AUS PREUSSEN

ZU: FRIEDRICH DER GROSSE IN POMMERN (NR. 41)

Auf ihn sollten sich die Menschen in Deutschland und Europa besinnen, hat er doch die Deutschen vereint, die Kleinstaaterei beendet und so ein stabiles und widerstandsfähiges Herz inmitten Europas ausgebildet. Ein besseres Beispiel und Vorbild kann es gar nicht geben, angesichts der Zeiten, in denen wir leben und die uns noch bevorstehen. Gregor Scharf

ANZEIGE

KOPP VERLAG
 Telefon (0 74 72) 98 06 10
 Telefax (0 74 72) 98 06 11
 info@kopp-verlag.de
 www.kopp-verlag.de
 Jetzt bestellen!
 Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Wasserstoff Was Sie über den Megatrend wissen müssen – und wie Sie davon profitieren

■ Stellen sie sich eine Welt vor, in der Flugzeuge mit Wasserstoff im Tank fliegen, Frachtschiffe schwerölfrei über die Meere gleiten und luftverpestende Diesel-Lkws von den Autobahnen verschwinden. Stattdessen surren Fahrzeuge, angetrieben mit Brennstoffzellen, über die Straßen und in den Häusern wärmen wasserstoffbetriebene Heizungen.

Das sind keine Fantasien oder Hirngespinnste, sondern das wird tatsächlich bald Wirklichkeit werden. Wasserstoff wird unsere Zukunft noch viel fantastischer machen, als wir uns das heute überhaupt vorstellen können.

Begleiten Sie den Bestsellerautor Michael Grandt auf seiner spannenden und faktenreichen Reise durch die Welt des Wasserstoffs. Erfahren Sie, warum das kleinste Element des Universums gerade **jetzt** die Lösung vieler Probleme sein kann – auch für Sie ganz persönlich! Mit vielen Beispielen beleuchtet der Autor den neuesten Stand der Forschung und beantwortet interessante Fragen wie:

- Was ist Wasserstoff eigentlich, wie wird er erzeugt und wie viel Energie liefert er?
- Warum werden Wasserstoff-Autos bald die E-Autos ablösen?
- Fliegen wir künftig nur noch mit Wasserstoff-Flugzeugen?
- Hat jeder bald ein »Minikraftwerk« im Keller?
- Kann Wasserstoff den ökonomischen Selbstmord Deutschlands verhindern?

Michael Grandt geht aber auch noch auf viele andere interessante Themen ein:

- Wie man aus Abfall Wasserstoff herstellen kann.
- Weshalb sich Tesla in Zukunft warm anziehen muss.
- Wie Sie Ihre eigene Energiewende gestalten.
- Welche innovativen Anlagen und Konzepte für Ihr Zuhause interessant sind.
- Wie Sie Wasserstoff selbst herstellen.
- Wie Sie mit nur 2,4 Litern Wasser bald Ihr ganzes Haus mit Strom versorgen können.
- Was es mit der Mini-Wasserstoff-Tankstelle in der Garage auf sich hat.
- Mit welchen Wasserstoff-Aktien Sie hohe Gewinne erzielen und vieles andere mehr.

Die Entwicklung schreitet mit Riesenschritten voran. **Wir stehen gerade an der Schwelle zu einer gigantischen Energie-Revolution.** Denn was Wasserstoff liefert, ist gewaltig!

Der »Megatrend Wasserstoff« hat gerade erst begonnen!

Michael Grandt
Megatrend Wasserstoff!
 Gestalten Sie Ihre ganz persönliche Energiewende
 KOPP

Michael Grandt: Megatrend Wasserstoff! • gebunden • 298 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 986 500 • 24,99 €

ADVENT

Zum Punsch mal kurz in die Alpen

Österreich glitzert an allen Ecken und Enden – Vorweihnachtlicher Zauber mit Adventsmärkten bis im letzten Winkel des Landes

VON HELGA SCHNEHAGEN

Schon im November eröffnen in Österreich die Weihnachtsmärkte. Denn es hat sich gezeigt, dass gerade die Vorweihnachtszeit viele Touristen ins Land lockt, besonders in die Städte.

Dennoch ist es gerade der **Wolfgangseer Advent** (bis 18.12.) im Salzkammergut, der auch nach 20 Jahren noch immer zu den schönsten im Land gehört. Der Erfolg seiner drei ganz unterschiedlichen Adventsmärkte beruht nicht nur auf dem leckeren hausgemachten Punsch, den regionalen Leckereien und dem liebevollen Kunsthandwerk, sondern vor allem auf einer verblüffend ideenreichen Dekoration von einzigartiger Authentizität.

Als i-Tüpfelchen kann man St. Wolfgang, St. Gilgen und Strobl per Schiff erreichen oder aus dem Adventszug auf den 1782 Meter hohen Schafberg einen Blick auf das Treiben werfen. Erstmals in diesem Jahr kann man von der Station Schafbergalm der Schafbergbahn auf dem Dreikönig-Erlebnisweg entlang traditioneller Krippen-Figuren aus dem Salzkammergut hinunter ins Tal wandern.

Rund 30 Kilometer weiter feiert **Salzburg** den Advent auf vier Kilometern. Das bequemste „Inhaltsverzeichnis“ liefert „Stadt wandern: Advent in Salzburg“ als Broschüre und im Internet. Die Route beginnt am Christkindlmarkt am Dom- und Residenzplatz (bis Neujahr) und führt in großer Schleife über den Weihnachtsmarkt am Mirabellplatz (bis 24.12.) bis zum Festungsadvent auf der Festung Hohensalzburg (bis 18.12.). Am Weg liegt in der Getreidegasse 39 die Sporer Likör- und Punschmanufaktur, die längst kein Geheimtipp mehr ist, sondern eine Institution, an der man nicht vorbeikommt.

Beim **Hellbrunner Adventzauber** (bis 24.12.) vor den Toren Salzburgs verwandelt sich die Schlossfassade mit ihren 24 Fenstern in einen überdimensionalen Adventskalender. Dabei entsteht vor dem Schloss ein Märchenwald aus über 700 Nadelbäumen, die mit 10.000 roten Kugeln und Lichterketten geschmückt sind. Die einheitlichen Holzbuden verbreiten trotz ihrer Schlichtheit winterliche



Fensterln im Adventsmarkt: Im Wolfgangseer Advent von St. Gilgen freuen sich die Budenbesitzer bis 18. Dezember auf Besucher

che Eleganz, und die Aussteller bieten eine dem Ort angemessene Qualität. Ein Fixpunkt ist die Weihnachtswelt für Kinder mit Ponyreiten, Streichelzoo, Weihnachtspostamt für den Brief ans Christkind und Weihnachtszug.

„So schmeckt Wien“ im Advent

Wer die Kulisse von Schlössern mag, kommt in **Wien** voll auf seine Kosten. Im Ehrenhof von Schloss Schönbrunn sorgen beim Kultur- und Weihnachtsmarkt (bis 4.1.) unzählige Lichter und über 80 liebevoll dekorierte Hütten für feierliche Stimmung und die Möglichkeit zum Kauf hochwertiger Geschenke.

Unter dem Motto „So schmeckt Wien“ wartet Schloss Belvedere gleich mit einem ganzen Weihnachtsdorf (bis 23.12.) voller lukullischer Genüsse und edlem Kunsthandwerk auf. Der Advent im Gartenpalais Liechtenstein (bis 23.12.) findet dieses Jahr zum zweiten Mal statt und gilt noch

als Geheimtipp für alle, die es beschaulicher mögen.

In Wiens Innenstadt findet man an fast jeder Ecke weitere Adventsmärkte. Bekanntester und größter mit über 100 Ständen ist der Wiener Christkindlmarkt am Rathausplatz (bis 8.1.). Schlittschuhläufer können dazu eine Runde auf der Kunsteisbahn drehen. Für Kinder gibt es im Park eine besondere Weihnachtswelt mit eigener Eislauffläche.

Hier eine Auswahl der weiteren Märkte: Traditionsbewusste kommen beim Alt-wiener Christkindlmarkt auf der Freyung (bis 23.12.), beim Weihnachtsmarkt Am Hof (bis 23.12.) oder beim Weihnachtsdorf am Stephansplatz (bis 26.12.) auf ihre Kosten. Liebhaber von Kunsthandwerk sollten dem Weihnachtsmarkt am Spittelberg (bis 23.12.) oder dem Art Advent am Karlsplatz (bis 23.12.) einen Besuch abstatten. Auch das Weihnachtsdorf am Maria-Theresien-Platz (bis 26.12.), zwischen

dem Kunsthistorischen und dem Naturhistorischen Museum, und das Weihnachtsdorf am Campus der Universität Wien (bis 23.12.) sind beliebte Treffpunkte. Mit Kindereisenbahn und Nostalgie-Karussell ist der Campus bei Familien sehr beliebt.

Ganz im Zeichen von Kulinarik steht der Advent-Genussmarkt bei der Oper (bis 31.12.). Aus dem Rahmen fällt der Wintergarten im MuseumsQuartier, kurz MQ, (bis 9.1.). Mit spektakulären Kunstprojekten und beliebten Klassikern vereint der Innenhof des MQ Tradition mit Avantgarde.

Sparsame Weihnachtsmärkte

Natürlich ist Energie auch in Wien ein Thema, wo die Weihnachtsbeleuchtung zwar reduziert, aber nicht vermieden wird. Die Pressestelle teilt dazu mit: „Die allgemeine Beleuchtungszeit wird auf den Zeitraum vom 18. November 2022 bis zum

8. Januar 2023 verkürzt. Außerdem wird sie an diesen Tagen von 15 bis 22 Uhr leuchten, statt wie in den vergangenen Jahren bis Mitternacht.“

Bereits vor etwa zehn Jahren, so heißt es weiter, wurde damit begonnen, die Weihnachtsbeleuchtung auf LED-Lampen umzustellen. Der gesamte Energieverbrauch werde daher nur noch bei rund 49.000 Kilowattstunden liegen, was dem Jahresverbrauch von 14 Wohneinheiten mit je vier Personen entspricht.

Auch **Innsbruck** in Tirol geizt nicht mit Weihnachtsmärkten. Sechs von ihnen stehen auf der Liste. Zu Füßen des Goldenen Dachl ist der Altstadt-Christkindlmarkt (bis 23.12.) der traditionellste. Der modernste ist der Christkindlmarkt in der Maria-Theresien-Straße (bis 6.1.) mit funkelnden Leuchtbäumen und moderner Lichtgestaltung. Auch in diesem Jahr werden die zwei markanten Riesen-Christbaumkugeln wieder leuchten.

Graz in der Steiermark vermeldet vier Weihnachtsmärkte. Im Mittelpunkt steht der Christkindlmarkt am Grazer Hauptplatz (bis 23.12.). Vom Rathaus bis zum Christbaum in seiner Mitte erstrahlt dabei eine magische Lichterallee. Und über die weißen Dächer der Adventshütten tanzen märchenhaft weihnachtliche Lichtprojektionen.

Auch auf dem Christkindlmarkt am barocken Hauptplatz von **Linz** (bis 24.12.) in Oberösterreich leuchtet und glitzert es an allen Ecken und Enden. Die Stände rund um den Weihnachtsbaum erhalten durch die Pyramiden auf ihrem Dach einen zeitgenössischen Eindruck, der dieser der Moderne zugeneigten Stadt entspricht. Familien zieht es in den Weihnachtsmarkt im Volksgarten (bis 24.12.) gleich beim Hauptbahnhof.

Es gibt kaum einen Ort in Österreich, der nicht um die Magie des Advents ringt. Viele Weihnachtsmärkte werden außerdem von weihnachtlichen und volkstümlichen Klängen umhüllt. Vollerorts sind Turmbläser am Werk, und zu immer mehr Märkten wird für Groß und Klein ein ständig erweitertes Rahmenprogramm geboten. Man sieht: Österreich fährt in der Adventszeit so manches auf, damit auch dann nicht die Touristen ausbleiben.

SACHSEN

Sorbische Adventszeit

Auf einem der ältesten Weihnachtsmärkte in Deutschland: Der Wenzelsmarkt in Bautzen

Bereits zum 639. Mal veranstaltet die Stadt Bautzen ihren Weihnachtsmarkt. Damit ist er in Deutschland der älteste in einer Chronik genannte Weihnachtsmarkt. Von diesem Wochenende an hat man bis zum 22. Dezember die Gelegenheit, über den Markt zu bummeln, der von dem mittelalterlichen Flair der über 1000 Jahre alten Stadt in der Oberlausitz geprägt ist. Bereits 1384 verlieh der damalige böhmische König Wenzel der Stadt Bautzen das Recht, einen Fleischmarkt in der Vorweihnachtszeit abzuhalten. Daher heißt der Bautzener Weihnachtsmarkt auch heute noch Wenzelsmarkt.

Die beeindruckende Szenerie der Bautzener Altstadt, die festlich geschmückten Buden, das glitzernde Lichtermeer – all das sorgt für eine besinnliche und romantische Atmosphäre. Neben verschiedenen kulinarischen Köstlichkeiten finden man hier traditionelles Kunsthandwerk, regionale Produkte sowie ein vielfältiges Programm. Auf dem histori-

schen Buttermarkt wartet zudem eine Eisbahn auf die Schlittschuhläufer. Inmitten der geschichtsträchtigen Gebäude lohnt es sich bei einem winterlichen Bum-

mel ebenso, die vielen liebevollen Läden zu entdecken.

Doch nicht nur architektonisch hat Bautzen einiges zu bieten, auch diverse

kulturelle Höhepunkte sollen die Besucher anlocken. Gerade an kalten Wintertagen lohnt sich ein Besuch im Deutsch-Sorbischen Volkstheater, dem einzigen professionellen bikulturellen Theater Deutschlands. Diverse Aufführungen verzaubern Groß und Klein und sorgen für kulturellen Hochgenuss.

Das gelebte Miteinander von Deutschen und Sorben, einer slawischen Minderheit, die ihre eigene Sprache, Kultur und farbenfrohen Bräuche seit Jahrhunderten liebevoll pflegt, ist allgegenwärtig. Ob in der Sorbischen Kulturinformation, dem Sorbischen Museum, im Theater oder bei einem Restaurantbesuch – es gibt viel zu entdecken. Neben verschiedenen handwerklichen Kursen, zum Beispiel zum Verzieren von Weihnachtskugeln oder zur Holzschnitzerei, wird es auch eine sorbische Führung durch Bautzen geben.

Mandy Kohlert/H. Tews



Viel mittelalterliches Flair: Der Wenzelsmarkt auf dem Kornmarkt

BRANDENBURG

Ein Sternenfest in Potsdam

Zum zweiten Adventswochenende lädt vom 2. bis 4. Dezember der polnische Sternenmarkt mit dem Sternenfest auf den Kutschstallhof des Hauses der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte (HBPG) nach Potsdam ein. Polnische Künstler und Kunsthandwerker bieten an 45 Marktständen ihre phantasievollen, handgefertigten Kreationen zum Verkauf an. Das Sternenfest, das die drei Marktstage begleitet, ist mittlerweile zu einem wahren Kulturfestival geworden: Zehn Gruppen mit etwa 120 Künstlern sorgen für ein lebendiges Programm mit Jazz, Klezmer- und Brass-Blasmusik, Chorgesang, Trachtentanz und Theaterstücken.

tws

● Kutschstall, Am Neuen Markt 9, Potsdam, geöffnet Freitag von 16 bis 20 Uhr, Sonnabend und Sonntag ab 11 Uhr, Eintritt: 3 Euro. www.gesellschaft-kultur-geschichte.de

● www.wenzelsmarkt.de

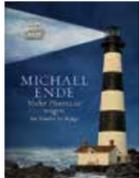
● FÜR SIE GELESEN

Michael Ende
als Lyriker

Michael Ende erschuf nicht nur eine Welt, sondern viele. In seinen Texten liegt eine ganz eigene, etwas düstere Stimmung, ein Kribbeln, das sich am Ende seiner Geschichten in ein Wohlgefühl umwandelt und weiter im Leser nachklingt.

„Momo“ oder „Jim Knopf“ sind vermutlich in jedem Haushalt bekannt, aber Endes Gedichte sind es eher nicht. Der Thiele Verlag hat sich dieser Lücke angenommen und unter dem Titel „Ein Mädchen aus Papier. Traumlieder und Gedichte“ eine Gedichtsammlung herausgegeben. 41 Gedichte werden in sechs Themenbereiche wie „Trödelmarkt der Träume“, „Balladen und Moritaten“ oder „Kinder, lasst uns Unsinn machen“ eingeteilt. Der Gedichtband ist sehr schön gebunden und gedruckt.

Wer Ende und dessen Motivation noch besser kennenlernen möchte, dem wird mit „Mehr Phantasie wagen“ ein weiterer Band angeboten, der ebenso schön gebunden und gedruckt ist wie der Gedichtband. Hierin sind Endes Texte enthalten, die eben über dies Auskunft geben, warum und wie er seine Texte geschrieben hat und aus welchem Fundus, und das in seinen wundervollen Worten und Bildern. CRS



Michael Ende: „Mehr Phantasie wagen. Ein Manifest für Mutige“, Thiele Verlag, Wien und München 2019, gebunden, 159 Seiten, 14 Euro und „Ein Mädchen aus Papier. Traumlieder und Gedichte“, ebenda, 125 Seiten, 12 Euro

Erinnerungen
sind wichtig

Den ostpreußischen Autor Arno Surminski muss man nicht mehr vorstellen. Im Husum Verlag hat er sein neuestes Werk „An der Haltestelle oder Die Freuden des Alters“ herausgegeben. Hierin erzählen zwei Bewohner eines Altenheims von ihren ausgedachten Erlebnissen.

Jeden Tag setzen sie sich an die eigens eingerichtete Haltestelle, an der jedoch in Wirklichkeit kein Bus hält. Der Fahrplan aber zeigt die Ziele Stettin, Breslau, Danzig, Prag und Königsberg an. Hannes und Walter erzählen jeden Tag beim Abendessen von ihren erdachten Abenteuern, mal geht es zu den Bremer Stadtmusikanten, mal erleben sie das Wunder von Bern, oder sie reisen nach Helgoland, wo sie Heinz Rühmann treffen und mit Hans Albers lustig singen. Nach dem Abendessen wird mit allen Bewohnern tatsächlich gesungen. Surminskis Haltestellengeschichten sind flott erzählt, haben einen wahren Kern und machen einfach Spaß. CRS



Arno Surminski: „An der Haltestelle oder Die Freuden des Alters“, Husum Verlag, Husum 2022 gebunden, 127 Seiten, 12,95 Euro

Stadt am Meer

Der Husum-Adventskalender zeigt hinter den Türchen bekannte und überraschende Winkel des mit Theodor Storm verbundenen Ortes



FOTO: PA

„Graue Stadt am Meer“ nannte der Schriftsteller Theodor Storm seine Geburtsstadt Husum. Dass sie ganz und gar nicht grau ist, kann man jeden Tag im Dezember sehen, wenn man die Türchen des Adventska-

lenders öffnet. Fotos von Günter Pump mit Erläuterungen zeichnen ein farbenfrohes, lebendiges Bild der Stadt mit ihren historischen Bürgerhäusern, Kirchen, Schlössern, Museen und zahlreichen Denkmälern. MRK



„Husum-Adventskalender“. Fotos von Günter Pump, Format 34 x 24 cm, Husum Verlag, Husum 2022, 8,95 Euro

GESELLSCHAFT

Kritik, die ins
Schwarze trifft

In ihrem Buch „Die vierte Gewalt“ rügen der Publizist Harald Welzer und der Philosoph Richard David Precht die deutschen Mainstream-Medien

VON DIRK KLOSE

Getroffene Hunde bellen. Da hatten der Publizist Harald Welzer und der Philosoph Richard David Precht im Spätsommer ihr Buch „Die vierte Gewalt“ veröffentlicht, das gleichermaßen auf Interesse, Ablehnung und Diffamierung stieß. In der journalistischen Zunft wurde es als Beleidigung empfunden, ihr vorzuwerfen, sie mache Mehrheitsmeinungen, die gar keine seien. Es kam zu wütenden Streitgesprächen, und beide Autoren, zuvor gern gesehene Gäste in Talkshows, sahen sich Knall auf Fall vor die Tür gesetzt.

Kernthese dieses mit Verve geschriebenen Buches ist der Vorwurf an die etablierten Medien, sie würden nicht mehr, was ihre Aufgabe sei, die Politik kontrollieren und kritisch begleiten, sondern sie machten selber Politik und trieben in Bund und Ländern die Politiker vor sich her, maßten sich damit Befugnisse an, die ihnen nicht zustehen. So komme es zwangsläufig dazu: „Ein Betrieb dreht hohl, produziert vor allem für sich selbst und erstickt fast an seinen Eitelkeiten.“

Das bringe auch mit sich, dass die Meinungsvielfalt immer weiter zurückgehe. Verstärkt werde dieser Zustand durch die sich explosionsartig ausbreitenden sozialen Medien. Hier, so sagen beide, gehe es nicht um Fakten, sondern um Meinungen. Vielleicht etwas zu polemisch äußern sie: „Ein personalisierender, sensationierender und moralisierender Journalismus kann

mit Dilemmata und Ambivalenzen nichts, aber auch gar nichts anfangen.“

Welzer und Precht bringen bedrückende Beispiele, wie abweichende Meinungen aggressiv angegriffen, Personen mit Häme überzogen und oft derart bedroht werden, dass sie sich aus dem öffentlichen Medieneben zurückziehen. Der Ukrainekrieg ist für sie das anschaulichste Beispiel. Wer in Politik und Journalismus nicht im Mainstream mitschwimme, laufe, so sagen sie, Gefahr, zum „Outlaw“ zu werden. Als Beispiele nennen sie den Brief der „Emma“-Redaktion an Bundeskanzler Olaf Scholz, sich für Verhandlungen einzusetzen.

Ganz unschuldig an dieser „demokratiefährdenden“ Entwicklung sei aber auch die Politik nicht. Sie lasse zu, dass die Medien über die Dramaturgie eines Wahlkampfes entscheiden und nicht sie selbst. Wie so oft folgt einer temperamentvollen Diagnose ein etwas konventioneller Vorschlag zur Therapie. Medien, ob Presse oder Sender, sind nun einmal dank ihrer Reichweite die vierte Gewalt in der Demokratie. Sie müssen sich schon fragen lassen, ob sie dieser Funktion noch gerecht werden.



Richard David Precht/ Harald Welzer: „Die vierte Gewalt. Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist“, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 2022, gebunden, 288 Seiten, 22 Euro

POLITIK

Mit Zuckerbrot
und Peitsche

Der Psychologe Florian Willet klärt in seinem informativen Buch darüber auf, mit welchen Tricks politische Parteien Menschen beeinflussen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Irgendein Zyniker aus der Wirtschaft hat den höchst einprägsamen Spruch kreiert: „Führung ist die Kunst, die Mitarbeiter so geschickt über den Tisch zu ziehen, dass sie die Reibungshitze als Nestwärme empfinden.“ Und genau das scheint mittlerweile auch für die Politik hierzulande zu gelten. Diejenigen, die regieren oder zumindest das politische Klima prägen wollen, greifen gerne und tief in die machiavellistische Trickkiste, um Macht und Einfluss zu erhalten und den Bürgern ein X für ein U vorzumachen. Welcher Techniken sie sich dabei im Einzelnen bedienen, beschreibt der Verhaltensökonom, Rechtswissenschaftler und Kommunikationspsychologe Florian Willet in seinem sehr informativen Buch „Wie uns die Parteien über den Tisch ziehen!“

Dabei analysiert er zunächst das Umfeld, in dem die Parteipolitiker agieren, bevor dann 19 einzelne „Spielchen“ zur Sprache kommen, als da wären: Der Einsatz von Habitus und Rhetorik im Rahmen eines Polit-Entertainments; das Abgeben immer neuer falscher Versprechungen in der berechtigten Hoffnung auf die Vergesslichkeit der Bürger beziehungsweise Wähler; das Schüren von Illusionen, was die Unverzichtbarkeit der Politiker und Parteien betrifft; das unablässige Spalten der Gesellschaft in leichter zu beherrschende Minderheiten; die Anwendung des rhetorischen Zensurkonzeptes der sogenannten Politischen Korrektheit;

die opportunistische Orientierung an der Mehrheitsmeinung („Mir nach, ich folge Euch!“); das Hausieren mit schwammigen Konzepten, um sich als „volksnah“ zu gerieren; die Instrumentalisierung tatsächlicher oder angeblicher Experten; das Spiel mit den Abstiegsängsten und Aufstiegshoffnungen der verschiedenen Schichten der Bevölkerung; das Zurechtbiegen von Statistiken; die Einteilung der Welt in Freund und Feind samt spontaner Umdefinierung der Grenzlinien, wenn es nützlich erscheint; das Verstecken unerwünschter, aber nicht zu leugnender Informationsnadeln in einem Heuhaufen der Belanglosigkeit; die Diffamierung sämtlicher Argumente der Gegenseite als „unzulässig“; die Verleumdung politisch Andersdenkender als „Verschwörungstheoretiker“; das Schwingen der Populismuskeule; das Appellieren an vermeintliche Tugenden; die schleichende Unterwanderung oder Kaperung von Institutionen der Konkurrenz; der Ideendiebstahl, wo er sich nur immer anbietet und schlussendlich auch das „Erziehen“ mittels Zuckerbrot und Peitsche.



Florian Willet: „Wie uns die Parteien über den Tisch ziehen! Ein Blick in die machiavellistische Trickkiste“, Solibro-Verlag, Münster 2021, broschiert, 229 Seiten, 16,80 Euro

KURT HIRSCHFELD

Ein ostpreußischer Arzt im Berliner Widerstand

Posthum als „Gerechter unter den Völkern“ in der Gedenkstätte deutscher Widerstand geehrt

VON BETTINA MÜLLER

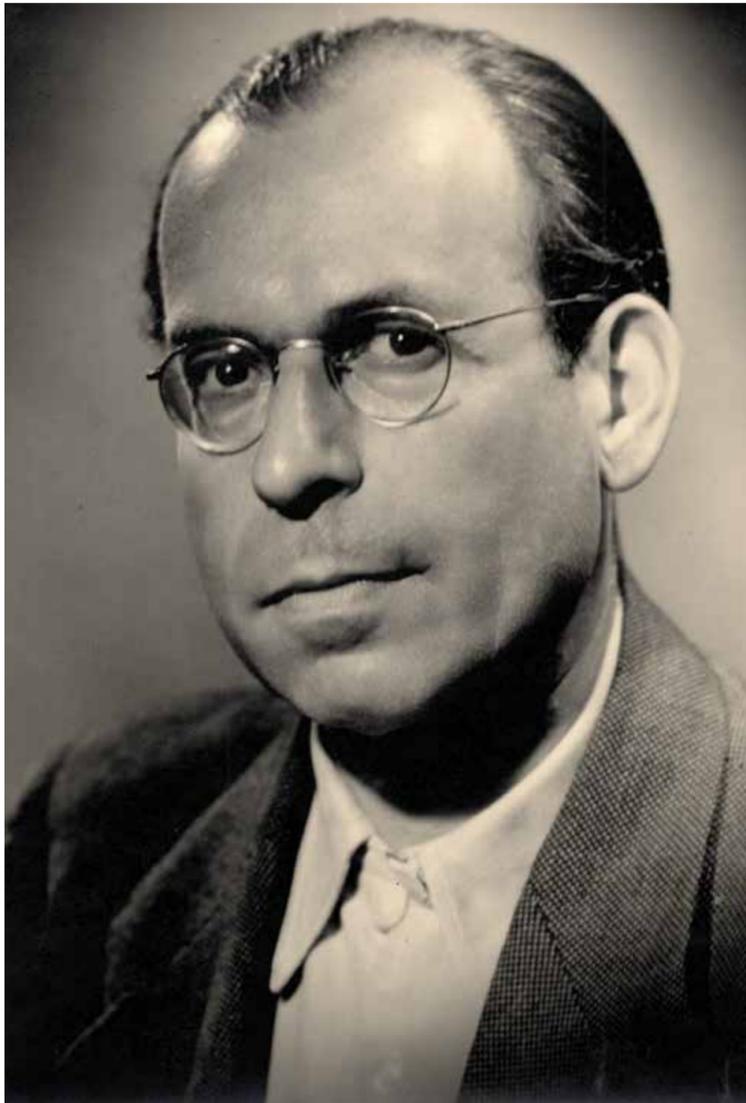
Braunsberg im Ermland vor 1945: eine katholische Enklave im ansonsten evangelischen Ostpreußen. Auf Polnisch heißt die Stadt Braniewo. Sie liegt unweit der Grenze zum russischen Königsberger Gebiet. Eine kleine jüdische Gemeinde gibt es auch im Ort. Die Menschen sind in das Stadtleben integriert. Seit die ersten Juden am Anfang des 19. Jahrhunderts in die Stadt kamen, ist das Verhältnis zu den christlichen Mitbürgern gut. So gut sogar, dass man 1853 dem jüdischen Kinderarzt Jacob Jacobson die Ehrenbürgerwürde der Stadt verleiht, was in dieser Zeit eine Seltenheit ist.

Jüdische Ärzte genießen dort einen hervorragenden Ruf, so auch der Kinderarzt Wilhelm Wiener, der Vater des Schriftstellers Josef Wiener, der sich später in Berlin niederlässt, wo er ein Mietshaus in der Maaßenstraße kauft.

Lange Zeit hat es der aufkeimende Nationalsozialismus in der Stadt schwer, dort, wo man lieber Gott statt einem mörderischen Diktator huldigt. Doch auch in Braunsberg kippt irgendwann die Stimmung, und offener Hass bricht aus. 1938 brennt die Synagoge und wird dem Erdboden gleichgemacht. Im selben Jahr erreichen die Nationalsozialisten mit dem „Reichsbürgergesetz“ ihr Ziel, die noch im Reich verbliebenen jüdischen Ärzte „auszuschalten“. Den Mediziner wird Ende September 1938 die Approbation entzogen. Als sogenannte „Krankenbehandler“ oder auch „Judenbehandler“ müssen diejenigen, die geblieben sind, nun ihr entrechtetes Dasein fristen, bezahlt werden sie für ihren Arbeitseinsatz nicht. 709 jüdische Ärzte leben im Oktober 1938 unter diesen unzumutbaren Bedingungen im Deutschen Reich – von vormals 8000 Ärzten, die dort vorher praktiziert hatten.

Als „Krankenbehandler“ unentgeltlich im Einsatz

Auch der Ostpreuße Kurt Hirschfeld gehört zu der Zielgruppe dieser Schikanen. Hirschfeld wird, wie seinem Lebenslauf in dem Buch „Juden im Widerstand“ (1993) zu entnehmen ist, 1898 in Braunsberg als Sohn des jüdischen Zahnarztes Julius Hirschfeld und seiner Frau Martha geb. Laserstein geboren. Seine Familie



Ein „Gerechter unter den Völkern“: Der aus Braunsberg gebürtige Arzt Kurt Hirschfeld wurde 2018 in Berlin geehrt

Foto: gdw-berlin

ist in Braunsberg alteingesessen, sie ist kurz nach dem 1812er Edikt in die Stadt gekommen.

Die Familie Laserstein wiederum, zu der auch die Berliner Malerin Lotte Laserstein gehört, stammt aus Preußisch Holland. Hirschfeld studiert in Königsberg, und nach einer mehrjährigen Fachausbildung eröffnet er dort auch seine Praxis. 1936 wird er gezwungen, sie aufzugeben, und er übersiedelt nach Berlin.

Vielleicht hat er gehofft, in der Anonymität der Großstadt Schutz zu finden,

doch es kommt anders. Zunächst heiratet er 1937 in Berlin die Orthopädin Charlotte Rector, auf dem Standesamt ist auch sein Vater anwesend, der eigens aus Braunsberg angereist ist. Doch die Ehe wird schnell überschattet. Vom 1. Oktober 1938 bis April 1940 darf Hirschfeld nicht mehr praktizieren, daher verdient er sich als Orthopädiemechaniker seinen Unterhalt. Bis 1940 hat Hirschfeld Berufsverbot, dann zwingt man ihn dazu, am Jüdischen Krankenhaus als „Judenbehandler“ zu arbeiten.

Ihm schlägt seitens der Nationalsozialisten ein besonderer Hass entgegen, der Grund: Sein Halbbruder Fritz aus der zweiten Ehe des Vaters war sozialdemokratischer Redakteur und Leiter des Wirtschaftsressorts der „Danziger Volksstimme“. Den Bruder hat man bereits 1933 zusammen mit dem Herausgeber der „Danziger Volksstimme“, Erich Brost, verhaftet. Fritz Hirschfeld wird am 8. Mai 1942 im Vernichtungslager Kulm ermordet. Alle Bemühungen seiner nichtjüdischen Ehefrau, der Schauspielerin Lona Berlow, ihn zu retten, sind umsonst gewesen. Lona Schwester, die Sekretärin Edith Berlow, hat sich in der Zwischenzeit in Kurt Hirschfeld verliebt, der seit 1937 von seiner Ehefrau in Scheidung lebt, doch eine Heirat ist für die beiden laut „Nürnberger Rassegesetze“ verboten.

Am 18. November 1942 tauchen sie schließlich in die Illegalität ab, weil Kurts Name auf einer der Transportlisten in die Konzentrationslager steht. Rechtzeitig gewarnt wird er von Vertrauensleuten im Büro der Jüdischen Gemeinde. Die Wohnung seiner Frau in der Grolmanstraße wird zunächst sein Unterschlupf, doch es folgen aus Sicherheitsgründen noch mehrere Wohnungswechsel, und er ist mit gefälschten Papieren unterwegs, getarnt als „Heinz Gützlaff“, der eigentlich Hirschfelds Freund ist. Seine eigenen Papiere hat Gützlaff als gestohlen gemeldet, und so erhält Hirschfeld eine temporäre neue Identität. Oft kommt er bei Freunden unter, sucht Schutz auf dem Land, so zum Beispiel im märkischen Brodowin.

Für Kurt und Edith kommt es nicht infrage, sich kampflos ihrem Schicksal zu ergeben. „Gemeinschaft für Frieden und Aufbau“ heißt die Widerstandsgruppe rund um Werner Scharff, der sie sich angeschlossen haben. Vor allem Edith Berlow gehört zu den mutigen Frauen, die sich unter stetiger Lebensgefahr in Berlin bewegen und die Anti-Kriegs-Flugblätter verteilen, in denen ausdrücklich zum Widerstand aufgerufen wird, immer auf der Hut vor den Häschern der Nationalsozialisten. Die so anderen einen Hoffnungsschimmer geben wollen. Und davon gibt es viele. Andere Juden, die ebenfalls nicht passiv ausharren wollen, schließen sich der Gruppe um Herbert Baum an, dessen Ehrengrab der Stadt

Berlin man heute auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee findet. Ebenfalls im Berliner Untergrund lebt die Gruppe „Chug Chaluzi“ (Pionierkreis), deren Mitglieder sich aus der zionistisch geprägten Jugendbewegung rekrutieren und die sich erfolgreich der Deportation haben entziehen können.

Edith und Kurt Hirschfeld haben das Grauen des Zweiten Weltkriegs und die Judenverfolgungen überlebt. Hirschfeld arbeitet nach dem Zweiten Weltkrieg noch drei Jahre in Berlin als Chefarzt am Rudolf-Virchow-Krankenhaus. Anfang 1948 verlassen sie, mittlerweile sind sie ein Ehepaar, Deutschland und wandern

„Wer immer ein Menschenleben rettet, hat damit gleichsam eine ganze Welt gerettet“

nach Amerika aus, wo sie am 5. Februar ankommen, und Hirschfeld weiterhin als Arzt praktizieren kann.

Kurt Hirschfeld verstirbt 1971, seine Witwe zieht es trotz allem wieder nach Deutschland, wo sie in West-Berlin ihre letzten Lebensjahre verbringt.

Vor 30 Jahren, am 4. Oktober 1992, wurde Edith Hirschfeld-Berlow mit dem Ehrentitel „Gerechte unter den Völkern“ bedacht, der in Israel seit der Staatsgründung 1948 an nichtjüdische Personen verliehen wird, die sich selbst in Gefahr begaben, um jüdische Menschen vor dem Tod zu retten. Dokumentiert wird der Titel stets in der Gedenkstätte Yad Vashem, unter anderem durch ein Ehrenzertifikat und eine Ehrenmedaille.

Am 7. November 2018 wurde schließlich auch Kurt Hirschfeld posthum geehrt, als der israelische Botschafter in Deutschland dessen beiden Kindern die Auszeichnung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand überreichte. Seine Ehrenmedaille trägt die Aufschrift: „Wer immer ein Menschenleben rettet, hat damit gleichsam eine ganze Welt gerettet.“

JUBILÄUM

Vor 140 Jahren wurde der Schiffbauer Paul Lindenau geboren

Seine Werft wurde zu einem Wahrzeichen der Stadt Memel – Ihr Gründer wird bis heute geehrt

Im November dieses Jahres jährt sich zum 140. Mal der Geburtstag eines der bedeutendsten Persönlichkeiten der jüngsten Geschichte der Stadt Memel – des Unternehmers, Ingenieurs und Schiffbauers Paul Lindenau. Dem am 6. November 1882 in Wehlau geborenen Ostpreußen verdankt die Stadt eines ihrer Wahrzeichen, den Helling, auf dem Gelände der ehemaligen Lindenauwerft. Im Komplex mit den noch erhaltenen Gebäuden der Schmiede, der Rohrwerkstatt, der Maschinenhalle und der Boots- und Jachthalle ist sie das einzige Denkmal des industriellen Schiffbaus auf dem Gebiet des heutigen Litauens.

Lindenau gründete 1919, in unsicheren Zeiten, die Lindenauwerft auf dem linken Ufer der Dange. Hilfreich war bei diesem Entschluss sicherlich der erteilte Staatsauftrag über vier zu bauende Boote, die

für den Lotsen-, Rettungs- und Zolleinsatz bestimmt waren.

Schnell entwickelte sich der Betrieb zur modernsten Werft im Baltikum. Nicht nur, dass Holz- und Eisenschiffe gebaut wurden, Lindenau errichtete auch eine Gießerei, ein Elektrizitätswerk und eine Maschinenfabrik, in der in den 1920er Jahren auch Omnibusse hergestellt wurden. Aus der Vielzahl der gebauten Schiffe ragten neben dem Vollmetallschiff „Cattaro“ und den Umkehrfähren für die Verbindung zur Nehrung vor allem die „Helgoland“ heraus, ein für 2000 Passagiere ausgelegtes Schiff der Hapag Linie für den Seedienst Ostpreußen. Dieses Schiff war mit einem turboelektrischen Antrieb ausgerüstet, ein weit in die Zukunft weisender Schritt und absolutes Novum in dieser Zeit.

Die Werft war, wie alle anderen Werften auch, im Zweiten Weltkrieg beim Bau von Militärschiffen, vor allem Minenräumern, beteiligt. In welchem Maße dazu Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, bleibt Gegenstand zukünftiger Forschung. Fakt ist jedoch, dass Lindenau mit einem genialen Schachzug die Rettung der Werft



Memel: Ehemalige Lindenauwerft

FOTO: MEMELINGEN

vor der anrückenden sowjetischen Armee gelang. Er ließ sein größtes Schwimmdock seefest machen und evakuierte mit diesem sowohl Maschinen und Ausrüstung als auch die verbliebenen Arbeiter mit ihren Familien nach Schleswig-Holstein. In Kiel existiert die Werft, wenn auch nicht mehr in Familienbesitz, als Teil der German Naval Yards Holding weiter.

Man könnte annehmen, dass damit die Geschichte und die Erinnerung an Lindenau in Memel beendet wäre. Als aber im Jahr 2020 die Ausbildungsabteilung der Werft „Klaipeda“ und die Berufsschule für Schiffbau und -reparatur zusammengelegt wurden, erhielt die neugeschaffene Institution den Namen „Seefahrer-Ausbildungszentrum Paul Lindenau“. Die dort vermittelten Berufe um-

fassen neben traditionellen Werftberufen (Schiffsbauer und -ingenieure, Schweißer, Elektriker, Anlagen-, Schiffssysteme- und Klimaspezialisten), Matrosenausbildung, Spediteure und Schiffsservicemitarbeiter (Köche und Stewards). Der Leiter des Ausbildungszentrums Egidijus Skarbalius sagte: „Paul Lindenau ist eine außergewöhnliche Persönlichkeit, dank derer vor mehr als hundert Jahren in Litauen ein Durchbruch im Schiffbau und in der Reparatur begann. Sich nach diesem Schiffingenieur zu nennen, ist nicht nur eine Ehre, sondern auch eine Verpflichtung, die Kontinuität der beruflichen Ausbildungstraditionen zu gewährleisten und Spezialitäten im Zusammenhang mit der maritimen Technik und Industrie weiter zu fördern.“

Heiko Kressin

● AUFGESCHNAPPT

An Leipziger Kirchen ist derzeit auf großen Transparenten zu lesen: „22 ist nicht 89. Wir leben in keiner Diktatur!“ Gemeint ist die Situation in der untergehenden DDR im Vergleich zur Gegenwart. Man gibt sich kämpferisch, natürlich auf der richtigen Seite, garniert mit einem trotzigem Ausrufezeichen. Abgesehen davon, dass derartige politische Positionierungen den Kirchen nicht anstehen und zur Vertiefung der gesellschaftlichen Gräben beitragen, dürften die Transparente dem Anliegen einen Bärendienst erweisen. Niemand wird ernsthaft behaupten wollen, dass wir im Jahr 2022 in Deutschland in einer Diktatur leben. Vielfach spürbar ist allerdings, dass in puncto Demokratie und Freiheit eine beträchtliche Schiefelage entstanden ist. Genannt seien nur der sich immer weiter verengende Meinungskorridor zugunsten rot-grünkonformer Ansichten oder der Umgang mit den Kritikern der Corona-Maßnahmen. Auf genau diese Schiefelage machen die Kirchen mit ihrer Aktion ungewollt aufmerksam. *E.L.*



Jetzt muss wiederholt werden.

● STIMMEN ZUR ZEIT

Für den Finanzexperten Thomas Mayer ist die Zukunft des Euro ausgemacht. In der „Welt“ (18. November) prophesiert er:

„Noch nie in der Geschichte hat eine so konstruierte Währungsunion souveräner Staaten überlebt, und es ist nicht die Frage, ob, sondern wann und wie diese Währungsunion zerfallen wird.“

Für Alexander Neubacher ist das „Bürgergeld“ genau der falsche Weg, wie er im „Spiegel“ (12. November) schreibt:

„Das Ziel der Regierung sollte es sein, mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Mit dem Bürgergeld macht sie das Gegenteil, sie entwertet Arbeit. Die SPD ist dabei, einen historischen Fehler zu begehen. Noch mal August Bebel: ‚Ohne Arbeit kein Genuss, keine Arbeit ohne Genuss.‘“

Auch Gabor Steingart weist im „Focus“ (21. November) auf einen zentralen Webfehler des geplanten „Bürgergelds“ hin:

„Schon mit einem geringfügigen Maß an Schwarzarbeit, wir reden über einen Wirtschaftsbereich, der pro Jahr rund 326 Milliarden Euro umsetzt, übertrumpft der staatliche Leistungsbezieher den privaten Leistungserbringer. Das ist in den Augen der hart arbeitenden Menschen nicht respektvoll, sondern frustrierend. Der fleißige und gleichwohl steuererliche Arbeiter oder Angestellte ist plötzlich der Dumme.“

Der Erfolgsautor Uwe Tellkamp („Der Turm“, zuletzt: „Der Schlaf in den Uhren“) sieht im Klimakampf untergründige Reflexe wirken, wie er auf „reitschuster.de“ (20. November) preisgibt:

„CO₂ und Elektroautos sind ja nichts anderes als Ablassgegenstände, wie im Mittelalter. Wenn man vernünftig hinterfragt, was ein E-Auto wirklich bringt, schütteln ja die meisten Ingenieure heillos den Kopf und legen den Finger auf den Mund. Das sind Ablassgegenstände, aber das scheint gut zu funktionieren.“

Birgit Kelle benennt auf „Achgut.de“ (22. November) am Beispiel der „Armbinden-Affäre“ bei der Fußball-WM in Katar, was echter Mut ist und was bloß elende Heuchelei:

„Jede einzelne Frau im Iran, die seit Wochen mit wehendem Haar ohne Kopftuch auf den Straßen demonstriert und damit ihr Leben für die Freiheit und ihre Rechte riskiert, hat deutlich mehr Eier als die gesamte übersättigte DFB-Mannschaft mit ihren gestylten Föhnfrisuren ... Auch die iranische Nationalmannschaft zeigte Mut und weigerte sich stumm, vor den Weltkameras die Nationalhymne zu singen – man weiß, sie riskieren viel für Leib und Leben.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Runtergelassene Hosen

Was die WM von Katar alles an Gutem bringt, und warum wir noch viel mehr Bürokratie benötigen

VON HANS HECKEL

Eigentlich war das ganz geschickt ausgeklügelt. Die Lage war ja die: Der Profifußball war in einem Maße zur reinen Geldmaschine verkommen, dass es selbst für die marktwirtschaftlichsten Fans zu müffeln begann. Daher musste die Sache „idealistisch“ parfümiert werden, damit der Gestank der Gier die Millionen Fußballfreunde nicht vollends aus den Latschen schießt.

Man hätte es mit Patriotismus versuchen können. Aber nachdem die verantwortlichen Funktionäre die Deutsche Nationalmannschaft für einige Jahre hinter dem Etikett „Die Mannschaft“ versteckt hatten, wäre das kaum glaubhaft gewesen. Außerdem kommt das Nationale auch nicht „woke“ daher und ist deshalb kaum geeignet, die erhofften Streicheleinheiten von den Mainstream-Medien zu kassieren.

Also kamen die Fußballmanager auf den Regenbogen – und alles lief bestens. Bis jetzt. Die Blamage von Katar, wo die deutschen Spieler ihre bunten Armbinden hektisch verschwinden ließen aus Angst vor ein paar gelben Karten, hat so einiges ans Licht gebracht, was im Dunkeln hätte bleiben sollen.

Der Vorgang erinnert an einen deutschen Weltkonzern, der sein Firmenlogo in der Werbung regenbogenmäßig einfärben ließ. Aber nur in Ländern, wo man dafür gestreichelt wird. In der Türkei und der arabischen Welt blieb das Logo grau.

Müssen wir uns jetzt über unsere „Mannschaft“ ärgern? Keineswegs: Die Geschichte endet nämlich in einer Pointe, die uns allen Mut machen sollte. Sie lautet, dass sich Feigheit eben nicht immer auszahlt. Schließlich sind unsere „Mannschafts“-Millionäre überhaupt erst in diesen peinlichen Schlamassel geraten, weil sie einstmals nicht einmal den Mut hatten, sich jeder politischen Inanspruchnahme zu widersetzen, egal, wie gut ihnen das jeweilige Ziel auch erscheinen mochte. Abgesehen von den beiden Diktaturen in Deutschland galt es schließlich als ausgemachte Sache, dass Sport Sport ist und die Politik draußen bleibt. Hätten sie den Schneid aufgebracht, diesen alten Grundsatz zu verteidigen, statt sich an den politischen Zeitgeist ranzuschleimen, stünden sie nun nicht mit runtergelassenen Hosen da.

Dass das Spektakel von Katar die mit Sicherheit elendeste WM werden wird, an wel-

che sich die Zeitgenossen erinnern können, gebiert noch einen weiteren positiven Effekt. Bislang war es immer so, dass die Politik während der Weltmeisterschaft ganz im Schatten versank, weil alle nur noch Fußball gucken wollten. In jener Dunkelheit ließ sich dann so allerhand ermunkeln, was die Öffentlichkeit nicht mitkriegen sollte.

Das funktioniert diesmal nicht, weil die Kickerei viel weniger Leute in ihren Bann zieht als sonst immer. Deshalb kriegen wir so einiges mit, was uns in normalen WM-Zeiten glatt entgangen wäre. Etwa den denkwürdigen Auftritt von Annalena Baerbock in Paris, wo dieser Tage die dritte Geberkonferenz für die Republik Moldau stattfand. Dort verkündete die Außenministerin in ihrer gewohnt pathetischen Tonlage: „Wir lassen Moldau weder in Kälte noch in Dunkelheit noch in einer drohenden Rezession allein.“

Wie sie das wohl gemeint hat? Sind wir nicht selber knapp mit Gas und Strom? Droht uns nicht ebenfalls eine Rezession? Also wollte Baerbock wohl sagen: „Wenn ihr in Kälte, Finsternis und wirtschaftlichem Abstieg gefangen seid, sorgt euch nicht, ihr armen Moldauer. Denn die deutsche Politik hat in jahrelanger harter Arbeit dafür gesorgt, dass auch Deutschland noch in diesem Winter kalt und finster werden könnte und unsere Wirtschaft abschmiert wie lange nicht. Ihr seid also nicht allein!“ Ist das nicht echt solidarisch? Die Moldauer werden begeistert sein.

Alte Ortskräfte, neue Ortskräfte

Auf jeden Fall kriegt das kleine Land zwischen Rumänien und der Ukraine noch einmal Geld von uns. Aber das ist dann schon weniger überragend, denn das kriegen schließlich alle. Sogar China, dessen Rüstungsetat sechsmal so umfangreich ist wie unserer, soll Steuergeld aus Deutschland erhalten über den künftigen internationalen Klimafonds, der unter Baerbocks Teilnahme gerade in Ägypten beschlossen wurde.

Jetzt aber nicht polemisch werden, deutsches Steuergeld wird keineswegs nur ans Ausland verpulvert. Die Regierung pulvert auch ganz ordentlich an uns, zumindest an einige von uns. So hat die Ampelkoalition in der kurzen Zeit ihres Wirkens bereits mehr als 10.000 zusätzliche Stellen in ihren Ministerien und angeschlossenen Behörden geschaffen. Daran werden wir alle andächtig zurückdenken, wenn Christian Lindner demnächst mal wieder eine liberale Lanze für den

Moldau ist von Kälte, Dunkelheit und Rezession bedroht. Aus Solidarität folgt ihm Deutschland in die Finsternis



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● WORT DER WOCHE

„Was die Bundesregierung leistet, ist einfach ungenügend ... Wir reden über die Existenz unseres Landes.“

Klaus Josef Lutz, Chef des Agrar- und Energiegiganten BayWa, in der „Bild“-Zeitung vom 22. November